

Liebe Genossinnen und Genossen,

in letzter Zeit taucht immer wieder der Name EUROPÄISCHE ANTIKAPITALISTISCHE LINKE (EAL) in der Diskussion auf. Besonders in der Diskussion um die EU-Wahlen war diese Gruppierung und ihr deutscher Ableger „Freunde der EAL“ im Gespräch. Wie sich jetzt zeigt, wird die EAL nicht zur EU-Wahl in Deutschland antreten. Es hat sich jedoch gezeigt, dass es sehr wenige Informationen über die EAL und über das Verhältnis der DKP oder einiger Genossen zur EAL im in der Partei sind.

Ich habe jetzt alle Infos, die mir zugänglich waren zusammengestellt. Quellen sind sowohl die UZ als auch andere Zeitschriften wie junge Welt, SoZ und Offensiv.

Voran habe ich die beiden Veröffentlichungen im IDDD zur EU-Wahl gestellt.

Zum Schluss habe ich noch ein Interview der Zeitschrift SoZ mit Heinz Stehr und den gekürzten Abdruck dieses Interview in der UZ angehängt. Das war notwendig, da sich der Artikel aus der Offensiv mit diesem Interview beschäftigt.

Ich hoffe, dass diese Zusammenstellung bei der Diskussion hilft.

Friedhelm Spatz

DKP und Europawahlen

Im Juni 2004 finden die Wahlen zum Parlament der Europäischen Union statt. Auf der Mitgliederversammlung der DKP Darmstadt - Bergstraße haben wir begonnen über das Eigreifen unserer Partei bei diesen Wahlen zu debattieren.

Grundlage war ein kurzer Bericht in der UZ vom 18. Juli 2003. Dort wurde folgendes erläutert:

"(...)In der Diskussion sollten die politischen Entwicklungen, die Bündnismöglichkeiten und die Chancen für eine Stärkung der DKP und unserer Zeitung durch eine vielfältige Aktionstätigkeit gründlich diskutiert werden. Am Ende der Diskussion sollten auch die Kandidaturvarianten erörtert und eine Empfehlung an den Parteivorstand abgegeben werden.

Die Diskussionsergebnisse sollten ab Mitte September bis spätestens Ende Oktober dem Parteivorstand schriftlich mitgeteilt werden.

Die DKP führt Gespräche mit den befreundeten Kommunistischen und Arbeiterparteien der EU-Länder. Der Parteivorstand führt Gespräche mit der PDS und den Kräften, die sich der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) verbunden fühlen (...)."

Die erste Diskussion in der August-MV ergab folgendes Meinungsbild:

Aufgrund der aktuellen Entwicklung halten wir es für nicht möglich zur Wahl der PDS aufzurufen. Eine eigenständige Kandidatur der DKP wurde für sinnvoll gehalten, zumal die formellen Voraussetzungen für eine Wahl (bundesweit müssten 4000 Unterstützerunterschriften gesammelt werden) ohne Probleme zu erfüllen sind. Bündnismöglichkeiten

sollten geprüft werden. Es sollte darauf geachtet werden, dass die in Europa kandidierenden kommunistischen Parteien als Teil eines europäischen Zusammenhangs begriffen werden.

Diskussionsbedarf gibt es noch über den Charakter und die Zusammensetzung der EAL. Über diese und weitere Fragen wollen wir auf unserer Mitgliederversammlung am 16. September diskutieren. Die Ergebnisse sollen dem Parteivorstand dann mitgeteilt werden.

Armut hat immer mehr junge Gesichter



Nein zur Agenda 2010!



Eine andere Welt ist nötig!

DKP

Die Kommunisten

Y18.017 - Robert Keil, Darmstadt



 **DKP im Internet:**
<http://www.dkp-darmstadt.de>

UZ Jetzt abonnieren!

UZ - Unsere Zeit

Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

- Normal-Abo 90,- Euro/ Jahr
- Ermäßigtes Abo 55,- Euro/ Jahr
- Förder-Abo 102,- Euro/ Jahr
- Probe-Abo (2 Monate) 8,- Euro

Bestelladresse:
CommPress Verlag GmbH, 45127 Essen,
Hoffnungstraße 18

Europa-Wahlen

Im Frühsommer 2004 wird ein neues EU-Parlament gewählt. Der Parteivorstand der DKP hat in diesem Zusammenhang Kontakt zur PDS und zu einer EAL (in der UZ mal als Europäische Alternative Linke und als Europäische Antikapitalistische Linke bezeichnet), die wohl vorwiegend aus trotzkistischen Kräften besteht, gesucht. Die Gliederungen der DKP wurden aufgefordert sich bis Ende September eine Meinung zu bilden. Die Gruppe Darmstadt-Bergstraße hat sich auf 2 Mitgliederversammlungen mit dem Thema beschäftigt.

Eine Beteiligung der DKP an den Wahlen zum EU-Parlament sollte Positionen gegen den Krieg nach außen und nach innen (Sozial- und Demokratieabbau), also gegen den Imperialismus bekannter machen und die DKP stärken.

Eine gemeinsame Kandidatur mit der PDS wie in Darmstadt (als PDS/DKP Offene Liste) wird als unrealistisch gesehen. Sie würde sicher auch nicht den Interessen beider Parteien entsprechen. Eine Unterstützung der PDS oder eine Kandidatur von DKP Mitgliedern auf der PDS-Liste ist nicht möglich. Durch ihre Beteiligung am Berliner Sozialkahl-schlag ist ihre Glaubwürdigkeit in dieser Beziehung gleich null (dies gilt natürlich nicht für jedes PDS Mitglied und für jede Gliederung).

Eine, wie auch immer geartete, gemeinsame Kandidatur mit der EAL (als EAL-DKP, DKP-EAL, einem Fantasienamen, Kandidaturen von DKP-Mitgliedern auf einer EAL-Liste) oder gar einem Beitreten der DKP bei der EAL wurde in unserer Diskussion von allen abgelehnt.

Als Grund wurde in der Diskussion zwei Punkte genannt, die von den Genossinnen und Genossen unterschiedlich schwer ins Gewicht fallen.

1. Bündnisse dürfen keine Veranstaltungen sein, hinter denen wir uns verstecken. Bündnisse machen nur einen Sinn wenn durch sie die Kräfte zur Erreichung eines Ziels besser eingesetzt werden können, sie müssen der Sache und auch den Beteiligten nützen. Für uns ist dies in Bezug auf ein Bündnis mit der EAL nicht zu erkennen. Es macht wenig Sinn, wenn die selben Genossinnen und Genossen, die am DKP-Infostand stehen dann am EAL-Infostand stehen. Dies macht uns nicht glaubwürdiger und stärkt weder die DKP noch die Sache.

2. Aus den konkreten Erfahrungen eines Genossen mit einigen Organisationen in der EAL und mit Blick auf die "gemeinsame" Geschichte von Kommunisten und Trotz-kisten hielten wir es für Abenteuerlich und Schädlich ein solches Bündnis, so nebenbei über die EU-Parlamentswahlen einzuführen. Ein solches Bündnis würde die Partei sicher vor eine Zerreißprobe stellen.

Weitere realistisch Möglichkeiten zu einem Wahlbündnis, zum Beispiel mit Kommunisten aus anderen Staaten, sehen wir zur Zeit nicht.

Die DKP Darmstadt-Bergstraße spricht sich für eine Eigenkandidatur der DKP mit einer Bundesliste aus.

Gruppe Darmstadt - Bergstraße
Mitgliederversammlung

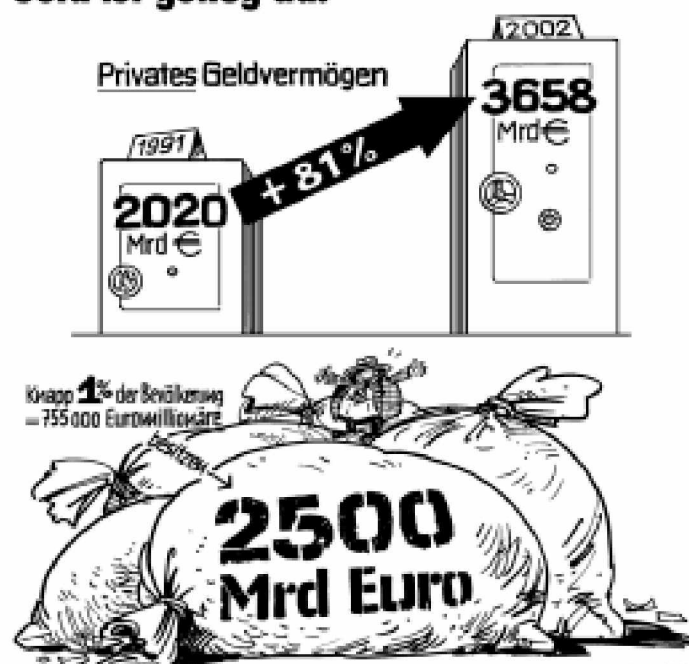
Die nächste Mitgliederversammlung der Gruppe Darmstadt - Bergstraße findet statt:

Dienstag, den 21. Oktober 2003
19.30 Uhr
Bürgerhaus Kranichstein,
Grundstr. 10
in Darmstadt-Kranichstein Seminarraum

Themen:
Auswertungen, Berichte, Vorbereitungen
Sozialabbau der hessischen Landesregierung - Agenda 2010
Verschiedenes

Gäste sind willkommen!

Geld ist genug da.



unsere zeit - Zeitung der DKP

18. Juli 2003

DKP und Europawahlen

Im Juni 2004 finden die Wahlen zum Parlament der Europäischen Union statt. Der Parteivorstand ruft die Mitglieder und Organisationsgliederungen zur politischen Diskussion zu den Europawahlen auf. Dazu übergeben wir eine Materialsammmlung.

In der Diskussion sollten die politischen Entwicklungen, die Bündnismöglichkeiten und die Chancen für eine Stärkung der DKP und unserer Zeitung durch eine vielfältige Aktionstätigkeit gründlich diskutiert werden. Am Ende der Diskussion sollten auch die Kandidaturvarianten erörtert und eine Empfehlung an den Parteivorstand abgegeben werden.

Die Diskussionsergebnisse sollten ab Mitte September bis spätestens Ende Oktober dem Parteivorstand schriftlich mitgeteilt werden.

Die DKP führt Gespräche mit den befreundeten Kommunistischen und Arbeiterparteien der EU-Länder. Der Parteivorstand führt Gespräche mit der PDS und den Kräften, die sich der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) verbunden fühlen. Darüber wird auf der nächsten PV-Tagung informiert.

Der Parteivorstand bereitet im Herbst formelle Schritte konkret vor.

Im Juni 2004 finden die Wahlen zum Parlament der Europäischen Union statt. Der Parteivorstand ruft die Mitglieder und Organisationsgliederungen zur politischen Diskussion zu den Europawahlen auf. Dazu übergeben wir eine Materialsammmlung.

In der Diskussion sollten die politischen Entwicklungen, die Bündnismöglichkeiten und die Chancen für eine Stärkung der DKP und unserer Zeitung durch eine vielfältige Aktionstätigkeit gründlich diskutiert werden. Am Ende der Diskussion sollten auch die Kandidaturvarianten erörtert und eine Empfehlung an den Parteivorstand abgegeben werden.

Die Diskussionsergebnisse sollten ab Mitte September bis spätestens Ende Oktober dem Parteivorstand schriftlich mitgeteilt werden.

Die DKP führt Gespräche mit den befreundeten Kommunistischen und Arbeiterparteien der EU-Länder. Der Parteivorstand führt Gespräche mit der PDS und den Kräften, die sich der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) verbunden fühlen. Darüber wird auf der nächsten PV-Tagung informiert.

Der Parteivorstand bereitet im Herbst formelle Schritte konkret vor.

unsere zeit - Zeitung der DKP

12. September 2003

Das Thema

Soziale Bewegungen und die Linke Die Arbeiterbewegung, die Sozialforums-Bewegung und die antikapitalistische Linke

Am 16. August veranstaltete die DKP-Südbayern ihr Sommerseminar am Ammersee mit 77 TeilnehmerInnen. Gemeinsam mit Vertretern zweier anderer sozialistischen Münchner Organisationen, der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) und des Revolutionären-Sozialistischen Bunds (RSB), wurde

zu den Themen "Sozialismusvorstellungen in Bezug auf Macht, Eigentum, Demokratie und Globalisierung" und "Aufgaben der Linken, Partei und Bündnisse, Gewerkschaften, Perspektiven der Zusammenarbeit" diskutiert. Am Anfang der zwei Diskussionsblöcke stand zur Eröffnung jeweils ein Impulsreferat jeder der drei Organisationen.

Leo Mayer (Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP) hielt ein Referat zur sozialen Bewegung, in dem er ihre Inhalte und Entwicklung aufzeigt, die Krise des Reformismus beleuchtet und die Aufgaben der Europäischen Alternativen Linken (EAL) skizziert. Wir veröffentlichen hier seine Thesen im Wortlaut:

1. Soziale Bewegungen

Unter sozialen Bewegungen verstehe ich solche, die in unterschiedlichen Bereichen für bestimmte Sektoren der Gesellschaft versuchen, soziale Rechte wie Einkommen, Arbeit, Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt, Erholung, Schutz der Kinder und der Alten - aber auch den Frieden - zu erobern, zu verteidigen oder zu erweitern.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Organisation der arbeitenden Klasse gegen das Kapital - die Gewerkschaft - die wichtigste, aber nicht die einzige Form der Organisation der sozialen Bewegungen. Aber diese Organisation der lohnabhängigen Arbeiter, die sich eine eigene politische Bewegung geschaffen hat, ist der Ursprung der sozialistischen Bewegung in ihren verschiedenen Varianten, d. h. sie hat als erste eine zum Kapitalismus grundsätzlich verschiedene Organisation der Gesellschaft vorgeschlagen. Sie war Träger des Versuches: Eine andere Welt ist möglich - der Sozialismus.

Die sozialen Bewegungen sind keine sozialistischen Bewegungen. Ihr Kampfgebiet sind spezifische Rechte und Errungenschaften, ihr politisches Ziel ist die Demokratie als Regime, das ihnen erlaubt unabhängig und autonom sich auszudrücken, sich zu organisieren und zu entscheiden über ihre Zwecke, Methoden und Ziele. Die sozialen Bewegungen stellen zwar Forderungen an Regierungen und an den Staat, aber sie stellen nicht die Frage der politischen Macht. Aber wenn sie die Rechte und Ziele, für die sie kämpfen, für die gesamte Gesellschaft erreichen wollen, müssen sich die soziale Bewegung mit einer politischen Bewegung kombinieren.

Zudem müssen ihre verschiedenen besonderen Forderungen in einem allgemeinen alternativen Projekt zusammenfließen. Dabei entspringt diese alternative Vision nicht primär dem Kopf, sondern vor allem den angesammelten Erfahrungen der sozialen Bewegungen durch die Opposition gegen die Zerstörungen, die die neoliberale Globalisierung, d. h. der Kapitalismus anrichtet. Instabilität und Unsicherheit - die Hauptmerkmale des heutigen Kapitalismus - treffen immer mehr Menschen. Die kapitalistische Globalisierung schädigt so viele Menschen und Schichten auf so unterschiedliche Weise rund um den Globus, dass sich auch der Widerstand globalisiert.

Wir erleben in der jüngsten Zeit, wie sich weltweit eine neue Bewegung gegen den Neoliberalismus, die kapitalistische Globalisierung und den imperialistischen Krieg beginnt zu entwickeln. Diese globale Bewegung kann die Arbeiterbewegung stimulieren. Aber umgekehrt braucht diese Bewegung auch die organisierte Kraft der Arbeiterbewegung für die Schaffung einer sozialen und politischen Alternative. Mit der Sozialforumsbewegung entsteht die gemeinsame Klammer für die weltweite Opposition gegen die zerstörerischen Auswirkungen des Neoliberalismus.

Das Weltsozialforum kann der Rahmen sein,

* in dem die verschiedenen Forderungen zu einem großen Ganzen für eine andere Welt verbunden werden;

* in dem soziale Bewegungen und die mit den sozialen Bewegungen verbundene politische Linke zusammengeführt werden können.

Die Losung "Die Welt ist keine Ware" positioniert die Bewegung als Widerstandsbewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und deren Haupttriebkraft - die Multis -, und sie bietet die Plattform für den gemeinsamen Kampf von Arbeiter- und globalisierungskritischer Bewegung. Mit der Weltsozialforumsbewegung und mit der globalisierungskritischen Bewegung ist eine Bewegung von strategischer Bedeutung entstanden. Vor allem auch vor dem Hintergrund, dass heute die Frage der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft nur im Weltmaßstab gestellt werden kann. Auch wird der nächste Versuch des Bruchs mit dem Kapitalismus und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ein Projekt unterschiedlicher politischer, weltanschaulicher und sozialer Kräfte sein, in der die arbeitende Klasse und ihre Organisationen die wichtigste Kraft - aber nicht die einzige - sein werden.

2. Krise des Reformismus

So wenig wie es ein Zurück in das "goldene Zeitalter" des Kapitalismus und zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat gibt, so wenig gibt es die Möglichkeit einer Reformalternative zum heutigen Kapitalismus im Sinne eine zivilisatorisch gebändigten, alternativen Kapitalismusmodells.

Das Dilemma der Sozialdemokratie und der sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaften liegt darin, dass sich die Möglichkeiten des Reformismus auf ein Minimum reduzieren - es sei denn, er wäre bereit, einen radikalen Konflikt mit dem transnationalen Monopolkapital einzugehen. Vor diesem Hintergrund vollzieht sich die Umwandlung der Sozialdemokratie von einer Partei des klassischen Reformismus zu einer Spielart des Neoliberalismus, bzw. zu einer Kraft, die ihren gesellschaftlichen Platz erhält, indem sie zum einen die sozialstaatliche Regulierung zerschlägt und zum anderen die "horizontale Verteilung", die Verteilung innerhalb der Klasse, verwaltet. Für die Gewerkschaften, für die die Verteilungsfrage zwischen Kapital und Arbeit im Zentrum steht, war die sozialdemokratische Partei der Partner, der diese Ziele im politischen Feld verfolgt hat. Dieser Partner geht verloren. Der Wandel der Sozialdemokratie vertieft die Krise der reformistischen Linken weiter. Dies gilt nicht nur für die SPD, sondern für die reformistische Linke insgesamt.

Für uns stellt sich die Frage, wie wir mit einer Situation umgehen, in der
 * die Bindungen der Gewerkschaften zur SPD von einer tiefen Krise erfasst sind und geringer werden;

* in der die "soziale Gerechtigkeit" parteipolitisch heimatlos geworden ist;

* die Alternative zum Neoliberalismus eine klare antiimperialistische/antimonopolistische Konzeption erfordert und;

* es nur außerordentliche geringe Spielräume für Reformen gibt, aber auch die gesellschaftliche Alternative, der Sozialismus, diskreditiert ist.

Heutige reformpolitische Ansätze können an Werte anknüpfen, wie sie in der Sozialdemokratie vertreten wurden, aber dort heute nicht mehr "modern" und mehrheitsfähig sind. Allerdings mit einem fundamentalen Unterschied: keynesianische Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie der 70er Jahre lief daraus hinaus, das Geld, das sie dem Kapital nicht wegnehmen wollte - denn wirkliche Umverteilung war Tabu - das sie aber trotzdem für Sozial- und Beschäftigungspolitik brauchte, aus dem wirtschaftlichen Wachstum und durch Staatsverschuldung zu finanzieren. So sah der Ersatz des Klassenkampfes aus. Aber wie sich jetzt zeigt, bedeutet "aufgeschoben" nicht "aufgehoben". Das mächtig angewachsene Finanzkapital stellt heute eine ebenso gewaltige Rechnung auf. Finanziert wird dieser gewaltige Schuldendienst durch Sozialabbau und Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Wachstumszuwächse stehen nicht mehr zur Verfügung.

Die Verteilungsfrage lösen zu wollen, ohne die Eigentumsfrage zu berühren, hat nicht funktioniert. Konsequenz der SPD: sie nimmt auch Abschied von der Verteilungsfrage und der "sozialen Gerechtigkeit". So hat der Klassenkampf die

Sozialdemokratie letztlich nicht nur eingeholt, sondern überholt. Die marxistische Linke kann an den von der Sozialdemokratie geprägten Wertevorstellungen anknüpfen und muss nach Wegen zu suchen, wie reformistisches Bewusstsein in antikapitalistisches Bewusstsein transformiert werden kann - ohne selbst reformistisch zu werden. Wesentliche Unterschiede zur sozialdemokratischen Reformpolitik bestehen darin,

* dass Reformpolitik der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, vor allem der Multis, nicht ausweichen kann, sondern sogar auf sie orientieren muss;

* dass mit einem paternalistischen Politikverständnis, mit Stellvertreterpolitik nichts mehr zu erreichen ist, sondern ein demokratisches, partizipatives, kämpferisches Politikverständnis erforderlich ist;

* dass über die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise hinausgedacht werden muss, um Fortschritte innerhalb des Kapitalismus zu erreichen. Sozialstaatliche Regulierung wird sich - wobei offen ist, ob das in der Phase des globalisierten Kapitalismus überhaupt möglich ist -, wenn überhaupt, nur noch durchsetzen lassen, wenn die sozialen Bewegungen, vor allen die Gewerkschaften und die arbeitende Klasse den Klassenkampf mit antikapitalistischem Charakter entwickeln und strukturelle antimonopolistische Reformen durchsetzen.

3. Alternative Linke

Unter alternative Linke verstehe ich die systemalternative Linke, d. h. die Linke, die den Kapitalismus überwinden will.

Europa ist einer der Orte, wo im Kampf für die Verteidigung des Sozialstaates und im Widerstand gegen die kapitalistische Globalisierung und gegen den Krieg, das neue Subjekt der Veränderung - eine erneuerte Arbeiterbewegung im Bündnis mit der globalisierungskritischen Bewegung - geschaffen werden kann. Soziale, kulturelle, politische Organisationen müssen auf gleichberechtigter Basis bei diesem Kampf um ein "anderes Europa" teilnehmen können. Eine entscheidende Frage ist der Aufbau einer neuen, alternativen, linken Kraft in Europa und in unserem Land. Diese alternative Linke muss darum kämpfen, den Raum links von der Sozialdemokratie auszufüllen.

Sie muss sich als Teil der sozialen Bewegung und als politischer Partner der sozialen Bewegungen beim Projekt der Errichtung "einer möglichen anderen Welt" verstehen. Z. B. benennt die EAL als entscheidende Kriterien:

1. entschiedene Gegnerschaft zum Krieg und zum Neoliberalismus. Damit unvereinbar ist die Beteiligung an Regierungen, die sich am Krieg beteiligen oder Sozialabbau und Privatisierung im Interesse des Großkapitals betreiben. Dies haben aber alle "Mitte-Links-Regierungen" in Europa betrieben.

2. "Sozialismus" ist nicht nur ein vager Bezug auf "Werte", sondern eine Bewegung, die auf die Überwindung des Kapitalismus ausgerichtet ist. Ihr Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht nach dem Prinzip des Profits, sondern nach dem der gesellschaftlichen Bedürfnisse funktioniert, und eine sozialistische Demokratie auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln.

3. dem pluralistischen Charakter der Bewegung entspricht eine politische Linke, in der sich Kräfte und Strömungen zusammenschließen, die aus verschiedenen Richtungen und Traditionen der Linken kommen.

In der EAL nehmen u. a. teil: PRC, Socialist Alliance in England und Wales, Scottish Socialist Party, Rot-Grüne Allianz Dänemarks (Dänische KP ist Mitglied), LCR aus Frankreich, Vereinigte Linke Kataloniens, "Die Linke" Luxemburgs. Es nehmen auch Kräfte als Beobachter aus Ländern teil, die noch nicht der EU angehören, z. B. ÖDP aus der Türkei. Die EAL spricht sich klar gegen das "Maastricht-Europa", die Stabilitätskriterien und gegen die "Festung Europa" aus. Ebenso konsequent lehnt die EAL alle Schritte und Maßnahmen zum Ausbau des europäischen Repressionsapparates und zur Militarisierung

Europas und der Beteiligung Europas an Kriegen ab. Die undemokratische Verfasstheit der EU wird abgelehnt. Die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung muss in einem breiten Diskussionsprozess der Bevölkerung erfolgen, wobei es inhaltlich darum geht:

- * soziale Kriterien und solidarische Ausrichtung für die Wirtschafts- und Sozialpolitik,
- * demokratische Verfasstheit der Institutionen der EU,
- * Antimilitarismus,
- * solidarische Beziehungen zu allen Ländern außerhalb der EU.

Die DKP will ihren Beitrag zur Entwicklung einer marxistischen Linken in Europa leisten. Deshalb beteiligen wir uns auch aktiv an den Gesprächen und Initiativen der Freunde der EAL in Deutschland. Dabei geht es zum einen darum,

- * wie wir uns an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 beteiligen,
- * aber vor allem darum, wie wir einen Prozess einleiten und befördern, der zur engeren Zusammenarbeit der marxistischen und antikapitalistischen Linken führt und so einen (bescheidenen) Beitrag zur Formierung einer alternativen Linken in Europa leisten.

unsere zeit - Zeitung der DKP

26. September 2003

Europas Linke im Wandel

Krise, Neuformierung und Perspektiven in Deutschland

Die europäische Einigung stellt die Linke vor neue Herausforderungen. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien durchlaufen länderübergreifend einen Prozess der Homogenisierung als Varianten ein und derselben neoliberalen Ideologie und Politik. Die antikapitalistische Opposition hingegen ist nach wie vor in den einzelnen Ländern durch sehr unterschiedliche historische Bedingungen und Konstellationen geprägt. Sie wird aber auf europäischer Ebene handlungsfähig sein müssen. Welche Voraussetzungen muss sie dazu erfüllen? In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gab es hauptsächlich in der südlichen Hemisphäre des kapitalistischen Europa starke kommunistische Parteien - vor allem in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland. In Ländern wie der BRD oder Britannien hingegen war der "realpolitische" Bezugspunkt der Linken die Sozialdemokratie. Die tiefe Krise, die diese beiden aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen politischen Formationen erfasst hat, wurde durch den welthistorischen Umbruch von 1989/90 verschärft, aber ihre Ursprünge reichen viel weiter zurück.

Niedergänge und Neuanfänge

Im Ergebnis stellt sich die Sozialdemokratie heute als eine in vielen Ländern nicht einmal mehr mäßigende und ausgleichende, sondern aggressive und offensive Kraft des neoliberalen Modernisierungsblocks der "neuen Mitte" dar, die kein strategischer Partner für antikapitalistische Opposition mehr sein kann, sondern ebenso entschieden wie die Konservativen und Liberalen als Gegner zu bekämpfen ist. Traditionell-"orthodoxe" kommunistische Parteien haben sich als

mobilisierungsfähige Gegenkräfte nur in wenigen Ländern der Peripherie Europas halten können, sprich: in Griechenland und Portugal, wo der Zerfall der alten sozialen Milieus, der etwa in Frankreich in den 80er Jahren der kommunistischen Partei mehr und mehr die Basis entzog, noch nicht so weit fortgeschritten ist. In anderen Ländern sind ehemals kommunistische Parteien, von Machtgier und Illusionen geleitet, einen Weg der Anpassung gegangen, der sie in die Krise des Reformismus hineinzieht. Die deutsche PDS und die französische PCF bieten hierfür trauriges Anschauungsmaterial, die alte italienische PCI hatte bereits 1991 ihre faktische Wandlung zu einer sozialdemokratischen Kraft durch ihre Selbstliquidation ratifiziert.

Die Krise der "alten" Linken, deren tatsächliche Ursachen vor allem in tiefgreifenden Veränderungen der Sozialstrukturen in den entwickelten kapitalistischen Ländern liegen, bedeutet keineswegs das Verschwinden der Linken. Vielmehr ist in vielen Ländern Europas ein Prozess der Neuformierung in Gang gekommen.

Die italienische Rifondazione Comunista ist das prominenteste Beispiel für einen trotz mancher Widersprüche erfolgreichen Anlauf zur "Neu(be)gründung" einer radikalen Systemopposition mit sozialistischer Zielperspektive, in der sich verschiedene historische Strömungen zusammengefunden haben. In Britannien sind in den 90er Jahren die Socialist Alliances entstanden, in denen sich vor allem Gruppierungen aus der dort starken trotzkistischen Tradition, ehemalige Labour-Linke und nicht zuletzt viele kämpferische Gewerkschafter gesammelt haben; in Schottland ging daraus die Scottish Socialist Party hervor, die im Mai 2003 ein sensationelles Wahlergebnis erlangte. Andere Exponenten einer solchen Neuformierung sind der Bloco de Esquerda in Portugal (Trotzkisten, Ex-Maoisten und KP-Dissidenten), der in einigen Großstädten beachtliche Erfolge erzielen konnte, oder die Einheitsliste Rot-Grün in Dänemark, die von der dänischen DKP, Trotzkisten und linkssozialistischen und linksalternativen Parteien und Gruppen getragen wird. Dies sind Bündnisorganisationen, in denen die beteiligten Kräfte ihre Eigenständigkeit bewahren.

Europaweites Netzwerk

Als europaweites Netzwerk solcher Organisationen existiert heute die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL). Diesem Verbund liegt die Erfahrung zugrunde, dass jenseits historischer Spaltungslinien den zentralen Herausforderungen der Gegenwart mit der Herausbildung eines neuen Profils begegnet werden muss. Vor 1989 beruhten die Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen der revolutionären Linken vor allem auf verschiedenen Einschätzungen des im Gefolge der Oktoberrevolution entstandenen Gesellschaftstyps. Andere Differenzen hingen unmittelbar oder mittelbar damit zusammen. Wer aber heute daran festhält, die eigene "Identität" an Fragen zu bestimmen, die sich auf ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte beziehen, verstellt sich den Zugang zu den tiefgreifenden Veränderungen, die der Kapitalismus heute, nach dem Ende seines "fordistischen" und "sozialpartnerschaftlichen" Regulationszyklus, durchläuft. Dies schließt Veränderungen der Klassenstruktur ein, die neue Herangehensweisen notwendig machen.

Viel stärker als in Deutschland ist etwa in der italienischen Linken das Bewusstsein ausgeprägt, dass im Kapitalismus von heute die "Prekarisierung", die wachsende Unsicherheit der Existenz nicht bloß Randgruppen betrifft, sondern zum Schicksal aller abhängig Arbeitenden wird: Der gemeinsame Klassenkampf von in Arbeit Stehenden und Arbeitslosen, von "geregelt" Beschäftigten, Scheinselbstständigen und Schwarzarbeitern (in Italien können sich wachsende Bevölkerungsteile nur durch Arbeitsverhältnisse außerhalb der Legalität am Leben erhalten) erfordert die Entwicklung neuer Strategien, die keine der bestehenden Organisationstraditionen anzubieten hat. Das aber ist,

wie Rifondazione-Sekretär Fausto Bertinotti oft betont hat, die entscheidende Frage.

Die EAL stellt an teilnehmende Organisationen vier Bedingungen: Erstens muss die Ablösung des Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft ihr programmatisches Ziel sein. Die Frage der Eigentums- und Machtverhältnisse wird als Kardinalfrage angesehen. Zweitens erkennen die in der EAL mitwirkenden Parteien und Bündnisse die Pluralität der antikapitalistischen Kräfte an, innerhalb derer sie drittens breite Aktionseinheiten anstreben. Viertens schließlich sollten sie ein gewisses Maß an "Repräsentativität" in Form von Verankerung in sozialen Bewegungen und möglichst auch einem Minimum an wahlpolitischer Bedeutung vorweisen können. Die Beteiligung an Regierungen, die Neoliberalismus und Krieg unterstützen, lehnt die EAL grundsätzlich ab. Es liegt leider auf der Hand, dass in Deutschland als der Führungsmacht des Euro-Kapitalismus keine politische Kraft existiert, die diese Bedingungen erfüllt. Neben der Deutschen Kommunistischen Partei als mitgliederstärkster antikapitalistischer Organisation stehen Kräfte der sozialistischen und kommunistischen Linken, die immer noch in der PDS Spielräume für eine Systemopposition zu erhalten versuchen, sowie kleine, aber agile Organisationen wie Linksruck oder Sozialistische Alternative Voran (SAV). Vor allem aber gibt es eine große Anzahl von Menschen, die eine politische Alternative suchen, jedoch gegen die bestehenden Organisationen aus durchaus verständlichen Gründen Vorbehalte haben. Ist es möglich, diese verstreuten Kräfte zu gemeinsamem Handeln zu bündeln?

Ein Anfang ist gemacht. Die kleine, eng mit der sozialistischen Monatszeitung SoZ verbundene Gruppe internationale sozialistische linke (isl) hat im Frühjahr eine Initiative ergriffen, die zur Bildung eines Kreises der "Freundinnen und Freunde der EAL" in Deutschland führte. Bislang haben zwei Treffen stattgefunden, an denen für den Parteivorstand der DKP Leo Mayer teilnahm; neben ihm waren weitere DKP-Mitglieder beteiligt wie etwa Hugo Braun, der schon bei mehreren europäischen EAL-Konferenzen für die DKP als Gast anwesend war. Die Gespräche fanden statt mit Blick auf die 2004 anstehende Europawahl - hier stellt sich die Frage, ob in Deutschland ein neues linkes Wahlbündnis möglich ist. Diese Frage ist noch offen, in einem heterogenen Spektrum gibt es unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich des Sinnvollen und Machbaren. Ein Problem ergibt sich etwa daraus, dass in der linken PDS-Gruppe Geraer Dialog, wie ihr Sprecher Winfried Wolf mitteilte, vielen die Abnabelung von der PDS schwer fällt und einige Vorbehalte gegen eine Konkurrenz kandidatur bestehen.

Etablierte und alternative Linke

Wie verhält sich die EAL zur "etablierten" europäischen Linken? Im Brüsseler EU-Parlament existiert die Fraktion Vereinigte Europäische Linke als ein im Grunde nur geschäftsordnungstechnisches Arrangement der links von der Sozialdemokratie und den realpolitisch-neoliberalen Grünen stehenden Kräfte. Echte inhaltliche Gemeinsamkeiten gibt es in dieser Fraktion kaum, starke negative und blockierende Einflüsse gehen von reformistischen Parteien wie der PCF.

Die Rifondazione Comunista als die durch ihre starke Ausstrahlung auf die neuen sozialen Bewegungen in Italien und Europa wichtigste Linkspartei in der EU befindet sich hier in einer schwierigen Lage: Sie ist einerseits an der EAL beteiligt, die ein inhaltlich begründetes Gegengewicht der "alternativen Linken" zur in der Sackgasse des Reformismus gelandeten etablierten Linken schaffen möchte. Andererseits ist Rifondazione aus historischen Gründen stark in die Brüsseler Fraktion eingebunden und vermag trotz ihrer grundlegenden Differenzen gegenüber der PDS oder der PCF ihre traditionellen Kontakte zu diesen alten "Bruderparteien" nicht ohne weiteres aufzugeben. Das ist ein

Zeichen dafür, dass der Prozess der Umgruppierung der Linken erst am Anfang steht, aber auch dafür, dass die Gemeinsamkeiten und Differenzen in diesem Prozess in vieler Hinsicht quer zu den historischen "Identitäten" liegen. Gewiss ist der Weg zu einer radikal oppositionellen, klassenkämpferischen Europäischen Linkspartei, wie Bertinotti sie fordert, noch weit.

Für Deutschland bezeichnet Hugo Braun, einer der besten Kenner der europäischen Linken, die dänische Einheitsliste Rot-Grün als ein realistisches Modell: Sie ist als Parteienbündnis von Kommunisten und Linkssozialisten entstanden, Mitglieder können überdies aber auch Individuen sein, die keiner der beteiligten Parteien angehören. Ob eine Dachorganisation ähnlicher Art in Deutschland schon zur Europawahl zustande kommen kann, ist noch ungewiss, aber die Bündelung der antikapitalistischen Opposition stellt auf jeden Fall, wie Leo Mayer in der SoZ schrieb, ein über den herannahenden Wahltermin hinausweisendes "Projekt mit strategischem Charakter" dar.

Die zersplitterten Kräfte der Linken in Deutschland müssen aus ihren ideologischen Ghettos heraustreten und sich gegenseitig besser kennen lernen, um eine gemeinsame Diskussion und vor allem eine gemeinsame Praxis entwickeln zu können. Das setzt bei allen Beteiligten die Bereitschaft zum Wandel und zum Dazulernen voraus. Nur so wird sich dem wachsenden Bedürfnis nach einer neuen Kraft für eine Politik, die Menschen vor Profite setzt und damit das kapitalistische System angreift, Genüge tun lassen.

Henning Böke

unsere zeit - Zeitung der DKP

26. September 2003

DKP und Europawahlen Diskussion in Darmstadt

Im Juni 2004 finden die Wahlen zum Parlament der Europäischen Union statt. Auf der Mitgliederversammlung der DKP Darmstadt-Bergstraße haben wir begonnen, über das Eingreifen unserer Partei bei diesen Wahlen zu debattieren. Grundlage war ein kurzer Bericht in der UZ vom 18. Juli 2003.

Die erste Diskussion in der August-MV ergab folgendes Meinungsbild:

Aufgrund der aktuellen Entwicklung halten wir es für nicht möglich, zur Wahl der PDS aufzurufen. Eine eigenständige Kandidatur der DKP wurde für sinnvoll gehalten, zumal die formellen Voraussetzungen für eine Wahl (bundesweit müssten 4 000 Unterstützerunterschriften gesammelt werden) ohne Probleme zu erfüllen sind. Bündnismöglichkeiten sollten geprüft werden. Es sollte darauf geachtet werden, dass die in Europa kandidierenden kommunistischen Parteien als Teil eines europäischen Zusammenhangs begriffen werden.

Diskussionsbedarf gibt es noch über den Charakter und die Zusammensetzung der EAL. Über diese und weitere Fragen wird auch auf unserer nächsten Mitgliederversammlung diskutiert.

(Gekürzt aus IDDD, Zeitung der DKP Darmstadt-Dieburg)

unsere zeit - Zeitung der DKP

24. Oktober 2003

100 Tage nach dem PDS-Sonderparteitag Ein deutliches Signal nach links wäre im Interesse der ganzen PDS

Von Diether Dehm

Schon in der SPD der Siebziger gab es die felsenfeste Grundannahme, links von ihr gäbe es nur Makulatursplitter und politische Zwerge. Dabei wurde die wachsende Zahl der Nichtwähler nicht näher empirisch erforscht, sondern abgehakt. Getreu dem Umfragekartell, das den Motiven und Faktoren der zig Millionen Parlamentarismus-Verdrossenen so verdächtig wenig Aufmerksamkeit widmet, dass man geradezu argwöhnen muss, hier sei für die Linke mehr zu holen, als diese seit jeher annimmt. So viele Wahlen, wie die SPD mit diesem Hochmut gegen "links von ihr" verloren hat, kann sich die PDS nicht leisten - weder überhaupt, noch in der jetzigen Bedrängnis. Zumal, wenn die Umfragen, wieder wie vor der Bundestagswahl, zwischen 3 und 4 Prozent schwanken. Die Krise der PDS ist so mitnichten gemindert. Im Gegenteil: In der Weichenstellung für die beiden kommenden Tagungen des 8. Parteitags erscheint Bedrohliches im Hinblick auf die Europawahlen im nächsten Jahr wie verdrängt.

Personen statt Inhalte

So gibt es mittlerweile auf europäischer Ebene seit längerem einen losen Diskussionszusammenhang, der sich als "Europäische Antikapitalistische Linke" (EAL) etwa halbjährlich trifft. Ihm gehören trotzistische Organisationen aus Frankreich, aber auch die im schottischen Landesparlament vertretene Sozialistische Partei und vor allem die italienische Rifondazione Comunista an, aus Deutschland verschiedene Gruppen, Vertreter von Linken in der PDS und hochrangige Mitglieder der DKP. Im Herbst soll nun die Entscheidung darüber getroffen werden, ob sich dieser Zusammenschluss an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 beteiligt. Auch wenn die EAL das nicht tut, ist ein Großteil ihrer Klientel für die PDS mit ihrer Politik, wie sie jetzt ist, nicht erreichbar.

Umso erstaunlicher ist es, dass die derzeitige PDS-Partei- und Wahlkampfleitung die darin liegende Gefahr ignoriert und sich stattdessen vorrangig mit der "spannenden Frage" beschäftigt, wer zukünftig Europaparlamentarier werden soll. Die Namen von Lothar Bisky und Gabriele Zimmer, (die nun in der "taz" Castro abkanzelt und den bedrohten linken Präsidenten Venezuelas mit Ronald Schill vergleicht), sind bereits gefallen. Und natürlich sollen die bisherigen Parlamentarier André Brie und Sylvia-Yvonne Kaufmann auf den vorderen Plätzen verbleiben. Eine Öffnung in Richtung gewerkschaftliche, antikapitalistisch-außerparlamentarische Linke wird nicht einmal angedeutet.

Jein zur EU-Verfassung

Zugleich wird vieles getan, mutwillig den sich links von der PDS vollziehenden Formierungsprozess zu bestärken: So hatte der Parteivorstand zunächst ein vorläufiges Jein zum Entwurf einer neuen europäischen Verfassung beschlossen. Bei den MdEs reichte der Druck von Links gerade mal so zu einer Enthaltung, obwohl in dem Text eindeutige Aussagen zur Militarisierung Europas und ein Bekenntnis zum Neoliberalismus enthalten sind. Ein PDS-Wahlkampf indes ohne eine klares "Nein!" zu dieser EU-Verfassung, wäre im unkritisch-pathetischen Europa-Einheitsbrei chancenlos.

Die PDS, die 1999 mit 5,8 Prozent den Einzug in das Europäische Parlament geschafft hat und dort seitdem mit sechs Abgeordneten vertreten ist, scheint in ihrer Spitze wie selbstverständlich davon auszugehen, dass sie auch im nächsten Jahr diesen Erfolg wiederholen kann. Nach dem Verlust der Bundestagsfraktion und angesichts anhaltend schlechter Umfrageergebnissen auf Bundesebene ist eine Rückkehr nach Straßburg aber alles andere als sicher. Jetzt, ein halbes Jahr vor dem Start des Euro-Wahlkampfes, ist nicht einmal in groben Konturen eine echte Wahl-Strategie bzw. Wahlkampf-Agentur absehbar, die die Gesamtpartei mobilisiert. Die grundlegende Frage, "Ja oder Nein zur EU-Verfassung?" bleibt weiter aufgeschoben.

Brie, Brie und Klein

Auch die Hoffnung, mit der Programmdebatte neue Motivation für die vor uns liegenden Wahlkämpfe schaffen zu können, hat längst sogar die Partei- und Wahlkampfleitung verloren. "Augen zu und durch!" bleibt die Devise. Seit 1989 wurden vom eigentlichen internen Machtzirkel stets nur drei Ost-Intellektuelle einer Schule an grundsätzliche Papiere "herangelassen": Brie, Brie und Klein. Intellektuelle wie Altwater, Deppe, Fülberth, Haug, Hickel, Huffschild, Kebir, Ziegler und andere waren allenfalls kurzzeitig als Beiwerk am äußersten Rand geduldet.

Selbst wenn der Programmentwurf nach ein paar Änderungen bis Chemnitz kein Schandfleck mehr sein sollte, ein programmatisches Ruhmesblatt in der europäischen Linken wird er nicht. Seine Sprache ist immer noch langatmig und mehlig. Auf den viel zu vielen Seiten steht kaum ein inspirierendes Motiv für die Menschen, die von kapitalistischer Krise und neoliberalen Sozialabbau betroffen sind, für die Jugend, die weltweit gegen den globalisierten Killerkapitalismus demonstriert. Statt das völkerrechtliche Gewaltverbot hervorzuheben, wird pauschal von einem angeblichen "Gewaltmonopol" der UNO fabuliert.

Bisky kennt nur "Linke"

Das Grundpostulat, mit dem die PDS eine Sonderstellung in Europas Linker reklamiert, ist, dass es in ihr als einziger sozialistischer Partei keine innerparteiliche Rechte und Linke gäbe. Lothar Bisky beteuert ein um das andere Mal, er kenne in der PDS keine Flügel mehr, er kenne nur noch Linke. Linke, etwa im Senat von Berlin, die den sozial Schwächsten elementare Leistungen zusammenstreichen und dafür dreiste Fonds-Spekulanten mit 23 Milliarden Euro absichern. Linke, die einander aufrufen, nicht an der Anti-Bush-Demo teil zu nehmen. Linke, die für Mehrwertsteuererhöhung eintreten (Harald Wolf) und Linke, die für konsequentere Privatisierung von Bahn und Post eintreten (PV-Vordenker Horst Dietzel).

Die Praxis der Regierungsbeteiligungen der PDS vor allem in Berlin lässt die politischen Unterschiede der PDS zu SPD und Grünen verschwimmen. Und die Verabschiedung des neuen Parteiprogramms wird offen als Instrument gehandelt, endlich kapitalismusfeindliche Kräfte damit aus der Partei drängen zu können. Als Lafontaine kürzlich der PDS den Weg in die Ost-SPD anempfahl, mühte sich Bisky um saloppen Witz und "Runterhängen": wir bräuchten "keine Einheitspartei mehr". So als ob nicht sein Redenschreiber Falkner, Sonderparteitags-Initiator und heimischer Landesvorsitzender Christoffers, Freund Gysi und Wahlkampfleiter Brie spiegelverkehrt im heißen Bundestagswahlkampf 2002 die gleiche Fusion gefordert hätten.

Ignoranz gegen "linke Zwerge"

Im Gefolge des Sonderparteitags (und der Aussonderung vor allem von Westlinken) ist es zum Abbruch lebendiger Gespräche mit außerparlamentarischen Linken in den Gewerkschaften, bei Globalisierungsgegnern und oppositioneller Intelligenz gekommen. Auch deshalb besteht jetzt die reale Gefahr, dass die PDS bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 bei den gegenwärtigen 3 bis 4 Prozent bleibt.

Es gilt aber im Überlebensinteresse der gesamten PDS, die Linke wieder deutlicher und stärker zu machen. Die neue Parteispitze ist zwar im formalen Umgangston um Konzillanz bemüht. Der mehrfach interpretierte Satz von Bisky, nach links Austretende könne er "nicht aufhalten" und dafür kämen ja gleich Neue, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl von 72 000 Mitgliedern längst eine Fiktion ist. Wenn man zudem die konkreten Menschen kennt, die seit dem Sonderparteitag ihre PDS-Arbeit eingestellt haben, ist Zorn über solch leichtfertiges und verantwortungsloses Reden nur schwer zu unterdrücken.

Mitglieder und Sympathisanten wenden sich ab, teils ganz, teils in resignierte Passivität. Bezirks-Organisationen und ganze Kreisverbände zerbröseln. Die Zahl der Neueintritte sinkt, besonders im Westen. Mühsam auf den Weg gebrachte lebendige Verbindungen zu außerparlamentarischen Bewegungen und Kulturen werden eingeschläfert. Für Künstlerinnen und andere Kulturschaffende gibt es z. B. nicht mal einen Ansprechpartner im neugewählten Parteivorstand (PV). Für die Kultur-Veranstaltungen zum Gedenken an den Chile-Putsch vor 30 Jahren hatte der PV überhaupt nichts übrig. Das Abwenden vieler bedeutender linker Künstler und Intellektueller von der PDS (besonders im Umfeld von Attac, der Memo-Gruppe, der "Künstlerinnen und Künstler gegen Krieg"), nicht nur im Westen, kann fatal werden.

Bogen um die Nichtwähler

Wer aber als einzige wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit derart fixiert ist auf "Ankommen bei Medien und Verlagskonzernen", wird nur noch im jetzigen "Medienimperialismus" (H. Hegewald) ankommen und ignoriert die direkte Aktion auf Straßen und Plätzen. Die seit Gera mühsam aufgebauten Ansätze von direkter Gegenöffentlichkeit gegen die Medienmacht veröden. Die Jugendorganisation "solid" soll mit Finesse und Finanzen wieder auf den rechten Weg gebracht werden. Wer die in weiten Teilen der PDS-Mitgliedschaft eingetretene Demotivierung durch Glaubwürdigkeitsverluste ignoriert und schönredet, hat die Stimmung in weiten Teilen der Parteibasis immer noch nicht begriffen.

Wer sich auf die agilen Wahlwilligen in den Mittelschichten, die das ökonomische und kulturelle Klientel der Medienherrschaft darstellen, beschränkt und - wie alle bürgerlich-demokratischen Parteien - einen Bogen um die Abgehängten, Ausgegrenzten, die sozialen Brennpunkte, die Krisenopfer in Arbeit und Mittelstand macht, überlässt sie der Partei der Nichtwähler. Die Nichtwählerschaft auf den US-Spitzenwert von 56 Prozent besonders bei den Betroffenen zu heben, das ist das kulturelle Ziel des neoliberalen Ökonomie-Regimes, hierzulande bereits perfektioniert bei der jüngsten Bayernwahl. Die Linke hingegen muss zu den Nichtwählern und in die sozialen Brennpunkte, statt vorrangig mit FDP und Grünen um die Stets-Wahlwilligen zu buhlen.

Die PDS muss den derzeitigen selbst genügsamen und selbstzerstörerischen Kurs verlassen. Anstatt alte Vorurteile gegen eine ehemalige Staatspartei auch noch neu mit "Ankommen um des Regierens willen" und mit Überheblichkeit gegenüber vermeintlichen "politischen Zwergen" links von sich, zu unterfüttern, muss sie diese Kräfte ernst nehmen und mit ihnen in einen konstruktiven Dialog eintreten. Ziel eines solchen Dialogs muss es kurzfristig sein, gemeinsame Aussagen für eine andere europäische Politik zu entwickeln. Die PDS darf bei der Vorbereitung der Europawahlen und darüber hinaus nicht in unseliger Tradition als Partei auftreten, die andere nur als hin- und herschiebbare Bündnispartner begreift.

Noch ist Zeit, eine wirkliche Pluralität zu erreichen, in der PDS und bei der Zusammenarbeit mit ihr. Sollte es gelingen, eine gemeinsame inhaltliche Plattform verschiedener linker Kräfte zu den Europawahlen zu formulieren, so muss sich diese Verständigung auch personell ausdrücken. Anzustreben ist eine

Berücksichtigung von politischen Repräsentanten globalisierungskritischer Bewegungen und entschiedener Gewerkschaftspolitik auf vorderen Plätzen der PDS-Liste. Die Idee "PDSplus" darf nicht zum Lippenbekenntnis werden.

Diether Dehm (Bündnis gegen Bankenmacht), Klaus Höpcke (Berlin) und andere laden für den 9. November zu einer Beratung (14 bis 19 Uhr, Haus der Demokratie, Greifswalder Straße 4) über Perspektiven linker Politik ein.

"Die PDS steht de facto auch unter der Leitung von Lothar Bisky in der öffentlichen Wahrnehmung genauso schwach da, wie vor und nach der verlorenen Bundestagswahl 2002. Ihr wird in keinem Politikbereich etwas besonders zugetraut. Sozialer als die SPD ... ist heute wichtiger als das Etikett der Ost-Partei. Derzeit bietet die PDS keine überzeugenden Alternativkonzepte." Wahlforscher Professor Dr. Gero Neubauer, dpa, 4. Oktober

"PDS nützt Führungswechsel nichts"
Berliner Morgenpost, 5. Oktober

unsere zeit - Zeitung der DKP
7. November 2003

DKP Magdeburg zu den Europa-Wahlen

Die DKP wird am 10. November in Berlin auf einer Wahlkonferenz zur EU-Wahl, die als Bundesmitgliederversammlung stattfindet, über ihre Beteiligung an den Europawahlen beschließen. Momentan beraten die Parteigruppen zu dem Thema. Die DKP Magdeburg kam zu dem Schluss:

1. Die DKP sollte sich an den Wahlen beteiligen und dies auch unter dem Aspekt, dass ein Einzug in das Europaparlament nicht sehr wahrscheinlich ist. (...)
2. Die DKP sollte sich mit einer eigenen Bundesliste, die für andere Parteien offen ist, an der Europawahl beteiligen. (...)

Gegen die Wahlbeteiligung über eine Bündnisliste sprechen neben den positiv wirkenden Faktoren für eine DKP-Liste die gravierenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten mit in Betracht zu ziehenden Bündnispartnern. So halten wir zum Beispiel ein Bündnis mit der PDS (vorausgesetzt, die Beschlusslage würde geändert werden können) ob ihrer immer größer werdenden Abwendung von einer sozialistischen Zielstellung oder der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL), die sich in einer Konferenz-Erklärung von 2002 für einen "Sozialismus von unten, einen Selbstverwaltungssozialismus" ausspricht, nicht für möglich. Abgesehen davon, dass die genannten möglichen Bündnispartner höchstwahrscheinlich jedes Bündnis mit uns ablehnen, kann ein solches Vorhaben nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden. (...)

unsere zeit - Zeitung der DKP
14. November 2003

DKP Hamburg zu den Europawahlen

Im Rahmen der Diskussion um die Beteiligung der DKP beschloss der Bezirksvorstand der DKP Hamburg:

"Der Bezirksvorstand der DKP Hamburg spricht sich zu den Europawahlen 2004 für eine Kandidatur in Form einer DKP-Bundesliste, die offen für andere ist, aus. Der Parteivorstand wird aufgefordert, bereits vor der Wahlkonferenz im Januar entsprechende Gespräche mit Bündnispartnern und Einzelpersonen zur Sondierung einer solchen Möglichkeit zu führen.

Begründung:

* Die letzte Eigenkandidatur der DKP-Hamburg brachte positive Erfahrungen, insbesondere in Blick auf die Mobilisierung der eigenen Kräfte und die Außenwirkung der Partei.

* Eine Offene Liste der DKP könnte Platz bieten für BündnispartnerInnen aus verschiedenen Bewegungen, auch aus den entstehenden Sozialforen in Deutschland. Sie könnte, wie bereits schon einmal, als internationalistische Kandidatur mit Kandidaten nicht-deutscher Herkunft gestaltet werden.

...

* Die einzige bisher benannte Möglichkeit eines Bündnisses, die 'EAL', erscheint nicht realistisch. Das in Deutschland unter Beteiligung einzelner DKP-Mitglieder bestehende Treffen der "Freunde der EAL" ist im Wesentlichen eine Zusammenkunft von trotzkistischen Organisationen und Einzelpersonen wie Linksruck, SAV u. a.

* Sondierung und Vorbereitung einer eigenen offenen Liste müssen bereits rechtzeitig vor der Wahlkonferenz begonnen werden, um der Partei einen organisierten Wahlkampf und öffentliches Auftreten zu ermöglichen.

* Die DKP-Hamburg beteiligt sich aktiv und auch mit eigenen Materialien am Wahlkampf. Eine Wahlkampagne für Hamburg wird unmittelbar nach der zentralen Beschlussfassung vorbereitet. Dabei wird darauf geachtet, dass die DKP-Hamburg über die gesamte Dauer des Wahlkampfes sichtbar politisch in der Öffentlichkeit präsent ist.

Eckpunkte einer Plattform der antikapitalistischen Linken für die Europaparlamentswahlen 2004

veröffentlicht als Anlage zur Einladung für das Zweite Treffen der FreundInnen der EAL am 9.8.3 in Frankfurt

Menschen statt Profite!

Einleitung

Die europäische Integration begann als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, "Montanunion"), dann als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und war von vornherein ein Projekt des Kapitals. Gleichwohl sollte sie auch die Zeiten der innereuropäischen Kriege beenden. Aus den Kriegsparteien der beiden Weltkriege waren Partner geworden. Die Verständigung über die Grenzen hinweg und die Überwindung der Nationalstaaten sind gute Ziele. Vorausgesetzt, sie dienen nicht dazu, einen nach außen hin noch mächtigeren Machtblock zu schmieden und nach innen hin die Interessen der abhängig Beschäftigten und der Ausgegrenzten noch besser zu übergehen.

Spätestens seit Einführung des Binnenmarkts und des Euro sowie angesichts der Vorbereitung einer Verfassung der Europäischen Union (EU) ist klar geworden, wie sehr die ArbeiterInnenbewegung hinter der bürgerlichen europäischen Integration hinterher hinkt. Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, laßt euch ausspielen gegen einander und hütet euch vor gemeinsamer Aktion über die Grenzen hinweg! Fast könnte man so die offizielle Taktik der Gewerkschaften über lange Jahre hinweg beschreiben. Doch hat der europäische Integrationsprozeß aus vielen Gründen, angefangen wegen seines unsozialen Charakters, auch zu internationalen Protesten geführt, die schließlich in die weltweite Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und in die Sozialforumsbewegung eingemündet sind. Der Widerstand der abhängig Beschäftigten nimmt zu und beginnt, sich mit dieser Bewegung zu verbinden und internationalen Charakter anzunehmen.

In der Entwicklung dieser Bewegungen liegt alle Hoffnung für die Zukunft. Die antikapitalistische Linke will als Teil dieser Bewegungen handeln und Alternativen zum Bestehenden entwickeln und in die politische Diskussion bringen.

Die EU in ihrer heutigen Verfaßtheit ist Teil der neoliberalen Offensive des Kapitals, die ihrerseits in eine schwere Legitimationskrise geraten ist. Die antikapitalistische Linke will ein anderes Europa, ein demokratisches Europa von unten, ein Europa der Solidarität, der Verwirklichung sozialen und zivilisatorischen Fortschritts, ein friedliches Europa, ein Europa, in dem nicht mehr der Profit regiert, sondern in dem ökologisch verantwortlich nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, ein nach Osten und Süden hin offenes Europa, das sich für die umfassende Revision der bestehenden ungerechten und zukunftsunfähigen Weltverhältnisse einsetzt.

1) Verschiebung nach rechts

Zu Anfang des dritten Jahrtausends regierten in 12 von 15 Ländern der EU sozialdemokratische Parteien allein oder als führende Kraft "linker" Koalitionen. Der Inhalt ihrer Politik unterschied sich kaum von derjenigen konservativer oder liberaler bürgerlicher Parteien. Sie versprachen und versprechen heute nicht einmal mehr Verbesserungen und sozialen Fortschritt für die abhängig Beschäftigten, sondern haben auf breiter Front die neoliberalen Dogmen übernommen. Sozialer Rückschritt, Deregulierung und Privatisierungsollen "die Wirtschaft" flott und die Konkurrenten nieder machen. Die

Sozialdemokratie und ihre Satelliten betreiben eine Politik im Interesse des Kapitals und entfremden sich mehr und mehr von ihrer ursprünglichen sozialen Basis. Auch da, wo sie traditionell mit den Gewerkschaftsführungen verflochten ist, zeigen sich erste Risse. Die Folgen dieser Politik sind verheerend. Die Kräfteverhältnisse verschlechtern sich zu Gunsten des Kapitals und zu Ungunsten derjenigen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Zivilisatorische Errungenschaften und gesellschaftliche Solidarität werden untergraben. Solange die Ansätze zu linken Alternativen schwach sind, führen die Enttäuschungen über die "regierungslinke" Politik zur Stärkung des konservativen und liberalen und auch des extrem rechten Lagers. In einer Reihe von EU-Ländern setzen konservativ-liberale und rechte Regierungen die neoliberale Politik ihrer "linken" Vorgänger fort – noch rücksichtsloser, da sie nicht von den traditionellen Bindungen an die "Welt der Arbeit" behindert werden. Die neoliberale Wende der Sozialdemokratie bereitet rechten Regierungen und rechtsextremistischen Demagogen den Weg.

Die sozialdemokratische Entwicklung nach rechts hat zugelassen und aktiv befördert, dass das Niveau der offiziellen und öffentlichen politischen Debatten in die "Steinzeit" zurückgefallen ist. Das Wörtchen "Reform" ist in seinem Sinn vollkommen pervertiert. Es bedeutet heute die Bereitschaft, alles niederzureißen, was dem Verwertungsinteresse des Kapitals entgegen steht. Wer sich dagegen wehrt, wer soziale Errungenschaften, das Reallohniveau, öffentliche Dienste und gesellschaftliche Standards verteidigen will, wird als "reformunfähig", konservativer "Bremsen" und "Blockierer" verschrien.

Die antikapitalistische Linke will Spielräume für die Gegenwehr, aber auch für die Erkämpfung wirklicher Verbesserungen und solidarischer Lösungen erweitern helfen. Dazu gehört die Ablehnung einer Beteiligung an Regierungen, die Sozialabbau und Privatisierungsorgien im Interesse des Kapitals betreiben. Dazu gehört die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen zu Ellenbogen-Konkurrenz und Plusmacherei, denn wer keinen Horizont hat, der über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinausgeht, muss in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Logik der Gegenseite nachgeben. Dazu gehört die Konzentration der Kräfte auf die Entwicklung der Bewegung von unten, auf das Zusammenwirken der Protestbewegung gegen die neoliberale Globalisierung mit den abhängig Beschäftigten, ihren Abwehrkämpfen, ihren Gewerkschaften. Dazu gehört eine Neuorientierung der ArbeiterInnenbewegung und ihre Öffnung zu den neuen internationalen sozialen Bewegungen.

Der Aufbau einer breiten neuen Kraft der Linken, in der Linke verschiedener Herkunft und Aktive der Gewerkschaften und der sozialen Bewegung zusammenwirken und gemeinsam neue Perspektiven entwickeln, bietet die Chance zu verhindern, dass Enttäuschungen zu weiterer Entpolitisierung und zur Stärkung der Rechten führen.

2) Gegen das Maastricht-Europa

Die sogenannten Stabilitätskriterien von Maastricht standen Pate bei der forcierten Entwicklung der EU-Institutionen. Statt sozialer Kriterien galt ausschließlich der Maßstab möglichst guter Bedingungen für die Kapitalakkumulation im Rahmen des EU-Binnenmarkts. Soziale Ziele fehlten völlig und wurden erst als Reaktion auf die Entwicklung einer europaweiten Protestbewegung nachgeschoben. Doch die offizielle Sozialcharta legt das Gegenteil dessen fest, was im Interesse der Eigentumslosen, Benachteiligten, Ausgegrenzten wäre: Nicht die Anhebung der sozialen Standards auf das höchste in EU-Ländern gegebene Niveau, sondern die Angleichung auf möglichst niedrigem Niveau. Sozialer Fortschritt als Ziel wird durch Sozialdumping ersetzt.

Die Maastricht-Kriterien dienen (und dienen noch) dazu, die Regierungen der EU-Staaten zu systematischem Sozialabbau und zur systematischen Verschönerung öffentlichen Eigentums anzuhalten. Das monetaristische Dogma ist dabei nur Vorwand. Inzwischen hat sich gezeigt, dass die Länder mit dem stärksten Gewicht in der EU, wie Deutschland, die die

Stabilitätskriterien durchgesetzt haben, sie munter verletzen – insbesondere das Gebot, ein Staatsdefizit von 3% nicht zu überschreiten. Das ändert nichts an der Richtung der unsozialen Sparpolitik – im Gegenteil. Nur wird sie "ergänzt" um genau die Elemente der Instabilität, zu deren Bannung das "Maastricht-Europa" angetreten war.

Ideologisch durchgesetzt hat sich – was ein großer Rückschritt gegenüber den 70er Jahren ist –, dass eine massenhafte und dauerhafte Erwerbslosigkeit hingenommen werden muss, die das Kräfteverhältnis massiv zu Gunsten des Kapitals verschiebt, während gleichzeitig als angebliche Politik "für mehr Beschäftigung" den am meisten Benachteiligten noch mehr Geld weggenommen wird unter dem Vorwand mangelnder Arbeitswilligkeit, um sie zu zwingen, ihre Arbeitskraft zu noch schlechteren Bedingungen zu verkaufen.

Die antikapitalistische Linke fordert statt dessen zusammen mit den sozialen Bewegungen solidarische Lösungen. Angleichung der sozialen Standards nach oben! Kampf gegen Erwerbslosigkeit, nicht gegen Erwerbslose! Garantiertes Mindesteinkommen für alle! Soziale Kriterien statt "Stabilitätskriterien"!

Entscheidend ist die Ausweitung internationaler Bewegungen, die in den EU-Ländern und darüber hinaus gemeinsame Forderung entwickeln, über die Ländergrenzen hinweg kooperieren und Aktionen organisieren.

3) Gegen Sozialabbau und Privatisierungen

Der Sozialabbau wird im heutigen neoliberalen "Einheitsdenken" mit dem Versprechen einer glänzenden Zukunft garniert. Verzicht heute erlaubt angeblich die Lösung der Probleme morgen. Damit überhaupt noch soziale Leistungen möglich bleiben, müssen sie massiv abgebaut werden. Doch wenn "wir" erst erreicht haben, dass "unsere" großen Kapitalgruppen ihre Profitmargen saniert haben und die weltweite Konkurrenz ausstechen, dann werden für die abhängig Beschäftigten und Armen wieder reichlich Krümel vom großen Kuchen abfallen!

Aber soziale Errungenschaften wie höhere Löhne sind stets von unten gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt worden. Dabei hat die Kapitalseite immer argumentiert, sie wären mir dem freien Markt und mit der Notwendigkeit großer Gewinne nicht vereinbar.

Für die antikapitalistische Linke sind die sozialen Rechte unverzichtbare Menschenrechte. Das Menschenrecht auf ein Einkommen, das ein Leben in Würde und mit lebenswerten Aussichten ermöglicht. Das Menschenrecht auf anständiges Wohnen. Das Menschenrecht auf Absicherung bei Krankheit, Erwerbslosigkeit, Not und im Alter. Das Menschenrecht auf eine gesicherte Existenz, auf ein Leben ohne Angst vor dem Absturz ins Elend. Das Recht auf Bildung und vielseitige Entfaltungsmöglichkeiten für alle. Schluß mit ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, Menschen statt Profite!

Die Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums, öffentlicher Einrichtungen und sogar der sozialen Sicherungssysteme folgt dem Interesse des Kapitals, das seine Märkte ausdehnen und neue Quellen der Plusmacherei erschließen will. Dabei wird ausgenutzt, dass öffentliches Eigentum und öffentliche Einrichtungen von vielen, auch aufgrund realer Erfahrungen, mit Ineffizienz und Bürokratie verknüpft werden. Doch die neueren realen Erfahrungen zeigen, dass die Privatisierungen zu schlechteren Diensten und zu immer mehr Nachteilen für die Masse der Menschen führen. Eine schrittweise Überantwortung der Sozialversicherungen, der Krankenversicherung, der Altersversorgung an private Kapitalfonds bereitet eine soziale Katastrophe vor. Diejenigen, die überdurchschnittliche oder geringe Einkommen verfügen, dienen den Großen als Kapitalgeber, womit nicht das kapitalistische Eigentum, aber doch das Unternehmerrisiko "sozialisiert" wird.

Die antikapitalistische Linke tritt für öffentliche Dienste mit hoher Qualität ein, die die sozialen Menschenrechte sichern. Geld dafür ist genug da. Steuern auf große Vermögen und eine progressive und damit sozial gerecht gestaltete Einkommenssteuer können dies finanzieren. Auch die Sozialversicherungen wären über Nacht saniert, wenn alle Einkommen,

einschließlich der höchsten, zu ihrer Finanzierung herangezogen würden. Ein System demokratischer Selbstverwaltung und Kontrolle durch die Beschäftigten und durch die NutzerInnen in enger Zusammenarbeit mit Verbraucherschutzorganisationen ist das wichtigste Mittel gegen bürokratische Ineffizienz öffentlicher Dienste und Unternehmen.

4) Gleichstellung der Frauen

Frauen sind die ersten Opfer von Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung. Sie sind nach wie vor in allen gesellschaftlichen Belangen und Bereichen benachteiligt. Eine wirkliche gesellschaftliche Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht. Auch auf diesem Gebiet wird vielmehr das Rad zurückgedreht

So ist die Altersarmut überwiegend weiblich. Die weiblichen Erwerbsbiographien sind von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zum Nachteil der Frauen geprägt. Sie sind die ersten Opfer des Abbaus öffentlicher Dienstleistungen, da wieder verstärkt soziale Aufgaben auf ihre unbezahlte "Privat"arbeit abgeschoben werden. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor patriarchalisch segmentiert, und die Einkommen der Frauen, die ein Minimum an Unabhängigkeit garantieren sollten, deutlich niedriger als die der Männer, ebenso wie sie in allen Hierarchien weiter unten stehen.

Nur eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich verbunden mit einem Ausbau bedarfsdeckender Kindertagesstätten, Kindergärten, Ganztagschulen mit qualitativ hochwertiger Betreuung aller Kinder kann die Lage zu Gunsten der Frauen wenden und zugleich den Weg für eine zivilisiertere Gesellschaft freimachen, in der die Bedürfnisse und Entfaltungsmöglichkeiten aller Menschen im Vordergrund stehen.

Frauen spielen eine wichtige Rolle in den sozialen Bewegungen, gerade auch in der internationalen Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung (obwohl in Deutschland etwa über den Weltfrauenmarsch kaum berichtet wurde). Doch spiegelt sich ihre allgemeine Benachteiligung in der Gesellschaft auch in den Gewerkschaften, Bewegungen und in den linken Organisationen und Parteien wider. Die antikapitalistische Linke befürwortet daher einen neuen Aufschwung unabhängiger Frauenbewegung und bewußte Maßnahmen in Bewegungen, Organisationen und Parteien, um die führende politische Aktivität von Frauen zu fördern und die Dominanz von Männern zurückzudrängen.

5) Für die Rechte der MigrantInnen und Flüchtlinge

Für Millionen von MigrantInnen in den EU-Ländern gilt nach wie vor, dass sie als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Elementare demokratische Rechte werden ihnen verweigert, auch wenn sie bereits Jahrzehnte lang oder in der zweiten oder dritten Generation "Ausländer" sind. Um die undankbarsten Arbeiten auszuführen, werden sie durchschnittlich schlechter bezahlt als die "Inländer". Darüber hinaus sind sie Zielscheibe rassistischer Angriffe und vielfältiger Diskriminierung.

Gegenüber Flüchtlingen wird die EU als "Festung Europa" aufgebaut. Der "Eiserne Vorhang" ist wieder da – und an dieser Grenze wird geschossen. Das Recht auf Asyl ist ersetzt durch eine Art Gnadenrecht, und die europäische Integration ist am fortgeschrittensten auf der Ebene der Polizei.

Die antikapitalistische Linke sieht die Menschenrechte als unteilbar an. Sie tritt für offene Grenzen ein, für ein nach Osten und Süden hin offenes Europa. Unabhängig davon, ob politische Verfolgung oder wirtschaftliche Not vorliegt – die antikapitalistische Linke ist dagegen, dass gerade die Menschen, denen es aufgrund der herrschenden Verhältnisse am schlechtesten geht, auch noch zusätzlich drangsaliert werden.

Die EU, obwohl sie sich offiziell den Sprüchen vom allein selig machenden Freihandel (der den schwächeren Konkurrenten gnadenlos aufgezwungen wird) anschließt und sich an der Eintreibung des Schuldendienstes und seiner Umwandlung in nationalen Ausverkauf gegenüber den armen Ländern beteiligt, treibt betonartigen Protektionismus gegen die Waren

aus ärmeren Ländern. Zugleich heimst sie alle Vorteile der "Großen" auf dem Weltmarkt ein und führt sich als neokoloniale Macht auf, die die Verhältnisse in anderen Ländern regelt und kontrolliert.

Wegen des Konkurrenzdrucks durch billige Arbeitskräfte tut sich die traditionelle Arbeiterbewegung mit solidarischen Antworten nach wie vor schwer. Die Linke in Europa ringt nach wie vor um Antworten auf dieses Problem. Sicher für die antikapitalistische Linke ist auf jeden Fall, dass auch hier nur internationale solidarische Aktion das Blatt wenden kann – gerade auch gemeinsam mit den Betroffenen in den Beitrittsländern der EU. Letzten Endes kann die Hinnahme drastischer Unterschiede in Lohnniveau und Lebensstandard nur zu schweren Verwerfungen und zu weiterer Unterdrückung führen und die Grundlagen solidarischen Handelns untergraben. Solidarität statt Konkurrenz hingegen kommt letztlich auch den Beschäftigten zugute, denen es heute noch relativ am besten geht.

6) Gegen Krieg, Hochrüstung und Eingreiftruppen

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges träumten viele von einer Ära des Friedens und der Abrüstung. Das "Gleichgewicht des Schreckens" (die gegenseitige Drohung mit atomaren Vernichtungsschlägen) hatte schließlich seine Grundlagen verloren. Doch hat sich in den folgenden Jahren gezeigt, dass Hochrüstung und das Führen von Kriegen offenbar andere Ursachen haben. Die Verwertungsinteressen des Kapitals spielen dabei eine herausragende Rolle.

Während für die Garantierung der sozialen Menschenrechte angeblich kein Geld da ist, werden in ungeheurem Umfang immer "perfektere" Vernichtungswaffen entwickelt und riesige Mengen an Steuergeldern für diese Vernichtungsmittel aufgegeben – wovon private Großkonzerne in erheblichem Maße profitieren.

Die Interventionskriege der USA und ihrer Verbündeten dienen der Sicherung der Interessen der großen Konzerne und der Einschüchterung potenziell unbotmäßiger Regionalmächte oder Konkurrenten. Im Irakkrieg hat sich ein Teil der EU-Regierungen – insbesondere Frankreich und Deutschland – gegen die Intervention ausgesprochen, was die Krise der UNO und der anderen internationalen Organisationen sichtbar gemacht hat. Weitere "Schurkenstaaten" sind im Visier der USA – mit unabsehbaren Folgen.

Ein Weltkrieg unter den führenden Industriestaaten droht absehbar nicht. Die militärische Überlegenheit der USA ist dafür ein wichtiger Faktor, ebenso die Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen aller reichen kapitalistischen Industrieländer. Dennoch gibt es, wie der Irakkrieg besonders deutlich gezeigt hat, auch Konkurrenz und Rivalität unter den Mächten der "Triade" – USA/NAFTA, EU und Japan/ASEAN. U.a. will die EU den Dollar als Weltwährung Nr. 1 verdrängen.

Die EU, die nun erstmals außerhalb des NATO-Rahmens "out of area" interveniert, nämlich im Kongo, will sich als Friedensmacht profilieren (dass Blair-Britannien in Sachen Irak aus der Reihe getanz ist, und dass Beitrittsländer wie Polen die führenden EU-Mächte düpierten, ist Anlaß zu nachhaltigem Ärger). Doch will die EU im Gegenteil nicht nur an der Hochrüstung festhalten (niemand weiß, gegen welchen "Feind" unsere Heere uns verteidigen sollen), sondern insbesondere weltweite Interventionsfähigkeit erlangen. Darum wird eine EU-Eingreiftruppe (im Kerndurch deutsch-französische Zusammenarbeit) aufgebaut, die die EU befähigen soll, notfalls auch ohne Segen der USA weltweit zu intervenieren.

Die antikapitalistische Linke weist die ideologischen Ausreden für die massiven Rüstungsausgaben und für die Anmaßung, den zweiten Weltpolizisten zu spielen, zurück. Es geht nicht um Menschenrechte, Fundamentalisten, Terroristen und andere Schurken. Es geht um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten, es geht um Großmachtspolitik, und besonders für Deutschland um die endgültige Abstreifung aller Folgen und Lehren aus den Verbrechen und aus der Niederlage Nazideutschlands. Die antikapitalistische Linke ist gegen EU-

Interventionstruppen und tritt für Abrüstung zugunsten der Finanzierung sozialer Aufgaben ein.

Um den Widerstand in Deutschland gegen die Intervention in Jugoslawien zu brechen, hielt Außenminister Joschka Fischer der Linken vor, sie sei nie pazifistisch gewesen, und belegte dies durch die Aufstellung der Interbrigaden im Kampf für das republikanische Spanien gegen Franco. Die antikapitalistische Linke ist in der Tat nicht dogmatisch pazifistisch, aber sie ist antimilitaristisch. Sie befürwortet die legitime Gegenwehr gegen reaktionäre Putschisten, imperiale Feldzüge und Diktatoren, verwechselt das aber nicht mit der Befürwortung von imperialistischen Interventionskriegen.

7) Demokratie

Die demokratische Legitimation der EU war von Anfang an sehr gering. Die Verfaßtheit ihrer Institutionen ist ein bemerkenswerter Rückschritt gegenüber der Normalität bürgerlich-parlamentarischer Demokratie. Daran hat auch die Direktwahl des Europäischen Parlaments wenig geändert. Der Schwerpunkt der Entscheidungsmacht liegt bei der Exekutive, bei Regierungs- und Ministerrat, bei der Kommission. Die Rechte des Parlaments sind deutlich geringer als die nationaler Parlamente, demokratische Kontrollmöglichkeiten durch die Bevölkerung gibt es so gut wie überhaupt nicht. Desto größer ist der unverblümt zur Schau gestellte Einfluß der Lobbies des Großkapitals. Deren Stellungnahmen liefern für die wichtigsten EU-Entscheidungen die Blaupausen. Man kann als Faustregel formulieren: Stellungnahme der großen Unternehmerverbände plus sechs Monate gleich Ratsbeschluß. Zunehmend sind Politiker in Spitzenfunktionen unmittelbar Interessenvertreter des Großkapitals, wenn nicht gar selber große Kapitalisten.

Die EU ist ein Staatsapparat im Aufbau. Noch ist diese Staatenbildung nicht abgeschlossen, und es gibt erhebliche Widersprüche und Hindernisse auf diesem Weg. Die herrschenden Klassen der wichtigsten EU-Länder sind nach wie vor im eigenen Nationalstaat verankert. Das gemeinsame Interesse innerhalb der weltweiten Konkurrenz und Rivalität treibt zur weiteren Forcierung der Union, die mit der Osterweiterung und den atlantischen Optionen Großbritanniens nicht einfacher zu realisieren geworden ist. Immerhin sind wichtige Schritte getan.

Die Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung durch den Konvent gehört dazu und symbolisiert sehr gut das außerordentlich undemokratische Strickmuster der EU. Mit welcher Legitimation und in wessen Auftrag wird hier an einer neuen Verfassung gestrickt, die den Vorrang der Exekutive über Parlamente und vor allem über die Bevölkerungen fortschreibt? Aus Sicht der antikapitalistischen Linken muss es Sache der Bevölkerungen der europäischen Länder sein, eine europäische Verfassung auszuarbeiten. Damit ist nicht eine einfache "Ja-Nein"-Abstimmung gemeint, nachdem eine winzige Gruppe von "Experten" etwas ausgetüftelt hat. Notwendig ist vielmehr eine breite demokratische Debatte darüber, was für ein Europa wir wollen, was für Verfassungsgrundsätze und was für eine Art von Institutionen. Erst am Ende einer solchen breiten Debatte können eine Abstimmung und die Wahl zu einer konstituierenden Versammlung stehen.

Die antikapitalistische Linke tritt für eine Demokratie ein, die allen wirkliche Mitsprache und Mitentscheidung ermöglicht. Über die wichtigen politischen Richtungsentscheidungen, über Krieg und Frieden, über Einnahme und Verwendung der öffentlichen Gelder muss demokratisch entschieden werden. Nicht in demagogischen Akklamationsveranstaltungen, sondern nach ausführlichen Beratungen, die allen StaatsbürgerInnen offen stehen, auf denen die Lage und die denkbaren Alternativen vorgestellt werden, nach dem Vorbild des Beteiligungshaushalts in Porto Alegre.

8) Ein anderes Europa ist möglich, eine andere Welt ist nötig!

Spätestens seit Seattle 1999 geht ein Aufschrei durch die Welt: "Die Welt ist keine Ware! Eine andere Welt ist möglich!" Die antikapitalistische Linke will ein anderes Europa in dieser anderen Welt und für diese andere Welt. Zunehmend wird darüber diskutiert, was für eine andere Welt!

Die seit 1989/90 verstärkte Krise der sozialistischen Zukunftsperspektive ist nicht vorbei. Dessen sind wir uns bewußt. Niemand hat den Entwurf einer lebberen und besseren Zukunft fertig in der Tasche. Die antikapitalistische Linke versteht sich als Teil der Suche der neuen Generationen nach einer überzeugenden und umfassenden Antwort.

Immer mehr Menschen wehren sich gegen Interventionskriege und gegen sozialen Rückschritt, immer mehr Menschen erkennen, dass das kapitalistische System zumindest in seiner heutigen Ausprägung (aber ein Zurück zum gemütlicheren Wohlfahrtskapitalismus, der auch immer nur einer Minderheit der Menschheit zugute kam, ist auch nicht möglich) keine Zukunft hat. Es ist ein System des Raubbaus und der Verschwendung. Die Jagd nach dem schnellen Profit bedroht akut die natürlichen Lebensgrundlagen. Sogar die Weltbank warnt, dass aus der einen Milliarde Menschen, die schon heute keinen Zugang zu ausreichendem und sauberem Trinkwasser haben, in wenigen Jahren 5 Milliarden werden, wenn nichts Einschneidendes getan wird. Doch die Hauptrichtung der Debatte geht dahin, die Wasserversorgung durchgängig ebenfalls in eine Sache der privaten Geschäftemacherei zu verwandeln! Das Gespenst einer umfassenden Wirtschaftskrise, möglicherweise ausgehend von weiteren platzenden Spekulationsblasen der Finanzmärkte, ist keineswegs gebannt. Doch die Hauptrichtung der Debatte geht dahin, auch noch die letzten Schranken niederzureißen, die der ungehemmten Entfaltung des Kapitals entgegen stehen!

Die antikapitalistische Linke ist der Meinung, dass auch wirtschaftliche Entscheidungen mit schicksalhafter Bedeutung für die große Mehrheit der Menschen nicht "Privatsache" sein dürfen. Sie lehnt sich gegen die angeblichen "Naturgesetze" und "Sachzwänge" der bestehenden Marktwirtschaft auf, die maßgeblich von einigen wenigen Kapitalgruppen dominiert wird.

Die andere Welt, die möglich und auch so bitter nötig ist, kann sich nur "von unten" entwickeln, durch Eigenaktivität der abhängig Beschäftigten zusammen mit allen heute Benachteiligten und Ausgegrenzten. Die antikapitalistische Linke wendet sich gegen Stellvertreterpolitik und jede Form bürokratischer Gängelung. Sie strebt eine sozialistische Demokratie mit verschiedenen Formen selbstverwalteten öffentlichen Eigentums und einem breiten Sektor alternativer, solidarischer Ökonomie an. Darüber hinaus sucht sie die gemeinsame Aktion und den politischen Zusammenschluss mit allen, die sich gegen die neoliberal radikalisierte bürgerliche Politik wehren und nach Alternativen suchen wollen. In einer Reihe von europäischen Ländern sind neue Kräfte der antikapitalistischen Linken entstanden, die auch bereits wahlpolitisch als Alternative zur neoliberal gewendeten Regierungslinken erkennbar sind. Diese Kräfte kooperieren bereits auf europäischer Ebene und entwickeln gemeinsam Positionen und Vorschläge. Die antikapitalistische Linke in Deutschland nimmt Anteil an diesem grenzüberschreitenden Prozeß.

Manuel Kellner (Anfang Juni 2003)

Nachbemerkung (Ende Juli 2003):

Dieser Text wurde von mir auf Grundlage einer bereits von Wilfried Dubois erstellten korrigierten Version noch einmal überarbeitet, was zu geringfügigen Änderungen gegenüber der Fassung vom Juni geführt hat. Aus den Reihen der Vorbereitungsgruppe gab es folgende kritische Anmerkungen zu diesem Text: Peter von Oertzen sagte, man müsse die Passage zu Pazifismus und Antimilitarismus ausbauen; Hugo Braun merkte an, dass eine Passage zu den bei den Europawahlen antretenden politischen Formationen fehlt; Sascha Stanicic ist weder

mit der Einschätzung der EU als eines bürgerlichen Staatsapparats im Werden noch mit der Forderung nach einer europäischen Konstituierenden Versammlung einverstanden.

i.A. der Vorbereitungsgruppe

Manuel Kellner , eMail: manuel.kellner@gmx.de

Kontakt:

Die Vorbereitungsgruppe der FreundInnen der EAL in Deutschland ist per eMail an die Mailingliste [EAL-Orga] zu erreichen und ihr könnt euch auch zur Mitarbeit in die Mailingliste [EAL-Orga] eintragen!!

Mailingliste [EAL] :

Wer unmittelbar informiert sein will was weiter abgeht trage seine eMail-Adresse in die Mailingliste [EAL] ein!

und...

...schon was verpasst? Nachsehen im Archiv der Mailingliste [EAL] und im Archiv der Mailingliste [EAL-Orga]

Aus Offensiv Sept.-Okt. 2003

Frank Flegel / Michael Opperskalski: Die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) und die DKP

„Auf dem Weg zu einer neuen linken Kraft?“ fragt die „Solidarität“, Zeitung der SAV (Sozialistische Alternative Voran), in ihrer Ausgabe 15/03. Bisher wurde über das „Projekt“ EAL in der BRD wenig berichtet und noch weniger reflektiert – wir haben in der „Offensiv“ zwar einmal kurz darauf hingewiesen, aber eine umfassende Darstellung ist uns nicht bekannt, obwohl in den vergangenen Monaten in den Zeitungen „Neues Deutschland“, „Analyse und Kritik“, „junge Welt“, „UZ“, „Solidarität“ und „Rote Fahne“ verschiedentlich Artikel zum Projekt einer „Europäischen Antikapitalistischen Linken“ erschienen sind. Weiterhin gibt es einige Presseerklärungen der Initiatoren.

Wir wollen hier einen möglichst genauen Überblick über die EAL versuchen, dabei auch einen Blick auf die sie tragenden Organisationen und Gruppen werfen. Im zweiten Teil wollen wir uns dann das Verhältnis der DKP zur EAL näher ansehen. Aber nun erst einmal zur EAL selbst.

TEIL I: DIE EAL – WAS IST DAS?

1. Programmatische Vorstellungen

1.2. Die grundsätzlichen Teilnahmekriterien der EAL

„Die EAL ist ein Zusammenschluss verschiedener (neuer) Linksparteien in Europa. (...) Diese führen halbjährliche Konferenzen durch.“¹ Die ersten inhaltlichen Konturen sind an den Teilnahmekriterien zu erkennen. Als Teilnahmekriterien gelten auf europäischer Ebene „Antikapitalismus, Zustimmung zu Pluralismus und zur Einheit der Linken und ein Mindestmaß an Repräsentativität der beteiligten Parteien.“² Einigkeit besteht in der Ansicht, dass der Rechtsruck der Sozialdemokratie den Raum für eine linke Kraft geschaffen hat, der bisher nicht gefüllt wurde.

1.2. Die Ergebnisse der Europa-Konferenz der EAL in Athen

Die Europa-Konferenz der EAL in Athen vom 9. und 10. Juni 2003 hat sich u.a. mit der neuen politischen Lage nach dem Krieg beschäftigt. Über die dort vorgenommene Lagebeschreibung berichtete die „junge Welt“ folgendes: *„Der Widerstand gegen den imperialistischen Krieg, die internationale Rezession, die Rolle der Europäischen Union, die neue Welle sozialer Angriffe auf die arbeitenden Klassen, die Jugend, die Frauen, die MigrantInnen usw. drückt sich in neuen Massenmobilisierungen aus und ist günstig für politische Klärung innerhalb der Arbeiter- und sozialen Bewegungen und unter den Linksparteien. In den nächsten 12 Monaten werden die herrschenden Klassen in Europa einen aufs Ganze gehenden Versuch starten, die Europäische Union als supranationalen imperialistischen Staat zu stärken. Die sozialdemokratischen Parteien halten an der „Agenda von Lissabon“ fest und spielen wieder eine zentrale Rolle, indem sie versuchen, die arbeitenden Menschen im Namen der „Wettbewerbsfähigkeit“ davon zu „überzeugen“, Einschnitte bei Arbeitsplätzen, Löhnen, Renten, Wohnungen, Bildung, Gesundheit und Arbeitsrechten und den verstärkten Euro-Militarismus im Namen des „Kriegs gegen den Terrorismus“ und der Verteidigung des „europäischen Modells“ im Gegensatz zu den USA hinzunehmen. Sie werden auch dafür*

¹ Solidarität, Zeitung der SAV, Nr. 15, Juni 2003

² ebenda

eintreten, dass man bei den demokratischen Rechten und Freiheiten sowie Asylrecht „Opfer“ bringen müsse, und sich für mehr Militärausgaben und den Aufbau einer europäischen Armee stark machen.“³

Die praktisch-politischen Schlussfolgerungen, die aus dieser Lagebeschreibung bei der gleichen Konferenz in Athen gezogen wurden, lauten: *„Die EAL steht in kompletter Opposition zu dieser prokapitalistischen und proimperialistischen Orientierung. Sie wird bei den Mobilisierungen und den Wahlen im Juni 2004 (zum Europa-Parlament;d.Red.) in den vordersten Reihen stehen. Die Athener Konferenz hat beschlossen, dass man überall mit eigener politischer Plattform und eigenem Profil sein wird. In dem Maße, wie dies möglich ist, wird die EAL versuchen, Bündnisse oder Wahlblocks zu bilden, um der neoliberalen Politik und all den Parteien, die dafür eintreten, eine Niederlage zu bereiten.“⁴*

1.3. Gründung der „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland“

In Deutschland hat sich am 10. Mai 2003 ein EAL-Zusammenschluss unter dem Namen „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland“ gegründet. Hier wurde festgelegt, dass *„eine enge Anbindung an die Friedens- und sozialen Bewegungen“⁵ Konsens sei, dass die „radikaldemokratischen Organisationsvorstellungen eine Abkehr vom sogenannten demokratischen Zentralismus (sind). Weltanschauungs- und Organisationsunabgeschlossenheit münden in dem Grundsatz, beteiligte Parteien und Organisationen weder zu bevormunden noch zu manipulieren oder zu vereinnahmen“⁶* Dementsprechend gute Aufnahme fand die Aussage von Hugo Braun, DKP, *„sich in Aktionen zu finden, anstatt sich in theoretischen Debatten aufzureiben. Darin traf er sich mit Erhard Crome von der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung und im übrigen dem Großteil der Teilnehmer.“⁷* So wenig die „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland“ auch mit theoretischen Debatten zu tun haben wollen, so klar ist allerdings ihre theoriegeschichtliche Prämisse: *„Die globalen sozialen und politischen Auseinandersetzungen verweigern sich nicht nur tradierten Erklärungs- und Organisationsmodellen.... Sie schaffen sich auch neue öffentliche Räume und Organisationsformen.“⁸* Dementsprechend strebt die EAL an, eine Kraft zu werden *„jenseits überkommener Organisationsgrenzen und Traditionsbarrieren“* und das, *„unterscheidet sich sowohl von Bemühungen, alte ideologische Bezugssysteme zu reanimieren, als auch von den unter reformistischer Dominanz stehenden Arrangements etablierter Linksparteien.“⁹*

1.4. Das Folgetreffen vom 9. August 2003

Die im Mai gegründeten „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland“ haben am 9. August 2003 in Frankfurt/Main einen „Grundkonsens“ angenommen, der die oben genannten Teilnahme Kriterien (bis auf die Repräsentativität) wiederholt. *„Die Versammelten teilten den Grundkonsens der EAL, dass die Rechtsentwicklung der neoliberal gewendeten Sozialdemokratie politischen Raum für eine neue, antikapitalistische und plurale Kraft der Linken schafft, die für die Überwindung des Kapitalismus zugunsten einer demokratisch konstituierten sozialistischen Republik eintritt und die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung und deren Zusammenwirken mit der ArbeiterInnenbewegung fördert.“¹⁰*

³ junge Welt, 13.6.03

⁴ junge Welt, 13.6.03

⁵ Neues Deutschland, 15.5.03

⁶ ebenda

⁷ ebenda

⁸ ebenda

⁹ Analyse und Kritik, Nr. 474, 20. Juni 2003

¹⁰ Pressemitteilung der „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland, Manuel Kellner (für die `Vorbereitungsgruppe`), Mai 2003

Der Versuch, bei dem Folgetreffen am 9. August in Frankfurt/Main ein Grundsatzpapier zu verabschieden und eine Wahlaussage zu treffen, führte zunächst zu einer Vertagung dieser beiden Punkte: *„In Frankfurt (am 9. August in Frankfurt/Main; d.Red.) drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Frage einer Teilnahme der EAL an der Europawahl 2004, ein gemeinsames Eckpunktepapier sowie die weitere Vernetzung und praktische Arbeit. Eine Wahlbeteiligung wurde dabei vom deutschen Freundeskreis der EAL als Versuch gesehen, das Vakuum links der `linken` Regierungsparteien zu füllen – aber vor allem auch als ein Experiment, um Positionen in dem doch sehr heterogenen Kreis kennen zu lernen und zu klären. Eines aber ist klar: `Regierungsbeteiligungen, die Mitverantwortung für Sozialabbau und Kriegspolitik im Dienste des Kapitals bedeuten`, sind mit dem Grundkonsens der EAL wie ihrer deutschen Freunde und Freundinnen unvereinbar. Die Meinungen zur Teilnahme an Wahlen waren geteilt: Befürworter verwiesen darauf, dass ein Bedürfnis nach einer fundamentalistischen Kraft immer stärker spürbar sei, nicht zuletzt bei der Sommerakademie von ATTAC. Andere argumentierten, es sei zu früh für eine antikapitalistische Kraft und zudem bestehe die Gefahr, der PDS zu schaden.“*¹¹ Die Vorbereitungsgruppe wird Anfang November die endgültige Fassung des „Eckpunktepapiers“ verabschieden.

1.5. Der Entwurf des „Eckpunktepapiers“

Der bisher vorliegende Entwurf dieses Papiers bezeichnet die EU als unsozial und machtorientiert, wogegen sich internationale Proteste vor allem in der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und in der Sozialforumsbewegung entwickelt hätten. Ebenso beginne sich der Widerstand der abhängig Beschäftigten zu regen. Als Ziele werden genannt: eine andere EU, demokratisch „von unten“, solidarisch, für sozialen Fortschritt und Frieden eintretend. Die Produktion solle nicht nach Profitinteressen, sondern in ökologisch verantwortlicher Weise nach den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden. Da die Sozialdemokratie neoliberal gewendet sei, wollen die Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland die Spielräume für die Gegenwehr erweitern helfen und Alternativen entwickeln zur *„Ellenbogen-Konkurrenz und zur Plusmacherei“*. Dazu sei eine Bewegung von unten notwendig, eine *„Neuorientierung der ArbeiterInnenbewegung und ihre Öffnung zu den neuen internationalen sozialen Bewegungen“*. Das „Maastricht-Europa“ wird kritisiert, stattdessen *„fordert die antikapitalistische Linke zusammen mit den sozialen Bewegungen solidarische Lösungen. Angleichung der sozialen Standards nach oben! Kampf gegen Erwerbslosigkeit, nicht gegen Erwerbslose! Garantiertes Mindesteinkommen für alle! Soziale Kriterien statt `Stabilitätskriterien`!“* Man beharrt auf den sozialen Menschenrechten, ist gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und stellt die Maxime auf: *„Menschen statt Profite!“* Der in der „jungen Welt“ vom 26./27. Juli 2003 vorgenommene Abdruck des Papiers schließt mit folgenden Forderungen: *„Die antikapitalistische Linke tritt für öffentliche Dienste mit hoher Qualität ein, die die sozialen Menschenrechte sichern. Geld dafür ist genug da. Steuern auf große Vermögen und eine progressive und sozial gerecht gestaltete Einkommensteuer können dies finanzieren. Auch die Sozialversicherungen wären über Nacht saniert, wenn alle Einkommen, einschließlich der höchsten, zu ihrer Finanzierung herangezogen würden. Ein System demokratischer Selbstverwaltung und Kontrolle durch die Beschäftigten und durch die NutzerInnen in enger Zusammenarbeit mit Verbraucherschutzorganisationen ist das wichtigste Mittel gegen bürokratische Ineffizienz öffentlicher Dienste und Unternehmen.“*¹²

¹¹ junge Welt, 11.8.03

¹² Alle Informationen über den Entwurf des Eckpunktepapiers sowie alle Zitate daraus aus: junge Welt, 26./27.Juli 2003. Es ist zu berücksichtigen, dass dieses Papier noch nicht endgültig verabschiedet wurde, sondern von der „Vorbereitungsgruppe“ überarbeitet und Ende November dann endgültig herausgegeben wird.

Das nächste größere Treffen, bei dem es dann endgültig um eine Wahlteilnahme gehen wird, soll Anfang Januar 2004 in Berlin stattfinden.

2. Wie sind die programmatischen Vorstellungen einzuschätzen?

Neben einigem Richtigen in der Beschreibung der aktuellen Lage, wie sie in Athen vorgenommen wurde, stehen sehr unvermittelt und ohne weitere Erklärungen vorgenommene grundsätzliche - und sehr problematische - Richtungsentscheidungen.

2.1. „Pluralismus“ und „Einheit“ der „Linken“ solle man zustimmen, das sei der Grundkonsens. Das eröffnet einige Probleme, denn wenn man auch von solch einem Zusammenschluss nicht erwarten kann, dass er sich auf Grundlage der Leninschen Parteitheorie vollzieht, so bleibt doch zu fragen:

2.1.1. „Einheit“ mit wem und auf welcher Grundlage? In den Stellungnahmen der EAL kommen die „neuen sozialen Bewegungen“, die „Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung“, die „ArbeiterInnenbewegung“, die „neuen Massenbewegungen“ und die „Linksparteien“ vor. Über die Art des Zusammenwirkens wird nichts weiter gesagt, auch nicht über die dem Ganzen zugrunde liegende Theorie und erst recht nichts über den Klassencharakter der einzelnen Teile und des Zusammenschlusses.

2.1.2. Welcher „Pluralismus“ ist gemeint? Der der Linken, wird gesagt. Aber das gibt dem „Pluralismus“ auch keine weiteren Konturen. Kann sich jede/r dann das über die Realität denken, was gerade beliebt? Diskutieren wir dann auch die Totalitarismustheorie? Nehmen wir keynesianische Rezepte ins Programm auf? Wettern wir auch auf das „raffende Kapital“, so wie es bei ATTAC Mode wird? In der PDS hat der Pluralismus dazu geführt (und wurde er auch zu dem Zwecke eingeführt), die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus an den Rand zu drängen und auszugrenzen.

Sowohl „Pluralismus“ als auch „Einheit“ sind konturlose Begriffe – und werden hier in keinsten Weise definiert oder konkretisiert.

2.1.3. Was ist „die Linke“? Der Begriff gibt nur die Sitzordnung im bürgerlichen Parlament wieder. Aus den Verlautbarungen der EAL ist zu entnehmen, dass die Sozialdemokratie nach ihrem „Rechtsruck“ nicht mehr zur Linken zu zählen sei. Über die PDS gibt es da schon differierende Einschätzungen. Teile der deutschen „Freundinnen und Freunde“ sind der Meinung, dass es *„nur um die Bildung einer Kraft links der PDS“*¹³ gehen könne, während andere *„die PDS noch nicht verloren geben wollen, ...“* und dafür sind, *„den PDS-Bundesvorstand zu künftigen Treffen einzuladen“*¹⁴. Wieder andere werten denn die Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern *„auch nicht so negativ wie die Beteiligung der PDS am Berliner Senat“*¹⁵. Die „Linke“ kommt hier so konturlos daher, wie der „Pluralismus“ prinzipienlos ist.

2.2. Die *„Überwindung des Kapitalismus zugunsten einer demokratisch konstituierten sozialistischen Republik“*¹⁶ sei das, wofür man eintritt. Es wird wenig dazu gesagt, wie denn der Kapitalismus „überwunden“ werden soll und noch weniger darüber, was mit dem Eigentum geschieht. Und wie eine „demokratisch konstituierte sozialistische Republik“ aussieht, bleibt auch etwas unklar. Das Wortpaar „demokratisch konstituiert“ sagt nichts über den sozialen Inhalt, ob die „Demokratie“ also eine bürgerliche oder eine proletarische ist. Da aber in keinem der uns vorliegenden programmatischen Texten auch nur der Versuch unternommen wird, den Kapitalismus als Klassengesellschaft zu kennzeichnen und das Eigentum sowie die Wirtschaftsform (Marktwirtschaft/Planwirtschaft) so gut wie gar nicht

¹³ Solidarität, Zeitung der SAV, Nr.15, Juni 2003

¹⁴ ebenda

¹⁵ ebenda

¹⁶ Pressemitteilung der „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland, Manuel Kellner (für die Vorbereitungsguppe), Mai 2003

thematisiert wird, ist es auch kein Wunder, hier klassenübergreifende Ausführungen zur Demokratie zu finden.

2.3. Recht erstaunlich ist, dass es dann, wenn konkretes Handeln angesprochen wird, in den Konferenzen und Treffen der EAL immer sehr schnell um Wahlen, Wahlblocks, Wahlbeteiligungen und so weiter geht – und man sich sogar schon Gedanken macht darüber, unter welchen Umständen man eine Regierungsbeteiligung erwägt:

„Regierungsbeteiligungen, die Mitverantwortung für Sozialabbau und Kriegspolitik im Dienste des Kapitals bedeuten, sind mit dem Grundkonsens der EAL wie ihrer deutschen Freunde und Freundinnen unvereinbar.“¹⁷ Aber: „Regierungsbeteiligungen seien möglich, wenn Verbesserungen zu Gunsten der abhängig Beschäftigten, Eigentumslosen und Ausgegrenzten durchgesetzt werden könnten.“¹⁸

2.4. Theoriefeindlichkeit (sich in Aktionen zu finden, statt sich in theoretischen Debatten aufzureiben; siehe oben) ist eine Mogelpackung. Dahinter verbirgt sich (fast) immer – für Kommunisten auf jeden Fall, auch und gerade wenn sie in Bündnissen tätig werden (das hatten wir doch schon einmal in und mit der Friedensbewegung der 80er Jahre!) -der Abschied vom Marxismus, von der Tradition der kommunistischen Bewegung. So und diesmal sehr dezidiert auch hier: *„eine Abkehr vom so genannten demokratischen Zentralismus“*, die *„globalen sozialen und politischen Auseinandersetzungen“* verweigern sich *„tradierten Erklärungs- und Organisationsmodellen“¹⁹*, d.h. zumindest Lenins Imperialismustheorie kann nicht mehr gelten, ebenso nicht die Leninsche Parteitheorie, vielleicht aber auch nicht mehr die Marxsche Mehrwerttheorie.... Wer weiß, hinter dem Begriff „tradierte Erklärungsmodelle“ kann sich viel verbergen. *„Immerhin werden bei der EAL keine Bekenntnisse zu den Altvorderen dieser oder jener sozialistischen Bewegung abverlangt.“²⁰* Antikapitalismus ohne Marx? Das führt zum nächsten kritischen Punkt.

2.5. Der Begriff „antikapitalistisch“ wird nicht definiert. „Alternativen zum Bestehenden entwickeln“, „ein Europa, in dem nicht mehr der Profit regiert, sondern in dem ökologisch verantwortlich nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird“, „umfassende Revision der ungerechten Weltverhältnisse“, „Alternativen zu Ellenbogen-Konkurrenz und Plusmacherei“, „neue Perspektiven entwickeln“, „solidarische Lösungen“, „Menschenrecht auf Einkommen“, „Menschenrecht auf anständiges Wohnen“, „Menschenrecht auf Absicherung bei Krankheit, Erwerbslosigkeit, Not und im Alter“, „Menschenrecht auf eine gesicherte Existenz“, „Recht auf Bildung“²¹. Wie soll das gesellschaftlich durchgesetzt werden? Durch den Aufbau des Sozialismus oder durch Sozialstaatsreformen im Kapitalismus? Diese Frage bleibt zunächst unbeantwortet. Auch der oben schon kritisch beleuchtete Begriff „demokratisch konstituierte sozialistische Republik“ hilft wenig weiter. Im letzten Absatz des in der jungen Welt abgedruckten Entwurfs des „Eckpunktepapiers“ wird die Sache aber deutlicher: „Die antikapitalistische Linke tritt für öffentliche Dienste mit hoher Qualität ein, die die sozialen Menschenrechte sichern. Geld dafür ist genug da. Steuern auf große Vermögen und eine progressive und sozial gerecht gestaltete Einkommensteuer können dies finanzieren. Auch die Sozialversicherungen wären über Nacht saniert, wenn alle Einkommen, einschließlich der höchsten, zu ihrer Finanzierung herangezogen würden.“²² Keine gesellschaftlich kontrollierte Produktion, sondern Finanzierung der Leistungen zur Garantie der „sozialen Menschenrechte“ über gerechte Steuern – bei Beibehaltung der

¹⁷ junge Welt, 11.8.03

¹⁸ Neues Deutschland, 15.5.03

¹⁹ ebenda

²⁰ ebenda

²¹ alles aus dem Entwurf des Eckpunktepapiers, junge Welt, 26./27. Juli 03

²² ebenda

Privatwirtschaft (jedenfalls wird nichts Gegenteiliges erwähnt). Das ist Sozialstaatsillusion pur! Und blanker Reformismus.

Zusammenfassend:

- es ist weder klar, auf welcher Grundlage der Kapitalismus analysiert wird, noch, ob er als System überhaupt zerstört werden soll – und wenn eventuell doch, wie das geschehen soll. Man spricht zwar von „überwinden“, nennt dann aber nicht den Kapitalismus als das zu Überwindende, sondern die „ungerechte Weltlage“, „die neoliberale Globalisierung“, die „Maastricht-Kriterien“ o.ä., also „Auswüchse“, „Fehler“, nicht aber das Wesen. Dementsprechend sucht man Begriffe wie Imperialismus oder Klassenkampf in den Papieren der EAL vergeblich.
- Die Organisationsfrage soll „radikaldemokratisch“ gelöst werden. Niemand muss ein Bekenntnis zu „*Altvorderen der sozialistischen Bewegung*“ ablegen, niemand wird „*bevormundet*“, keiner kann behaupten, „*das letzte Wort der Geschichte zu kennen*“²³. Also: alle können machen, was sie wollen. Das ist auch ganz logisch, denn es gibt ja keine gültige Gesellschaftstheorie. Da denkt man lieber „plural“.
- Es ist aber nicht so, dass man nun ganz und gar nichts wüsste. Eins weiß man: Man will dringend an Wahlen teilnehmen und denkt schon über Bedingungen der Regierungsbeteiligung nach.

So neu ist das alles nicht. Mit einer solchen Konstruktion wird man die antikapitalistischen Kräfte nicht aus der Krise führen, sondern sie noch tiefer in selbige hineinstürzen. Dies aus zwei Gründen. Erstens: eine weitere reformistische Partei ist so überflüssig wie ein Kropf. Und zweitens: weil mit der Teilnahme an der EAL Zirkel, Gruppen und Parteien hoffähig gemacht werden, die eindeutige Gegner der Kommunisten sind. Und was am verrücktesten ist – das geschieht auch noch unter Mitarbeit von Kommunisten (oder solchen, die sich so nennen)! Diesen Punkt wollen wir im folgenden näher beleuchten.

3. Die Zusammensetzung der EAL

Die EAL ist – wie schon erwähnt - ein europäischer Zusammenschluss unterschiedlicher Parteien, Organisationen und Gruppen.

3.1. Überblick über die beteiligten Organisationen

3.1.1. Mitarbeitende Organisationen auf europäischer Ebene:

An der Europa-Konferenz in Athen am 9. und 10. Juni 2003 (es war das sechste Treffen dieser Art nach Lissabon, Paris, Brüssel, Madrid und Kopenhagen) nahmen folgende Organisationen teil: Red Green Alliance (Dänemark), Socialist Alliance, Socialist Workers Party (beide England), Scottish Socialist Party (Schottland), Ligue Communiste Révolutionnaire/LCR (Frankreich), Bloco de Esquerda (Portugal), Espacio Alternativo (Spanien), Rifondazione Comunista (Italien), solidaritÉS (Schweiz), ÖDP (Türkei), Socialist Party (Irland), Socialist Party (England), Synaspismos (Griechenland), Esquerra Unida i Alternativa (Spanien), Deutsche Kommunistische Partei (BRD). Zusätzlich stehen in Kontakt, fehlten aber entschuldigt: déi Lenk (Luxemburg), Mouvement pour le Socialisme (Schweiz) und Izquierda Unida (Spanien)

3.1.2. Mitarbeitende Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland:

Bei dem Treffen am 10. Mai 2003 in Frankfurt/Main, bei dem „alle beteiligten Gruppen und Einzelpersonen ... sich darauf geeinigt (haben), unter dem Namen `Freundinnen und Freunde der EAL` den Diskussionsprozess fortzusetzen“²⁴, bei dem also ein „Ableger der EAL“²⁵ gegründet wurde (jedenfalls richteten sie „eine Vorbereitungsgruppe ein, die ihre Aktivitäten

²³ Zitate aus: Neues Deutschland, 15.5.03

²⁴ Solidarität, Zeitung der SAV, Nr. 15, Juni 2003

²⁵ junge Welt, 11.6.03

zwischen zwei Zusammenkünften koordiniert...²⁶), nahmen teil: Linker Geraer Dialog (PDS), DKP, SAV, Linksruck; das Ganze fand statt auf Einladung der „Internationalen Sozialistischen Linken (ISL)“.²⁷ Am 9. August, ebenfalls in Frankfurt/Main, „versammelten sich 30 Teilnehmer, unter anderem vom Marxistischen Forum, der DKP, der Sozialistischen Alternative, Linksruck, der Internationalen Sozialistischen Linken, SoZ-Redaktion, solid NRW und Vertreter des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC sowie des Geraer Dialogs in der PDS und des Revolutionären Sozialistischen Bundes, die beiden Letztgenannten ausdrücklich nur als Beobachter.“²⁸

3.2. Welche Ziele verfolgen die in der EAL mitarbeitenden Organisationen?

3.2.1. Die EAL auf europäischer Ebene

Schon eine nähere Analyse der Zusammensetzung der EAL auf europäischer Ebene ergibt ein interessantes Bild. Die zahlenmäßige Mehrheit der EAL-Mitgliedsorganisationen sowie solcher, die (noch) einen Beobachterstatus besitzen, kommen aus dem klassisch trotzkistischen Lager (wenn auch zuweilen unterschiedlicher Ausprägung). Die Mehrheit dieser Gruppierung besitzt zudem in ihren Heimatländern keinerlei oder kaum gesellschaftspolitische Relevanz.

Als Ausnahmen bzw. nicht aus dem klassisch trotzkistischen Lager kommend können – neben der DKP, die Beobachterstatus besitzt – vor allem die „Rifondazione Comunista“ (Italien), die „Red Green Alliance“ (Dänemark) sowie die ÖDP (Türkei) gelten. Während letztere in ihrer politischen Programmatik und Zielsetzung in vielem der bundesdeutschen PDS ähnelt, also dem reformistischen Lager zuzurechnen ist, ist die „Rifondazione Comunista“ (Italien) zweifelsfrei die wichtigste und einflussreichste politische Organisation innerhalb der EAL. Allerdings muss gerade auch in ihrem Zusammenhang erwähnt werden, dass es innerhalb der „Rifondazione“ eine hochorganisierte, parteizerstörerische Trotzkisten-Fraktion gibt, die vor allem Trägerin der EAL-Orientierung ist, während die (noch) Mehrheit der Parteiführung auf europäischer Ebene eher auf die Zusammenarbeit mit bundesdeutscher PDS, griechischer KKE, vor allem jedoch mit den im Europaparlament vertretenen Kräften links der klassischen Sozialdemokratie orientiert. Faktisch tanzt damit die italienische „Rifondazione“ also auf zwei Hochzeiten, was aus ihrer innerparteilichen Situation zu erklären ist. Für welchen Ehemann die Braut sich schließlich und wie entscheiden wird, ist daher also eher noch offen und wird sich, da die „Rifondazione“ an erster Stelle auf Wahlbündnisse orientiert, erst in den kommenden Monaten entscheiden. Die dänische „Red Green Alliance“ ist eine Bündnisorganisation aus unterschiedlichen politischen Kräften, von linken kleinbürgerlichen Grünen über solchen, die sich (noch) als Kommunisten verstehen möchten bis hin zu Trotzkisten.

Wie jedoch bereits betont, die Mehrheit derjenigen Organisationen, die die EAL auf europäischer Ebene tragen oder aber (noch) Beobachterstatus besitzen, stammen aus dem klassisch trotzkistischen Lager oder sind zumindest sehr stark von Trotzkisten beeinflusst und/oder unterwandert. Hierbei handelt es sich NICHT um linke, anti-imperialistische Organisationen, sondern um objektive Instrumente der Bourgeoisien ihrer Länder. Dies lässt sich zum Beispiel sehr leicht an zwei EAL-Mitgliedsorganisationen festmachen: da ist zum einen die griechische Organisation „Synaspismos“. Der Kern dieser Organisation entstammt einer rechts-opportunistischen, revisionistischen, „gorbatschowistischen“ kleinbürgerlichen

²⁶ Pressemitteilung der „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland, Manuel Kellner (für die `Vorbereitungsgruppe`), Mai 2003; die Zeitung „Solidarität“ beschreibt die Vorbereitungsgruppe selbst sowie eine weitere Aufgabe genauer: „Es wurde eine Vorbereitungsgruppe aus Vertretern der verschiedenen Organisationen gebildet, die einen Entwurf für eine Wahlplattform erstellen soll.“ (Solidarität, Zeitung der SAV, Nr. 15, Juni 2003)

²⁷ ebenda

²⁸ junge Welt, 11.8.03

Abspaltung von der „Kommunistischen Partei Griechenlands“ (KKE) zu Beginn der 90er Jahre. Im Verlauf der späteren Entwicklung der Organisation stießen zu diesen Kräften noch Teile der in Griechenland absolut isolierten Trotzisten sowie einiger versprengter kleinbürgerlicher Revisionisten unterschiedlichen Kalibers. Der Schwerpunkt der politischen Tätigkeit von „Synaspismos“ ist die Bekämpfung der kämpferischen, marxistisch-leninistischen KKE. Auch damit entlarvt sich diese Organisation als das, was sie objektiv ist: eine unter „linker Flagge“ segelnde Agentin der griechischen Bourgeoisie. Ähnliches gilt in Portugal für die trotzkistische Organisation „Bloco da Esquerda“, deren Aufgabe es ebenfalls ist, vor allem die kommunistische Partei des Landes, die „Portugiesische Kommunistische Partei“ (PCP) zu bekämpfen: es ist in diesem Zusammenhang notwendig zu erwähnen, dass KKE und PCP zu den bedeutendsten kommunistischen Parteien in Europa zählen und ihnen bei der Reorganisation der kommunistischen Bewegung eine Schlüsselrolle zukommt... Andere trotzkistische EAL-Mitgliedsorganisationen oder solche, die (noch) Beobachterstatus besitzen, waten im offenen trotzkistisch-konterrevolutionären Sumpf, zu dem zum Beispiel solche Banditenorganisationen zu zählen sind wie die „Arbeiterpartei Algeriens“, die für eine so genannte „Regierung der nationalen Einheit“ aus offen pro-imperialistischen bürgerlichen Kräften, Trotzisten und islamistischen Faschisten eintritt, der trotzkistischen „Arbeiterkommunistischen Partei Irans“ (mit dem von ihr ins Leben gerufenen irakischen Zweig), die vom israelischen Geheimdienst MOSSAD sowie der CIA unterwandert und instrumentalisiert wird oder auch Trotzisten in Venezuela, die mit ultralinken Parolen und Yankee-CIA-Dollars die revolutionäre, national-demokratische Regierung Chavez bekämpfen. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Kurzum: bei näherer Betrachtung der EAL auf europäischer Ebene wird deutlich, dass es sich hierbei NICHT um eine linke, anti-imperialistische Kraft handelt, sondern objektiv um ein Instrument zur Unterminierung der Herausbildung einer tatsächlichen breiten, demokratischen, anti-imperialistischen Front der Völker Europas. Und, die Bemerkung ist gerade an dieser Stelle nicht deplaziert, es ist schon interessant, in welchen Zusammenhängen sich die DKP-Führung wohl zu fühlen scheint, u.a. in „strategischen Bündnissen“²⁹ mit ausgemachten Feinden ihrer offiziellen Bruderparteien KKE und PCP...

3.2.2. Die „Freunde der EAL“ in Deutschland

Die Charakterisierung der EAL findet bei ihrem bundesdeutschen Ableger, den „Freundinnen und Freunden der EAL in Deutschland“ ihre Entsprechung, wenn bei ihrer Zusammensetzung die trotzkistischen Mehrheitsverhältnisse auch nicht ganz so deutlich sind. Trotzdem, nicht nur, dass sich der bundesdeutsche EAL-Ableger bewusst im Rahmen der europäischen EAL begreift, er wäre ohne das Rückgrat aus zwei mehrere hundert Mitglieder umfassende und straff organisierte Trotzisten-Organisationen, die „Sozialistische Alternative Voran“ sowie den „Linksruck“, aber auch den versprengten Überresten der inzwischen nicht mehr existierenden „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP), zu der z.B. der ehemalige PDS-Bundtags-abgeordnete Winfried Wolf gehörte und die die (immer noch existierende) „Sozialistische Zeitung“ (SoZ) herausgeben, nicht in dieser Form überlebensfähig. Beide genannten Organisationen gehören zum klassischen trotzkistischen Lager und haben seit Beginn der 90er Jahre eine gewisse Relevanz erlangt. Beide entstammen ursprünglich der Sozialdemokratie (Jungsozialisten in der SPD), in der sie bis vor wenigen Jahren noch versucht hatten, durch Unterwanderung und Verschleierung sowie Tarnung ihrer Positionen Schlüsselpositionen vor allem bei den Jusos (aber auch in der Gewerkschaftsjugend) und der SJD-Die Falken zu besetzen.

²⁹ „Unser Projekt (er meint die EAL bzw. die „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland“; d.V.) weist über die Wahlen hinaus. **Es ist ein Projekt mit strategischem Charakter.** (Hervorhebung: d.V.)“; Leo Mayer in SoZ, Ausgabe September 2003

Die 1994 gegründete SAV ist sicherlich innerhalb der EAL die politisch flexiblere und gewichtigere trotzkistische Organisation. Alle ihre Aktivitäten bündelt sie in der BRD in den Aufbau einer „neuen Arbeiterpartei“³⁰: *„Eine neue Partei von ArbeiterInnen und Jugendlichen, eine Massenpartei wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese anfangs kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde.“*³¹ Diese Aussage, die ein überdeutliches Schlaglicht auf den den Trotzkismus charakterisierenden Opportunismus in „linkem Gewande“ wirft, gestattet durchaus die Frage, warum denn die SAV nicht auf die PDS orientiert, die ja in dieser Hinsicht genau den Zielvorstellungen jener „neuen Massenpartei“ entspricht, die die Trotzlisten aufzubauen versuchen. Begründet wird dies mit schein-linker Kritik an der fast schon nicht mehr sozialdemokratischen Politik der PDS-Führung, der eigentliche Grund jedoch liegt wohl eher in der Tatsache, dass SAV-Kader kaum einen Einfluss auf die PDS als Organisation nehmen könnten. Hier liegt des Pudels Kern. Es geht der SAV um die Schaffung einer Organisation egal welchen Charakters, in der sie, straff organisiert, wie die SAV ist, aus dem Hintergrund heraus agieren kann, eine klassische trotzkistische Tarn- und Vorfeldorganisation also, die mit ihrer Mischung aus schein-revolutionärem Wortgeklingel und opportunistischer Politik tatsächlich linken, anti-imperialistischen Organisationen und Bewegungen die Spitze nehmen soll. Damit wird auch klar, warum die SAV auf die EAL orientiert: für die Trotzlisten der SAV ist die EAL ein wichtiger Schritt hin zum Aufbau jener „neuen Arbeiterpartei“ und jene nicht-trotzkistischen Kräfte, die sich am Aufbau der EAL beteiligen, sind für die SAV keiner gleichberechtigten Bündnispartner, sondern nützliche Idioten, deren Organisationskraft man zu nutzen und auszuschlachten sucht.

In allen Grundorientierungen vertritt die SAV trotzkistische Grundpositionen, so z.B. die Unterstützung der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern, auch der DDR: *„Unserer Meinung nach ist in der DDR nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Der DDR-Stalinismus musste scheitern.“*³² Solche Töne sind weder links, noch originell und unterscheiden sich nicht von entsprechenden Positionen in der PDS oder auch der offiziellen Sozialdemokratie. Und wer weiter liest, dem wird auch auffallen müssen, dass es der SAV – bei aller schein-revolutionärer Rhetorik – überhaupt nicht um tatsächliche sozialistische Alternativen geht: *„Der Kampf für Sozialismus kann nur international geführt werden. Der Kapitalismus hat einen Weltmarkt geschaffen und die Produktion internationalisiert. Sozialismus in einem Land ist unmöglich.“*³³ Damit wird der Kampf für eine sozialistische Revolution auf den St.Nimmerleins-Tag verschoben, was hinter der „radikalen“ Fassade dann nur übrig bleiben kann ist reinsten Reformismus. Aber brauchen wir in der BRD tatsächlich eine neue reformistische Parteienformation, selbst wenn sie sich „linker“ gebärdet als die bereits existierenden? Die Arbeiter- und Protestbewegung in der Bundesrepublik sicherlich nicht, für die Herrschenden könnte dies jedoch ein weiteres Instrument sein, um die Herausbildung einer tatsächlichen demokratischen, anti-imperialistischen, breiten Volksfront sowie den Aufbau und die Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei zu erschweren. Einmal davon abgesehen sind die von den SAV-Trotzlisten vertretenen Positionen lediglich alter Wein, nein Essig in neuen Schläuchen. Mit der Parole *„Sozialismus in einem Land ist unmöglich!“* bekämpften die Trotzlisten von Beginn an mit allen Mitteln, einschließlich organisierter Konterrevolution, die Sowjetunion³⁴ und die von ihnen vertretene

³⁰ vgl. „Programm der SAV zur Bundestagswahl 2002“, Seite III

³¹ ebenda

³² ebenda, Seite VIII“

³³ ebenda

³⁴ „Bisher ist kein Land der Welt sozialistisch gewesen (...) Unsere Ablehnung des Stalinismus stützt sich auf Analyse und Programm von Trotzki und der Linken Opposition in den 20er und 30er Jahren.“

Neoliberalismustheorie ist nichts anderes als frisch lackierter Revisionismus à la Kautsky, zugleich jedoch die ideologisch-politische Brücke zu Neoliberalismus-Theoretikern in der kommunistischen Bewegung (z.B. Leo Mayer).

Hinsichtlich ihrer Orientierung auf die Konterrevolution spricht die SAV Klartext: *„In den stalinistischen Staaten versuchte die Arbeiterklasse von den 50er bis in die 80er Jahre hinein, durch revolutionäre Erhebungen die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie abzuwerfen und eine echte Arbeiterdemokratie aufzubauen. Dieser Prozess der politischen Revolution begann 1953 mit dem Aufstand in der DDR. Es folgten revolutionäre Erhebungen 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei, 1971 und 1980 wiederum in Polen. In Polen hatte sich die Arbeiterklasse mit Solidarnosc eine 10 Millionen Mitglieder starke Gewerkschaft aufgebaut (...).“*³⁵ Lassen wir einfach einmal das Geschwafel über die angeblich von der SAV erträumte „Arbeiterdemokratie“ weg, was übrig bleibt, sind Positionen der schwärzesten Reaktion, jener Kräfte zum Beispiel, die 1956 in Ungarn Kommunisten an den Laternenpfählen aufknüpften und die, alles inzwischen dokumentiert und nachgewiesen, mit Hilfe des Vatikans, der CIA und anderer imperialistischen Geheimdienste, Solidarnocs von Beginn an in ein Kampfinstrument der anti-sozialistischen Konterrevolution verwandelten. Und dort orten sich die SAV-Trotzkisten ganz freiwillig und lauthals ein...

Und wer die Konterrevolution „in der Vergangenheit unterstützt“, der fordert sie ganz Konsequenz auch in der Gegenwart. Hier am Beispiel Kuba dokumentiert: *„Die SAV betrachtet Kuba als einen deformierten Arbeiterstaat (...). Wir treten für die Ersetzung des Castro-Regimes durch eine Arbeiterdemokratie ein...“*³⁶ Der entscheidende, konterrevolutionäre Teil der SAV-Orientierung lautet: *„Wir treten für die Ersetzung des Castro-Regimes (...) ein.“* Das kann auch die CIA-gesteuerte „exil-kubanische“ Mafia in Miami ohne Probleme unterschreiben...

Kurzum: entkleidet man die politischen Grundorientierungen der SAV ihrem scheinrevolutionären Wortgeklingel, dann bleibt schwärzeste Reaktion übrig. Damit bestätigt sich – wieder einmal – eine Grunderkenntnis der internationalen Arbeiterbewegung: bei den Trotzkisten, hier der SAV, handelt es sich nicht um linke, progressive, sozialistische Kräfte der Arbeiterbewegung, sondern um Agents Provocateurs und reaktionäre, unter „linker Flagge segelnde“ Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung!

Eine Analyse der Grundsatzdokumente der trotzkistischen Organisation „Linksruck“ ergibt, obwohl in Orientierung und Wortwahl „radikaler“ als die der SAV, eine für diese Organisation gleiche Einschätzung.

Damit wird deutlich, was für die EAL auf europäischer Ebene bereits gesagt wurde: auch bei den „Freundinnen und Freunden der EAL in Deutschland“ handelt es sich NICHT um eine linke, anti-imperialistische Kraft. Auch hier ist das Gegenteil der Fall!

II. TEIL: DKP UND EAL

*„Die DKP will ihren Beitrag zur Entwicklung einer marxistischen Linken in Europa leisten. Deshalb beteiligen wir uns auch aktiv an den Gesprächen und Initiativen der Freunde der EAL in Deutschland.“*³⁷

Aus: „Grundsatzprogramm der SAV, beschlossen von der Bundeskonferenz der SAV in Köln vom 2.-4. April 1999.

³⁵ ebenda

³⁶ Sascha Stanicic: „Welcher Weg zum Sozialismus?“, SAV-Broschüre, Seite 50

³⁷ Leo Mayer, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP, in: „Soziale Bewegungen und die Linke“, Vortrag beim Sommerseminar der DKP Südbayern am 16. August 2003 am Ammersee, veröffentlicht in der UZ vom 12. September 2003.

Diese beiden Sätze aus einem Referat von Leo Mayer, gehalten beim Sommerseminar der DKP Südbayern am 16. August, in der UZ veröffentlicht am 12. September, stellen bis zum 25. September die bisher weitgehendste Information über die Mitarbeit der DKP-Führung bei der EAL bzw. bei den „Freundinnen und Freunden der EAL in Deutschland“ dar, die den Mitgliedern der Partei über ihr Parteiorgan zugänglich war.

Aber diese Information ist nur ein „Häppchen“, ist unvollständig, spielt den Anteil der DKP an den „Freundinnen und Freunden...“ fast auf Null herunter und verschweigt die deutschen Partner an diesem Projekt. Über die europäischen Partner sagt Leo Mayer etwas – er nennt PRC, Socialist Alliance in England und Wales, Scottish Socialist Party, Rot-Grüne Allianz Dänemarks, LCR aus Frankreich, Vereinigte Linke Kataloniens, „Die Linke“ Luxemburgs. Außerdem nennt er als einen Beobachter die ÖDP aus der Türkei. Weitere Teilnehmer aber verschweigt er. Dazu unten mehr.

Die erste Information, die zum Projekt EAL und der Beteiligung der DKP daran in der UZ zu lesen war, war jedoch noch vorsichtiger. Es gab sie am 18.7.03 (die „Freundinnen und Freunde...“ wurden am 10. Mai gegründet!). In dem Artikel „DKP und Europawahl“ heißt es u.a.: „Die DKP führt Gespräche mit den befreundeten Kommunistischen und Arbeiterparteien der EU-Länder. Der Parteivorstand führt Gespräche mit der PDS und den Kräften, die sich der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) verbunden fühlen. Darüber wird auf der nächsten PV-Tagung informiert. Der Parteivorstand bereitet im Herbst formelle Schritte konkret vor.“³⁸

Am 26. September erschien dann in der UZ ein etwas ausführlicherer Artikel zur EAL und zur Beteiligung der DKP. Dort ist dazu zu lesen: „ein Anfang ist gemacht. Die kleine, eng mit der sozialistischen Monatszeitung SoZ verbundene Gruppe „internationale sozialistische Linke (isl)“ hat im Frühjahr eine Initiative ergriffen, die zur Bildung eines Kreises der „Freundinnen und Freunde der EAL“ in Deutschland führte. Bislang haben zwei Treffen stattgefunden, an denen für den Parteivorstand Leo Mayer teilnahm; neben ihm waren weitere DKP-Mitglieder beteiligt wie etwa Hugo Braun, der schon bei mehreren europäischen EAL-Konferenzen als Gast anwesend war. Die Gespräche fanden statt mit Blick auf die 2004 anstehende Europawahl – hier stellt sich die Frage, ob in Deutschland ein neues linkes Wahlbündnis möglich ist.“³⁹ Und es wird weiter festgestellt, dass „die Bündelung der antikapitalistischen Opposition auf jeden Fall, wie Leo Mayer in der SoZ schrieb, ein über den herannahenden Wahltermin hinausweisendes `Projekt mit strategischem Charakter`“ darstelle. Ansonsten wird viel von Wandel, Identitäten in Frage stellen, zusammenfinden, aus ideologischen Gettos heraustreten, von Veränderungen der Strukturen und Herangehensweisen usw. geredet, über den Charakter der EAL aber wird recht unkonkret berichtet, zum Teil sogar falsch. Die mitwirkenden Gruppen werden einmal erwähnt: als „kleine, aber agile Organisationen“ werden sie bezeichnet, Inhaltliches über sie sucht man vergebens. (Wir kommen im Verlaufe unserer Analyse nochmals auf diesen UZ-Artikel vom 26.9.03 zu sprechen!)

Als kritischer Leser der UZ fragt man sich natürlich, warum der Informationsfluss so stockt, warum das Thema EAL so scheinbarweise behandelt wird und warum man mit Berichten über die an den „Freundinnen und Freunden der EAL in Deutschland“ außer der DKP noch Beteiligten so sparsam ist. Wenn man dann das letzte Jahr rekapituliert, stellen sich noch mehr Auffälligkeiten heraus, die erst jetzt, von hinten besehen, einen Zusammenhang bekommen.

Beginnen wir also von vorn.

Im Sommer 2002 führte die DKP eine internationale Konferenz durch, die sich mit der Rolle der Kommunisten in den neuen sozialen Bewegungen beschäftigte. Im Vorfeld druckte die

³⁸ UZ, 18.7.03

³⁹ UZ, 26.9.03

UZ ein Interview mit Hugo Braun. Darin antwortet er, nachdem er die „*Breite und Pluralität*“ der Bewegung dargestellt und der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, dass man sich „*auf die wesentlichen sozialen und friedenspolitischen Forderungen konzentrieren und mit ihnen die Köpfe der Menschen erobern*“⁴⁰ werde, auf die Frage, ob das nicht „*platter Reformismus*“⁴¹ sei, mit erfreulicher Offenheit: „*Es ist tatsächlich ein reformistischer Ansatz. Eine Bewegung wie ATTAC ist kein revolutionärer Kampfverband. Reformen wie Kapitalismusgegner sind sich in dieser Bewegung einig, dass der Kampf gegen die konkreten Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung geführt wird.*“⁴² Und dann liefert er die Begründung dafür: Man müsse Lernprozesse in der Praxis organisieren, denn „*Kapitalismuskritik von oben ist letztlich uneffektiv geblieben. Im gemeinsamen Kampf wird sich ein Kapitalismusverständnis ergeben, das wirklich `die Massen ergreift` und die Idee zur materiellen Gewalt werden lässt.*“⁴³ Dementsprechend zurückhaltend definiert er auch die Rolle der Kommunisten: „*Kommunisten sollten Teil dieser Bewegung sein, in ihr ohne Vorbedingungen mitarbeiten, an den gemeinsamen Aktionen und Diskussionen teilnehmen. Von Avantgarde-Vorstellungen sollten sie sich spätestens jetzt verabschieden.*“⁴⁴ Und gegen Ende ein Appell (der dort, weil noch unkonkret, so direkt ausgesprochen werden konnte; d.V.): „*Die Notwendigkeit des gemeinsamen internationalen Handelns sollte auch von den kommunistischen Parteien nicht nur in Worten beteuert, sondern zur politischen Praxis gemacht werden.*“⁴⁵

Nach der Konferenz gab es dann einigen Wirbel um den Abdruck des Hauptreferates der Konferenz, gehalten von einem Vertreter des rechten Flügels der Rifondazione aus Italien, Gen. Malabarba. Hier ging es dann schon um das „Aufgehen in der Bewegung“ und ähnliche revisionistische Ansätze. Als das in der DKP auf Kritik stieß und auch der bekannte Genosse Gerhard Feldbauer sich kritisch äußerte, dachte man in der DKP-Führung nicht etwa an Selbstkritik, sondern man maßregelte die Kritiker. Auf einen Leserbrief von Gerhard Feldbauer reagierte der Gen. Geißler fast schon mit hysterischer Aggressivität. Im Ergebnis verlor die UZ so mit Gerhard Feldbauer ihren besten Italien-Fachmann.

Von heute aus betrachtet ergibt dieses harsche Niederbügeln der Kritik an Malabarba einen Sinn: wenn man sich überlegt, mit wem die DKP-Führung bei den „Freundinnen und Freunden...“ in Deutschland, aber auch auf der Europa-Ebene der EAL ein Bündnis eingeht, wird verständlich, dass man dem Gedanken, an einer kommunistischen Organisation mit Prinzipien und klarem theoretischen Hintergrund festhalten zu wollen, nur so wenig Platz wie möglich lassen durfte. Diese Problematik beschreibt die Zeitung „Analyse und Kritik“ im Juni dieses Jahres sehr süffisant wie folgt: In der DKP stoße „*die von der Parteivorstandsmehrheit um Heinz Stehr betriebene Politik der Öffnung zu sozialen Bewegungen noch auf erheblichen Widerstand einer stärker `identitär` ausgerichteten Strömung.*“⁴⁶

Aus dem gleichen Grund wurden nun die Informationen über evtl. Öffnungen in verdaubaren Häppchen verabreicht. Hier sei an das Interview erinnert, welches Heinz Stehr bei besagter Konferenz der „Sozialistischen Zeitschrift (SoZ)⁴⁷“ gab, wo es komplett abgedruckt wurde. In der „UZ⁴⁸“ gab es einen verkürzten Nachdruck. Es ist interessant, sich anzusehen, was weggelassen wurde.

⁴⁰ UZ, 21.6.02

⁴¹ ebenda

⁴² ebenda

⁴³ ebenda

⁴⁴ ebenda

⁴⁵ ebenda

⁴⁶ Analyse und Kritik, Nr. 474, 20.6.03

⁴⁷ SoZ, Sozialistische Zeitung, August 2002, S. 5ff.

⁴⁸ UZ, 23.8.02

(Alle folgenden Aussagen stammen aus besagtem Interview, sind von Heinz Stehr und wurden für den Nachdruck des Interviews in der UZ herausgestrichen.)

„Auch bei uns gibt es heftige Debatten über die Avantgarderolle der Partei. Auch wir haben unser Verständnis in diesem Punkt weiterentwickelt.“ --- *„Auch das ganze programmatische, strategische und taktische Selbstverständnis der DKP musste sich erneuern.“* --- In der UZ gebracht wurde: *„Wir haben in den letzten Jahren versucht, diese Situation (dass der ehemals vorhandene Sozialismus nur noch eine negative Ausstrahlung hat; d.V.) konstruktiv zu wenden und manche programmatische Neuorientierung vorgenommen – sei es in der Frage der pluralen Eigentumsformen im auf längere Zeit angesetzten Übergang zum Sozialismus, sei es die Frage der Demokratie im Sozialismus.“* Nicht gebracht in der UZ wurde folgende direkt anschließende Fortsetzung: *„Damit sind wir noch nicht am Ende, aber soviel ist klar, dass es einen erlebbaren Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialismus geben muss, der eine neue Qualität der Mitgestaltung ermöglicht. Es muss auch Oppositionsmöglichkeiten im Sozialismus geben und eine Partei kann nicht per Verfassung oder Dekret das Sagen haben. Es gibt eben unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zum Sozialismus.“* --- Und auch weggelassen in der UZ wurde folgende Frage und die Antwort von Heinz Stehr darauf: FRAGE SoZ: *„Es gibt natürlich gerade im Osten – nicht nur, aber vor allem dort, - einen großen Anteil derer, deren Parteiverständnis noch das einer „marxistisch-leninistischen“ Weltanschauungspartei ist, die es sich leisten könnte, vorübergehend zu überwintern. Diese Leute orientieren mehr auf korrekte Positionen als auf aktives Eingreifen in politische Prozesse. Diese für eine Erneuerung kommunistischer Politik bremsende Wirkung ist doch eine Gefahr. Auch im Kontext der DKP scheint es uns nicht wenige zu geben, die mit so etwas zufrieden wären.“* ANTWORT Stehr: *„Stimmt, das gibt es durchaus, ist aber so einmalig nun auch wieder nicht. Es gibt immer Genossinnen und Genossen, die können sich auf neue politische Verhältnisse einstellen, und es gibt solche, die diesen Sprung nicht mehr schaffen. Das ist das Problem der Ideologisierung bestimmter Positionen: Wenn man den neuen Herausforderungen nicht mehr nachkommen kann, und seinen Standort mindestens beibehalten will, ist das ja durchaus in Ordnung. Wenn man daraus aber ableitet, die ganze Organisation müsste so sein – im Sinne des Bewahrens der großartigen Ergebnisse des Sozialismus – wenn das der zentrale Achsenpunkt sein sollte, um den sich Parteipolitik drehe, dann wird das natürlich problematisch.“*

Der Aufgabe der Avantgarderolle der Partei folgt die Aussage, dass sich die gesamte Programmatik „erneuern“ musste. Danach werden die pluralen Eigentumsformen der Übergangsgesellschaft beschworen, sekundiert von der Einführung der Opposition im Sozialismus und - konsequent - der Absage an die führende Rolle der Partei des Proletariats während des Aufbaus des Sozialismus. Und auf die provokante Frage nach den „Bremsern der Erneuerung kommunistischer Politik“, nämlich denjenigen, deren Parteiverständnis „noch“ das einer „marxistisch-leninistischen“ sei und die eine „Gefahr“ darstellten, reagiert Heinz Stehr nicht etwas mit Zurückweisen dieser Frage und Verteidigung des Marxismus-Leninismus als Grundlage, Orientierung und Praxiskompass einer kommunistischen Partei, sondern springt ohne Wenn und Aber auf den Zug, beteiligt sich an der Diffamierung der Genossinnen und Genossen, „die den Sprung nicht mehr schaffen“ und bezeichnet sie, sofern sie nicht das Maul halten, sondern in der Partei mitbestimmen wollen, als „problematisch“. Das alles war jedoch nur in der SoZ, nicht aber in der UZ zu lesen.

In dem Artikel, den Hugo Braun nach der Konferenz von Florenz (Vorabend des Sozialforums, eingeladen hatte Rifondazione Comunista) zur Diskussion über die Gründung einer europäischen Linkspartei im Dezember 2002 schrieb, konnten wieder deutlichere Appelle formuliert werden, da hier alles sehr unkonkret blieb. Es gäbe zwar einige Probleme, so gibt Hugo Braun Heinz Stehr wieder, und fährt in seinem Artikel dann fort: *„Dennoch, so Stehr, werde ein Weg des gleichberechtigten und solidarischen Arbeitsprozesses zu neuen Chancen und Erfolgen der Linken führen. Dieser Formierungsprozess einer Zusammenarbeit*

in EU-Europa gegen die menschenfeindliche Politik des Imperialismus ist voller Herausforderungen und Chancen. Die DKP will gerne an diesem Prozess mitarbeiten. ... Und Hugo Braun zum Schluss des Artikels: Doch scheint der Weg zu einer europäischen Linkspartei noch weit und mit vielen politischen Stolpersteinen gepflastert zu sein. Ein ehrlicher, von Egoismen freier, selbstkritischer und dennoch nicht prinzipienloser Diskurs der europäischen Partner scheint dafür eine unerlässliche Voraussetzung zu sein. Dabei im ständigen Dialog mit den sozialen Bewegungen auf nationaler wie auf europäischer Ebene zu bleiben, kann sicher hilfreich sein, diese objektive politische Herausforderung an die europäische Linke zu bewältigen.“⁴⁹

Dann begann die große Stille. Am 10. Mai 2003 wurden die „Freundinnen und Freunde ...“ aus der Taufe gehoben - wohlgerne mit Beteiligung der DKP. Die Pressemitteilungen der Initiatoren wurden verschickt, die „junge Welt“ berichtete im Mai kurz, das „Neue Deutschland“ etwas ausführlicher, die Zeitungen der trotzkistischen „Freunde“ brachten die Sache, aber die DKP schwieg. Weder die „UZ“ noch die „Marxistischen Blätter“ brachten irgendetwas über das, was dort in Frankfurt/Main organisiert worden war und schon ziemlich konkret Gestalt angenommen hatte. Im Juni erschien dann ein Artikel über die „Freundinnen und Freunde...“ in „Analyse und Kritik“, dieser mit einigen Hintergrundinformationen. Und in der „Offensiv“ brachten wir auch einige kurze Hinweise.

Ebenfalls im Juni bekamen die trotzkistischen Organisationen „Linksruck“ und SAV (als Verlage) Stände beim Pressefest der UZ, die „Offensiv“ aber nicht. Ebenso wurde die „Rote Fahne“ ausgegrenzt. Angesichts der Lage nur folgerichtig, denn was die EAL angeht, sind für die DKP-Führung ja inzwischen Trotzlisten und nicht mehr Marxisten-Leninisten die „befreundeten“ Kräfte.

Inzwischen war es Hochsommer, das Folgetreffen der „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland“ Anfang August stand vor der Tür, die DKP-Führung musste natürlich irgendwann und irgendwie ihre Mitgliedschaft über das Vorhaben und über die Bündnispartner informieren. Die Maxime blieb aber: kleine Häppchen. Offensichtlich war man sich über die Problematik, wie sie in „Analyse und Kritik“ angesprochen wurde, im Klaren. Dort war angemerkt worden, dass trotzkistische Organisationen wie „SAV“ und „Linksruck“ durchaus in der Lage sein könnten, ihre Mitgliedschaft komplett für die EAL zu mobilisieren. „In der DKP, deren Führung das EAL-Projekt unterstützt“, müsse aber „mit Vorbehalten seitens des orthodoxen Flügels gerechnet werden.“⁵⁰

So kam es, wie schon oben angemerkt, unter dem Titel „DKP und Europawahl“ zur ersten, klitzekleinen Notiz in der UZ vom 18. Juli 2003: „Die DKP führt Gespräche mit den befreundeten Kommunistischen und Arbeiterparteien der EU-Länder. Der Parteivorstand führt Gespräche mit der PDS und den Kräften, die sich der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) verbunden fühlen. Darüber wird auf der nächsten PV-Tagung informiert. Der Parteivorstand bereitet im Herbst formelle Schritte konkret vor.“⁵¹

Informiert wird also auf der PV-Tagung und der Vorstand bereitet Schritte vor. (Warum soll auch das Parteileben demokratisch sein, Hauptsache die Sozialismusvorstellungen sind es...) Am 9. August tagten die „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland“ zum zweiten Mal. Es wurde der „Grundkonsens“ angenommen, man diskutierte das „Eckpunktepapier“ und die Form der Wahlbeteiligung – alles unter Beteiligung der DKP. Die „Vorbereitungsgruppe“ überarbeitet das „Eckpunktepapier“ – alle beteiligten Gruppen haben einen Vertreter in der „Vorbereitungsgruppe“, also auch die DKP. Über all das gab es kein Wort zu lesen in den Parteiorganen.

⁴⁹ Hugo Braun: Eine europäische Linkspartei?, in: UZ, 6.12.2002

⁵⁰ Analyse und Kritik, Nr. 474, 20.6.03

⁵¹ UZ, 18.7.03

Am 12. September brachte die UZ dann den Redebeitrag von Leo Mayer, in dem er die Notwendigkeit einer europäischen Linkspartei versucht zu begründen und die EAL aus dem Hut zaubert. Auffällig ist: Die Parteiführung hält sich weiterhin aus allem heraus. Das ist ein Seminarbeitrag eines einzelnen Genossen, Untertitel des Vorspanns: „*Wir veröffentlichen seine Thesen im Wortlaut.*“⁵²

Dieser Artikel von Leo Mayer strotzt vor Ungereimtheiten. Ihn hier einer ausführlichen Kritik zu unterziehen sprengt den Rahmen. Deshalb in aller Kürze hier nur so viel: Nach Leo Mayer sind die neue soziale Bewegungen und die Arbeiterbewegung gleichrangig, gibt es viele Zugänge zum Sozialismus, brauchen wir eine erneuerte Arbeiterbewegung im Bündnis mit den sozialen Bewegungen, ist eine entscheidende Frage die Schaffung einer alternativen linken Kraft in Europa, muss diese Teil der sozialen Bewegungen und gleichzeitig ihr Partner sein. Und das ganze muss pluralistisch sein und Kräfte und Ströme aus verschiedenen Richtungen und Traditionen zusammenschließen.

Leo Mayer manipuliert er an zwei Stellen: erstens übertreibt er den antikapitalistischen Charakter der EAL, indem er ihr nachsagt: „*Ihr Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht nach dem Prinzip des Profits, sondern nach dem der gesellschaftlichen Bedürfnisse funktioniert, und eine sozialistische Demokratie auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln.* (Hervorhebung d.V.)“⁵³ Nach der Eigentumsfrage – und vor allem nach ihrer Beantwortung – sucht man in den Verlautbarungen der EAL vergebens. Wie Leo Mayer darauf kommt, dass das Ziel der EAL „*eine sozialistische Demokratie auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln*“ sei, lässt sich zwar vermuten, denn es wird darum gehen, der Mitgliedschaft die EAL schmackhaft zu machen, aber wir wissen es nicht.

Und zweitens unterschlägt er Mitgliedsorganisationen der EAL. Er nennt nicht den portugiesischen Linksblock, die Socialist Workers Party und die Socialist Party aus England, die Socialist Party aus Irland, Espacio alternativo aus Spanien und Synaspismos aus Griechenland.

Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, dass der Vorsitzende von Synaspismos sich am 11. September in Berlin mit dem PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky traf. „*Der Bedarf für eine europäische Linkspartei im Rahmen des Europäischen Parlaments liegt für die beiden politischen Freunde auf der Hand*“⁵⁴, berichtete das Neue Deutschland. Es gehe darum, „*eine Alternative zum neoliberalen Zeitgeist in der EU wählbar zu machen*“, so Bisky.

Aber zurück zum Artikel von Leo Mayer: Er verliert natürlich kein Wort über den Stand der EAL-Konstituierung in Deutschland und vor allem nicht über die hier beteiligten Organisationen. Da heißt es nur: „*Die DKP will ihren Beitrag zur Entwicklung einer marxistischen Linken in Europa leisten. Deshalb beteiligen wir uns auch aktiv an den Gesprächen und Initiativen der Freunde der EAL in Deutschland.*“⁵⁵

Wie sehr die DKP-Führung bewusst hinter dem Rücken der eigenen Mitgliedschaft, ja sogar des Parteivorstandes operiert, beschreibt Genosse Patrik Köbele, Vorsitzender des Bezirks Ruhr-Westfalen sehr deutlich wie anschaulich in seinem Redebeitrag auf der 4.

Partei Vorstandstagung der DKP (2003): „*Dabei ist zu wenig, wenn Genosse Hugo Braun vor einiger Zeit einmal das Stichwort ‚Europäische Linkspartei‘ benennt. Es ist zu wenig, wenn in*

⁵² UZ vom 12.9.03

⁵³ ebenda

⁵⁴ Neues Deutschland, 13.9.03

⁵⁵ Leo Mayer, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP, in: „Soziale Bewegungen und die Linke“, Vortrag beim Sommerseminar der DKP Südbayern am 16. August 2003 am Ammersee, veröffentlicht in der UZ vom 12. September 2003.

Leos (gemeint ist Leo Meyer, d. Autoren) Artikel endlich auch vor der Parteibasis einmal das Stichwort EAL auftaucht, an der wir uns beteiligen, weil wir ‚einen (bescheidenen Beitrag zur Formierung einer alternativen Linken in Europa leisten‘. Es ist zu wenig, wenn man bedenkt, dass bis zur letzten PV-Tagung die Abkürzung EAL im PV noch nie gefallen war. Keiner wusste, dass Leo (Meyer, d. Autoren) und Hugo (Braun, d. Autoren) dort mitarbeiten. Weder der PV noch gar die Gesamtpartei hatten sich bis dato einmal damit befasst. Es ist zu wenig für die Partei, denn gleichzeitig schreibt Leo in der SoZ, dass das Projekt EAL über die Europawahlen hinaus weist. ‚Es ist ein Projekt von strategischer Bedeutung‘ Und das, wo der PV bei seiner letzten Tagung darüber informiert wurde, dass es sich ja lediglich um ein Personenbündnis handele.“⁵⁶

Man durfte gespannt sein, in welcher Art und in welchen weiteren Etappen die DKP-Führung die Katze aus dem Sack lassen würde. Auf irgendeine Weise muss ja die bisherige kritische Stellung dem Trotzismus gegenüber revidiert werden, denn auf ewig wird man den Charakter der Bündnispartner nicht verschweigen können. Und man darf auch gespannt sein, wie der Versuch aussehen wird, die „bösen“ Kräfte der „stärker `identitär` ausgerichteten Strömung“ bzw. des „orthodoxen Flügels“ klein zu machen oder wenigstens ruhig zu stellen. Am 26.9.03 brachte die UZ einen weiteren Artikel zum Thema EAL – diesmal von Günter Pohl. Nach Dieser Artikels gibt Antworten auf einige der eben aufgeworfenen Fragen.

Was sagt die DKP-Führung über die EAL?

„Die Krise der `alten` Linken, deren tatsächliche Ursachen vor allem in tiefgreifenden Veränderungen der Sozialstruktur in den entwickelten kapitalistischen Ländern liegen, bedeutet keineswegs das Verschwinden der Linken. Vielmehr ist in vielen Ländern Europas ein Prozess der Neuformierung in Gang gekommen.“ Nun werden einige Beispiele aufgezählt wie etwa Rifondazione Comunista aus Italien, die Socialist Alliances aus Großbritannien, Bloco de Esquerda aus Portugal, die Rot-Grüne Einheitsliste aus Dänemark usw. Und dann heißt es weiter: „Als europaweites Netzwerk solcher Organisationen existiert heute die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL). Diesem Verbund liegt die Erfahrung zugrunde, dass jenseits historischer Spaltungslinien den zentralen Herausforderungen der Gegenwart mit der Herausbildung eines neuen Profils begegnet werden muss.“ Alte „Spaltungslinien“ müssen also überwunden werden. Denn „jenseits“ davon liegt das neue „Profil“. Um welche inhaltlichen Fragen es dabei gehen soll, bzw. welche inhaltlichen Differenzen nun nicht mehr als solche bezeichnet werden sollen, bleibt leider im Dunkeln. Dass aber alles „neu“ werden muss im Prozess der EAL, das scheint klar, denn an anderer Stelle des Artikels heißt es nochmals zu diesem Thema, „dass der Prozess der Umgruppierung der Linken erst am Anfang steht,“ und „dass die Gemeinsamkeiten und Differenzen in diesem Prozess in vieler Hinsicht quer zu den historischen `Identitäten` liegen.“⁵⁷

Das ist starker Tobak: Die Krise, in der die Arbeiterbewegung und die kommunistische Bewegung zur Zeit stecken, ist nicht Resultat der Konterrevolution in Europa, nein, „deren tatsächliche Ursachen (liegen) vor allem in tiefgreifenden Veränderungen der Sozialstruktur in den entwickelten kapitalistischen Ländern“, die Lösung des Problems liegt in einem „neuen Profil“ - „jenseits historischer Spaltungslinien“ und „quer zu den historischen Identitäten.“ Da nicht konkreter gesagt wird, um welche Inhalte es sich handelt, darf munter darüber spekuliert werden, welche Identitäten und welche Spaltungslinien denn gemeint sein könnten. Im allgemeinen meinen Revisionisten mit solchen Floskeln die marxistisch-leninistische Identität und die Abgrenzung der kommunistischen Bewegung vom Reformismus und Revisionismus. Und natürlich sagen sie nie offen, dass sie das meinen.

⁵⁶ Nachzulesen u.a. in: http://www.kommunisten-online.de/Kommunisten/dkp_pv.htm

⁵⁷ Alle Zitate aus: Europas Linke im Wandel, Krise, Neuformierung und Perspektiven in Deutschland, von Günter Pohl, UZ, 26.9.2003

Wie versucht die DKP-Führung, die eigene Parteibasis auf die EAL vorzubereiten?

Dass ziemlich sicher nichts anderes gemeint ist als eben angedeutet, zeigt die Passage des Artikels über europäische kommunistische Parteien, von denen man mit Fug und Recht behaupten kann, dass sie sich als nicht-revisionistische verstehen: „Traditionell-`orthodoxe` kommunistische Parteien haben sich als mobilisierungsfähige Gegenkräfte nur in wenigen Ländern der Peripherie Europas halten können, sprich: in Griechenland und Portugal, wo der Zerfall der alten sozialen Milieus, der etwa in Frankreich in den 80er Jahren der kommunistischen Partei mehr und mehr die Basis entzog, noch nicht so weit fortgeschritten ist.“⁵⁸ Nachdem so z.B. die PCP und die KKE abgefertigt wurden, ist nun die eigene Parteibasis dran. Schließlich ist sie ja darauf vorzubereiten, sich mit Trotzlisten und Sozialdemokraten einzulassen. Also heißt es, nachdem dargelegt wurde, dass die Differenzen früher „vor allem auf verschiedenen Einschätzungen des im Gefolge der Oktoberrevolution entstandenen Gesellschaftstyps“ beruhten: „Wer aber heute daran festhält, die eigenen `Identität` an Fragen zu bestimmen, die sich auf ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte beziehen, verstellt sich den Zugang zu den tiefgreifenden Veränderungen, die der Kapitalismus heute, nach dem Ende seines `fordistischen` und `sozialpartnerschaftlichen` Regulationszyklus, durchläuft.“⁵⁹ Wenige Zeilen später werden „Linksruck“ und „SAV“ als „kleine, aber agile Organisationen“ gelobt, gleichzeitig wird aber - nach bewährtem Muster - ihre inhaltliche Ausrichtung mit keinem Wort erwähnt. Und gegen Ende des Artikels wird deutlich gemacht, dass die Kräfte der Linken in Deutschland „aus ihren ideologischen Ghettos heraustreten“ müssen. „Das setzt bei allen Beteiligten die Bereitschaft zum Wandel und zum Dazulernen voraus.“ Wer also an Lenin festhält, will nichts lernen und befindet sich im ideologischen Ghetto. Man muss sich das man vorstellen: a) die Erfahrungen der Geschichte des Sozialismus brauchen wir nicht mehr, das ist ein „abgeschlossenes Kapitel“ (Hervorhebung: d.V.) der Geschichte“, b) Theorie, Wissen, Wahrheit wird als Ghetto, als eine Art Gefängnis dargestellt, c) das Über-Bord-Werfen des Marxismus-Leninismus heißt neuerdings „Dazulernen“ und dann gibt es auch gleich ein Beispiel, wie dieses „Dazulernen“ aussieht: d) „im Gefolge der Oktoberrevolution“ entstand ein „Gesellschaftstyp“ – dass das Sozialismus war, sagen wir lieber nicht. Sonst streiten wir uns nachher wieder. Allerdings hält die DKP-Führung die Fähigkeit ihrer Mitgliedschaft, im besagten Sinne „dazu zu lernen“ offensichtlich für etwas begrenzt, denn es reicht ihr nicht, über die EAL nur insofern die Unwahrheit zu verbreiten, als sie die Ziele der Bündnispartner verschweigt, nein, auch im UZ-Artikel vom 26.9. wird das antikapitalistische „Profil“ der EAL falsch – nämlich übertrieben – dargestellt. Leo Mayer hatte ja schon in seinem Artikel davon fabuliert, dass das „gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln“ eine Forderung der EAL sei. Günter Pohl schreibt nun: „*Die Frage der Eigentums- und Machtverhältnisse wird als Kardinalfrage angesehen.*“⁶⁰

Das stimmt einfach nicht. Wir haben nochmals alle Verlautbarungen der EAL durchgesehen⁶¹. Man findet dort nur folgendes über die strategische Zielsetzung der EAL: „*Die neoliberale Dynamik wird sich nicht durch kleine Einzelmaßnahmen ändern lassen, denn sie ist zu einem System geworden.* (Was ist hier das System? Der Kapitalismus/Imperialismus? Nein! Die „neoliberale Dynamik“!) *Die Prioritäten müssen*

⁵⁸ ebenda

⁵⁹ ebenda

⁶⁰ ebenda

⁶¹ Uns liegen vor: die Erklärung der Konferenz von Madrid, die Erklärung der Konferenz von Kopenhagen, die Pressemitteilung der Konferenz von Athen, die Pressemitteilung des Treffens in Frankfurt/Main vom 10. Mai und die Presseerklärung des Folgetreffens am 9. August, ebenso die Einladungen zu beiden Treffen. Zusätzlich alle Artikel, die in SoZ, ND, junge Welt, UZ, Rote Fahne und Solidarität zum Thema erschienen sind.

radikal umgekehrt werden. Die sozialen Bedürfnisse der Massen der Bevölkerung müssen Vorrang vor den Profiten des Großkapitals bekommen.“ (...was ja nicht heißt, dass das Großkapital keine Profite mehr machen soll – ganz zu schweigen davon, dass das Großkapital enteignet würde, es soll nur mehr Sozialleistungen zulassen...) Und im „Alternativprogramm“ heißt es: „*Volle und stabile Beschäftigung, anständiger Lohn, tragbarer Lohnersatzbezug für alle Männer und Frauen, radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbuße mit Neueinstellungen, Recht auf Wohnung, Bildung, Ausbildung, Gesundheitsversorgung sowie Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln*“⁶² Ein klassisches Programm der Sozialstaatsillusionen. Die Erklärung der Konferenz von Kopenhagen sagt dazu: „*Das schließt alle notwendigen Maßnahmen ein, auch Eingriffe in das Privateigentum.*“⁶³ „Eingriffe“ in das Privateigentum sind nicht identisch mit seiner Aufhebung. „Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln“ und „Eigentums- und Machtverhältnisse“ als „Kardinalfrage“ können wir bei aller Bemühung in den Papieren der EAL nicht als ein strategisches Ziel entdecken. Es geht der EAL nicht um den Sturz des Kapitalismus, sondern um den „*Sturz der neoliberalen Politik*“⁶⁴

Fazit:

- Von der Parteiführung der DKP wird die EAL schöngeredet.
- Von der Parteiführung der DKP werden nur ausgewählte Informationen und auch diese nur häppchenweise an die Parteimitglieder weitergegeben.
- Von der Parteiführung der DKP werden sowohl der Charakter der Bündnispartner innerhalb der EAL als auch deren politische Ziele gegenüber den Parteimitgliedern verschwiegen.
- Von der Parteiführung der DKP wird den Parteimitgliedern als Vorbereitung auf das Schlucken der Kröte die Abkehr vom Marxismus-Leninismus verordnet; sie nennt das allerdings etwas anders: Da wird „Dazulernen“ verordnet, ebenso das Verlassen „des ideologischen Ghettos“ (man muss sich mal vorstellen, als was diese Leute ihre eigene Partei bzw. deren Geschichte bezeichnen!!!), denn „jenseits historischer Spaltungslinien“ müssten jetzt alle „Bereitschaft zum Wandel“ zeigen.
- Und aufgemerkt: Von der Parteiführung der DKP wird etwaigen Kritikern schon jetzt vorgeworfen, sich abkapseln zu wollen. Die DKP müsse selbstverständlich in den sozialen Bewegungen mitarbeiten und in diese hineinwirken. Und mal so eben unter der Hand wird hier die EAL (also eine Parteibildung mit wahlpolitischer Zielstellung) mit sozialen Bewegungen gleichgesetzt. Tatsächlich aber sind die Mitarbeit in sozialen Bewegungen sowie Teilnahme an den daraus entstehenden Kämpfen und eine „strategische“ Orientierung (siehe nächster Absatz; d.Red.) auf die Zusammenarbeit mit Trotzlisten und Revisionisten in einer Partei zwei völlig verschiedene Paar Schuhe.

Was ist für die Zukunft geplant?

Leider ist das Ganze kein Scherz oder irgend ein Nebenschauplatz der DKP-Politik. Ganz im Gegenteil: Leo Mayer ließ in seinem Artikel in der September-Ausgabe 2003 der SoZ folgendes wissen: „Unser Projekt (er meint die EAL bzw. die „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland“; d.V.) weist über die Wahlen hinaus. Es ist ein Projekt mit strategischem Charakter. (Hervorhebung: d.V.)“⁶⁵

Dementsprechend hat der DKP-Parteivorstand auf seiner 4. Tagung am 27./28. September 2003 in Essen beschlossen, dass er „derzeit keine Möglichkeit (sieht), bis zum Jahresende und damit rechtzeitig zur Diskussion in der Partei vor dem 17. Parteitag einen Programmentwurf

62 Erklärung der Konferenz der EAL von Madrid

63 Erklärung der Konferenz der EAL von Kopenhagen

64 Erklärung der EAL von Kopenhagen

65 SoZ, Ausgabe September 2003

vorzuschlagen.“⁶⁶ Stattdessen wird das Sekretariat beauftragt, „den Entwurf einer politischen Grundsatzerklärung der DKP vorzulegen, in der die Aufgaben der Partei angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und der sich verändernden Aktionsbedingungen bestimmt, Grundforderungen der DKP gestellt und gesellschaftliche Alternativen aufgezeigt werden.“⁶⁷

Ein Schelm, der Böses dabei denkt: Lieber kein Programm, in dem eventuell noch Spuren der „mehr identitär“ ausgerichteten oder gar sich dem „orthodoxen Flügel“ zugehörig fühlenden Genossinnen und Genossen zu finden sein könnten, dann doch lieber eine von der Führung selbstgebastelte politische Erklärung, die die „Aufgaben der Partei angesichts ... der sich verändernden Aktionsbedingungen bestimmt“. Dreimal darf man raten, welche das wohl sein werden. Leo Mayer hat die strategische Richtung ja schon angegeben.

Die Weichenstellung, die da hinter dem Rücken der DKP-Mitglieder oder zumindest an ihnen vorbei vorbereitet wird, nämlich die organisatorische und ideologisch-politische Orientierung auf die EAL ist nicht irgendwas, sondern eine Entscheidung, die eine kommunistische Partei grundsätzlich ins Wanken bringen kann – und angesichts der Situation der DKP die Gefahr in sich birgt, die Partei restlos zu zerstören.

Michael Opperskalski, Köln / Frank Flegel, Hannover

66 UZ vom 3.10.03

67 ebenda

Klare Absage an Mitte-Links-Bündnisse

Linke Gruppen wollen in Deutschland den Boden für eine »antikapitalistische Alternative« bereiten

Am Sonnabend trafen sich in Frankfurt am Main zum ersten Mal die »Freundinnen und Freunde der Europäischen Antikapitalistischen Linken« (EAL). In Anlehnung an das Anfang 2000 in Lissabon gegründete Netzwerk verschiedener Parteien und Gruppierungen auf europäischer Ebene wollen sich die Teilnehmer des Frankfurter Treffens künftig auch in Deutschland für eine »antikapitalistische Alternative« stark machen. Das europäische Netzwerk besteht aus trotzkistischen Organisationen, ehemals maoistischen Gruppierungen und Parteien, die aus dem traditionell kommunistischen Spektrum hervorgegangen sind.

Die EAL, erläuterte Manuel Kellner von der Internationalen Sozialistischen Linken (isl), »ist eine politische Antwort auf den Formierungsprozeß der EU«. Er stellte fest, daß es in Deutschland keine politische Organisation gebe, die »für sich ein Anziehungspol für die antikapitalistische Linke« sei und mit den sozialen Bewegungen zusammenarbeite. Der Orientierung auf Mitte-Links-Bündnisse als politische Option gegen Sozialabbau, Aufrüstung und die »Festung Europa« erteilten die Teilnehmer eine deutliche Absage. »Ich bin gegen eine Regierungsbeteiligung«, erklärte Ekkehard Lieberam vom Geraer Dialog in der PDS. Eine Prognose über »das weitere Schicksal der PDS« und damit eine Perspektive für den Geraer Kreis sei »schwierig«. Leo Mayer von der DKP will die PDS in den Diskussionsprozeß über eine Europäische Antikapitalistische Linke offensiv mit einbeziehen. »Diplomatische Rücksichtnahmen auf Linksreformer« hält er allerdings für falsch.

Erhard Crome von der Rosa Luxemburg Stiftung sprach sich dafür aus, zunächst »gemeinsame Projekte anzugehen, auch wenn die theoretischen Zugänge der Teilnehmer unterschiedlich sind«. So wollen sich die Freundinnen und Freunde der EAL für eine stärkere Zusammenarbeit der globalisierungskritischen Bewegung und der Arbeiterbewegung einsetzen. Ansatzpunkte dafür seien die Debatte über die EU-Verfassung und der Kampf um verbindliche soziale Rechte.

Bei ihrem nächsten Treffen im August wollen die Teilnehmer über die mögliche Beteiligung an einer Kandidatur der EAL zu den Europaparlamentswahlen im kommenden Jahr entscheiden. Auch bei Kommunalwahlen

sei dies vorstellbar. »Die Attraktivität von Wahlkandidaten ist abhängig von ihrer Verbundenheit mit konkreten Kämpfen«, gab der 84jährige Jakob Moneta seine Erfahrungen aus jahrzehntelanger politischer Aktivität in Parteien und Gewerkschaften den Teilnehmern mit auf den Weg.

SoZ-Startseite SoZ - Sozialistische Zeitung, Juni 2003, Seite 22

Neue antikapitalistische Kraft

EAL bekommt Ableger in Deutschland

Am 10. Mai 2003 trafen sich in Frankfurt am Main Mitglieder verschiedener sozialistischer und kommunistischer Organisationen, Strömungen und Richtungen (PDS-Linke Geraer Dialog, DKP, Sozialistische Alternative Voran, Linksruck) auf Einladung der internationalen sozialistischen linken (isl) in Frankfurt, um über die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) zu sprechen.

Die EAL besteht aus Parteien und Organisationen, die in europäischen Ländern aus der Neuformierung einer antikapitalistischen Kraft hervorgegangen sind oder solche Neuformierungen betreiben. Sie hat bislang fünf ihrer halbjährlichen Konferenzen durchgeführt und die Ergebnisse der dortigen Diskussionen in gemeinsamen Erklärungen zusammengefasst.

Seit der Teilnahme der italienischen Partei der kommunistischen Neugründung (Rifondazione Comunista) und dem bedeutenden Wahlerfolg der Scottish Socialist Party am 1. Mai 2003 hat die EAL zunehmend Beachtung gefunden, obwohl in Deutschland wenig über diesen linken Formierungs- und Verständigungsprozess auf europäischer Ebene berichtet wird.

Die in Frankfurt Versammelten teilen den Grundkonsens der EAL, dass die Rechtsentwicklung der neoliberal gewendeten Sozialdemokratie politischen Raum für eine neue antikapitalistische und plurale Kraft der Linken schafft, die für die Überwindung des Kapitalismus zugunsten einer demokratisch konstituierten sozialistischen Republik eintritt und die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung und deren Zusammenwirken mit der Arbeiterbewegung fördert. Regierungsbeteiligungen, die Mitverantwortung für Sozialabbau und Kriegspolitik im Dienst des Kapitals bedeuten, sind damit unvereinbar. Die EAL lehnt das undemokratisch konstituierte Europa, die EU der Maastrichtkriterien, der Aufrüstung und der Politik gegen Flüchtlinge und Migranten ab und tritt für ein nach Osten und Süden hin offenes Europa der Solidarität ein, in dem ökologisch verantwortlich nach dem Maßstab der gesellschaftlichen Bedürfnisse produziert wird.

Die Versammelten betrachten sich als Freunde der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) in Deutschland und richten eine Vorbereitungsgruppe ein, die ihre Aktivitäten zwischen zwei Zusammenkünften koordiniert und das nächste Treffen vorbereitet, das am 9.8. in Frankfurt stattfinden wird. Neben Berichten und Diskussionen zu den diesjährigen Konferenzen der EAL wird dort über den Entwurf einer Plattform zu den EU-Wahlen beraten werden. Auf der Attac-Sommerakademie werden internationale Vertreter der EAL über das Projekt und erste Erfahrungen damit in einzelnen Ländern berichten.

Manuel Kellner

Interview

Interview: Ulla Jelpke

Soziale Bewegung und PDS-Spitze: Kein Vertrauen mehr in die Partei?

jW sprach mit Michael Prütz, Mitbegründer des Berliner Sozialforums

F: Welche Erwartungen haben Sie an den PDS-Parteitag am Wochenende in Berlin?

An die PDS als sozialistische Kraft keine mehr. Zu offenkundig wurde ein gewählter Vorstand weggeputscht. Unter dem Label der Modernisierung wird locker an die Methoden der Komintern der späten zwanziger Jahre angeknüpft. Verleumdung, üble Nachrede und selbst offene Lüge gehören wieder zum Standardrepertoire. Zentraler Maßstab für die neue PDS-Führung ist die Bündnisfähigkeit mit Rot-Grün. Das Ganze wird dann als Gebrauchswertorientierung für die Wähler verkauft. Es ist erschreckend, wie wenig Widerstand sich gegen diesen Kurs trotz des Geraer Dialogs regt. Daher stimme ich Uwe Hixsch zu, wenn er sagt, die PDS werde nun vollständig zur »Westentaschenreserve der SPD«.

F: Totgesagte leben aber bekanntlich länger.

Aber auch nicht ewig. Die PDS-Strategen um Michael Brie haben längst die Losung »PDS Plus« ausgegeben. Sie wissen, daß die Partei allein weder personell noch programmatisch in der Lage ist, das vorhandene anti-neoliberale Wählerpotential von bis zu 15 Prozent auszuschöpfen. Sie sprechen treffend von einem politischen Vakuum, das schnell von neuen antikapitalistischen Formationen, wie etwa der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL), gefüllt werden könnte. Davor haben sie Angst. Um das zu verhindern, sollen linke Gewerkschafter und Globalisierungskritiker schon für die Europa-Wahl für ein Projekt »PDS Plus« gewonnen werden. So wollen sie ihre Regierungsbeteiligungen in Ostdeutschland ungestört fortsetzen.

F: Ist das nicht realistisch? Wenn Pöstchen winken, sind viele zu vielem bereit.

Die globalisierungskritische Bewegung ist an der PDS komplett vorbeigezogen. Wer heute jung, kritisch und antikapitalistisch ist, engagiert sich bei ATTAC oder sonstwo, aber nicht in der PDS. In der globalisierungskritischen Bewegung wird sich keine prominente Person für die Überlebensstrategien der PDS-

Elite mißbrauchen lassen. Warum auch? Die Bewegung hat Potential, sie wächst und entwickelt zunehmendes Selbstbewußtsein. Ich kann mir das auch für die sich reorganisierende Gewerkschaftslinken nicht vorstellen. Der Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag in Berlin ist auch bei den Kollegen in Baden-Württemberg angekommen.

F: Ist das Sozialforum Berlin eine Alternative?

Alternativen entstehen ja nicht über Nacht. Zur Zeit geht es uns darum, die Basis zu verbreitern und Aktionsfähigkeit zu erlangen. Die Kundgebung und Demo gegen den SPD-Sonderparteitag mit den Berliner Gewerkschaftslinken und der IG BAU war unsere erste Aktion, denn ohne lokale Verankerung und Kampagnenfähigkeit wird die Sozialforumsbewegung ins Leere laufen. Die Breite und der Pluralismus des Europäischen Sozialforums ist der Maßstab auch für Berlin. In Hinblick auf das nächste Sozialforum in Paris, bereiten wir eine Herbstkampagne mit stadtpolischer Stoßrichtung vor.

F: Werben Sie gezielt um frustrierte PDS-Mitglieder?

Wir stehen in einem Diskussionsprozeß. Es ist erstaunlich, welch politisches Potential da brachliegt und ins Privatleben abzuwandern droht. Auch wenn das Berliner Sozialforum keine Partei ist, machen wir sehr wohl Politik, kompetent und gegen den neoliberalen Kahlschlag. Das Sozialforum versteht sich als ein Raum der Debatte, der Vernetzung und des Austausches sozialer Akteure.

F: Sie waren jahrelang Sprecher der PDS-Kreuzberg. Wollen Sie nun kurz- oder langfristig eine alternative Partei zur PDS gründen?

Auch wenn die Wandlungen von SPD und PDS ein großes Vakuum für antikapitalistische Politik hinterlassen, so ist es nicht die Aufgabe eines Berliner Sozialforums, alternative Wahlformationen zu gründen. Unsere originäre Aufgabe ist es mitzuhelfen, außerparlamentarische Gegenmacht zu organisieren. Persönlich habe ich dafür allerdings große Sympathien. Im Prozeß der EAL sind schließlich erfolgreiche Formationen wie die Rifondazione Comunista, die französische LCR oder die schottische SSP einbezogen. Auch in Berlin muß über kurz oder lang dieses Vakuum gefüllt werden.

Europäische Antikapitalistische Linke

Gemeinsame Plattform zu Europawahlen

Am 9. und 10. Juni fand in Athen die 6. Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken statt.

Folgende Mitgliedsorganisationen waren vertreten: Enhedslisten/De Rød Grønne (Dänemark), Socialist Alliance, Socialist Workers Party (England), Scottish Socialist Party (Schottland), Ligue Communiste Révolutionnaire (Frankreich), Bloco de Esquerda (Portugal), Espacio Alternativo (Spanischer Staat), Partito della Rifondazione Comunista (Italien), Solidarités (Schweiz), ÖDP (Türkei). Als Beobachter nahmen teil: Socialist Party (Irland), Socialist Party (England). Als Gäste waren vertreten: Synaspismos (Griechenland), Esquerra Unida i Alternativa (Katalonien), DKP (Deutschland). Entschuldigt hatten sich: Déi Lenk (Luxemburg), Bewegung für den Sozialismus (Schweiz), Izquierda Unida (Spanischer Staat). Die Konferenz befasste sich vor allem mit der politischen Lage nach dem Krieg und den Europawahlen im Juni 2004. Die Beurteilung der politischen Lage wurde einhellig geteilt. Der Widerstand gegen den imperialistischen Krieg, die internationale Rezession, die Entwicklung der Europäischen Union, die neue Welle sozialer Angriffe auf die arbeitenden Klassen, die Jugend, Frauen, MigrantInnen hat einen Ausdruck in neuen Massenmobilisierungen gefunden. Das befördert die politische Klärung innerhalb der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen und unter den Linksparteien.

In den nächsten zwölf Monaten werden die herrschenden Klassen in Europa einen aufs Ganze gehenden Versuch starten, die Europäische Union als supranationalen imperialistischen Staat zu stärken. Die sozialdemokratischen Parteien halten an der »Agenda von Lissabon« fest und versuchen, die Lohnabhängigen im Namen der »Wettbewerbsfähigkeit« davon zu »überzeugen«, Einschnitte bei Arbeitsplätzen, Löhnen, Renten, Wohnungen, Bildung, Gesundheit und Arbeitsrechten, aber auch den Euro-Militarismus im Namen des »Krieges gegen den Terrorismus« und der Verteidigung des »europäischen Modells« im Gegensatz zu den USA hinzunehmen.

Die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) hat nochmals bekräftigt, dass sie in vollständiger Opposition zu dieser prokapitalistischen und proimperialistischen Orientierung steht. Die Athener Konferenz hat beschlossen, dass die Organisationen der EAL bei den kommenden Mobilisierungen und den Wahlen zum Europaparlament im Juni 2004 überall mit einer gemeinsamen politischen Plattform und einem gemeinsamen Profil präsent sein werden. Wo dies möglich ist, werden sie versuchen, Bündnisse oder Wahlblocks zu bilden, um der neoliberalen Politik und all den Parteien, die dafür eintreten, eine Niederlage zu bereiten. Auf ihrer nächsten Konferenz will die EAL ein »Europa-Manifest« veröffentlichen. Dies soll im November in Frankreich geschehen. Die EAL unterstützt den Vorschlag für einen großen »Gegenkonvent« der breiten Linken, der anlässlich der Regierungskonferenz der Europäischen Union vom Dezember 2003 in Italien stattfinden und ihren undemokratischen Charakter herausstellen soll.

François Vercammen

François Vercammen koordiniert das EAL-Organisationskomitee.

Aufbegehren gegen »New Labour«

Marxismus-Konferenz in London für nationalen und internationalen Kampf gegen Kapitalismus

Jedes Jahr Anfang Juli findet in der University of London eine Marxismus-Konferenz statt. Sie ist in ihrer Themenbreite und Rednervielfalt einzigartig. In diesem Jahr stand sie unter dem Motto »Wir alle haben Fragen, gemeinsam finden wir die Antworten«. An der am Freitag mit dem Schwerpunkt »Leben nach dem Kapitalismus« beendeten Konferenz hatten Tausende Interessierte an über zweihundert Großveranstaltungen, Workshops und Schulungen teilgenommen.

»Welche Zukunft für die Linke« war die Frage des Eröffnungspodiums. Ashraf El-Bayoumi, der wegen seiner führenden Rolle in der ägyptischen Antikriegsbewegung verhaftet worden war, formulierte sichtlich bewegt: »Wir kennen uns, obwohl wir uns nie gesehen haben, weil unser Kampf ein gemeinsamer ist. Gemeinsam müssen wir den Imperialismus bekämpfen.« Tevor Ngwane vom südafrikanischen Antiprivatisierungsforum klagte den ANC an, mit seiner neoliberaler Politik Armut und Arbeitslosigkeit zu fördern. Mena Menou aus Bombay von den Organisatoren des nächsten Jahr in Indien stattfindenden Weltsozialforums sagte: »Wir brauchen mehr Mobilisierungen. Wenn wir die richtige politische Strategie haben, dann kann uns niemand stoppen.«

Die »Stop the War Coalition«, in deren Zentrum die britische Socialist Workers Party (SWP) steht, betonte auf der Tagung, die Antikriegsbewegung habe die politische Landschaft nachhaltig verändert. Immer mehr Gewerkschaften würden sich von Premier Tony Blair abwenden. Vor diesem Hintergrund machte Chris Bambery von der SWP deutlich, daß es jetzt darum geht, eine politische Alternative zu »New Labour« aufzubauen. »Nicht, was wir jetzt sagen, ist in erster Linie bedeutsam, sondern das, was wir tun«, so Bambery. Der Anti-Blair-Pol müsse über soziale Kämpfe, wie die der britischen Feuerwehrleute oder internationale Aktionstage, wie jenem am 27. September gegen die Besetzung im Irak und Palästina, gestärkt werden. 2004 will die SWP in England mit anderen bei den Europawahlen im Rahmen der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) eine antikapitalistische Wahlallianz bilden.

Ein weiterer Unterstützer der EAL, Fausto Bertinotti von

der italienischen Rifondazione Comunista, meinte, ein Linker zu sein, bedeute heute, Antikapitalist zu sein. »Die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse soll durch die imperialistische Offensive zerstört werden«, so Bertinotti. Der Reformismus sei tot, da das Kapital keinen Spielraum mehr für Reformen im Interesse der Arbeiterklasse läßt. »Die weltweite Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung ist der Anker für das neue revolutionäre Projekt, das wir aufbauen wollen. Die Revolutionäre müssen von den Massen und den Kämpfen lernen und die Bewegungen aufbauen.«

junge Welt 11.08.2003

Inland

Martin Brust

Wahlteilnahme ungewiß

»Europäische Antikapitalistische Linke« einigte sich in der Mainmetropole auf einen Grundkonsens

»Freundinnen und Freunde der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) in Deutschland« versammelten sich am Sonnabend in Frankfurt am Main. Die »Europäische Antikapitalistische Linke« besteht aus Parteien und Organisationen, die aus der Neuformierung einer antikapitalistischen Kraft in Europa hervorgegangen sind oder solche Neugründungen betreiben. Im Mai war auf einem Treffen sozialistischer Gruppen die Bildung einer Sektion der EAL in der Bundesrepublik beschlossen worden. Nun versammelten sich 30 Teilnehmer, unter anderem vom Marxistischen Forum, der DKP, der Sozialistischen Alternative, Linksruck, der internationalen sozialistischen linken, SoZ-Redaktion, solid NRW und Vertreter des globalisierungskritischen Netzwerkes ATTAC sowie des Geraer Dialogs in der PDS und des Revolutionären Sozialistischen Bundes, die beiden Letztgenannten ausdrücklich nur als Beobachter.

Grundkonsens der EAL ist, daß »die Rechtsentwicklung der neoliberal gewendeten Sozialdemokratie politischen Raum für eine neue antikapitalistische und plurale Kraft der Linken schafft, die für die Überwindung des Kapitalismus zugunsten einer demokratisch konstituierten sozialistischen Republik eintritt und die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung und deren Zusammenwirken mit der Arbeiterbewegung fördert.«

In Frankfurt drehten sich die Diskussionen hauptsächlich um die Frage einer Teilnahme der EAL an der Europawahl

2004, ein gemeinsames Eckpunktepapier sowie die weitere Vernetzung und praktische Arbeit. Eine Wahlbeteiligung wurde dabei vom deutschen Freundeskreis der EAL als Versuch gesehen, das Vakuum links der »linken« Regierungsparteien zu füllen – aber vor allem auch als ein Experiment, um Positionen in dem doch sehr heterogenen Kreis kennenzulernen und zu klären. Eines aber ist klar: »Regierungsbeteiligungen, die Mitverantwortung für Sozialabbau und Kriegspolitik im Dienst des Kapitals bedeuten«, sind mit dem Grundkonsens der EAL wie ihrer deutschen Freunde und Freundinnen unvereinbar. Die Meinungen zur Teilnahme an Wahlen waren geteilt: Befürworter verwiesen darauf, daß ein Bedürfnis nach einer fundamentalkritischen Kraft immer stärker spürbar sei, nicht zuletzt bei der Sommerakademie von ATTAC. Andere argumentierten, es sei zu früh für eine antikapitalistische Kraft und zudem bestehe die Gefahr, der PDS zu schaden.

Die Entscheidung über die Wahlteilnahme wurde vertagt, das Meinungsbild jedoch war eher positiv. Der vorliegende Entwurf eines gemeinsamen Eckpunktepapiers (JW dokumentierte es in Auszügen in der Ausgabe vom 2./3. August) wurde konstruktiv diskutiert. Vor allem die basisdemokratischen Elemente, so ein Einwand, müßten verstärkt werden. Das Papier sieht vor, eine linke politische Kraft zu bilden.

Auf einem Treffen der Vorbereitungsgruppe Anfang November wird eine endgültige Fassung des bestehenden Eckpunktepapiers verabschiedet werden, um dann in die europäischen Diskussionen eingebracht zu werden. Das nächste größere Treffen soll Anfang Januar in Berlin stattfinden.

SoZ-Startseite SoZ - Sozialistische Zeitung, September 2003, Seite 12

Ein neues Dach für Deutschlands Linke

Zweites Treffen der Freundinnen und Freunde der EAL

Zum zweiten Treffen der Freundinnen und Freunde der Europäischen Antikapitalistischen Linken in Deutschland fand sich am 9. August in Frankfurt ein diesmal bereits erweiterter Kreis von etwa drei Dutzend Personen zusammen.

Neben teils offiziell delegierten, teils individuell das Projekt unterstützenden Mitgliedern von isl, DKP, PDS, Linksruck, SAV, RSB und dem Jugendverband Solid waren zahlreiche in Zusammenhängen wie Attac Aktive oder an neuer Aktivität Interessierte erschienen, die den Termin der linken Presse entnommen hatten und ihrer Hoffnung auf die Herausbildung einer politischen Alternative Ausdruck verliehen.

Diese neue Zusammensetzung trug dazu bei, dass die auf dem ersten Treffen im Mai anvisierte Perspektive auf ein Bündnis zur Europawahl 2004 modifiziert wurde. Prinzipiell, so schilderte Hugo Braun (DKP) den Diskussionsstand auf der letzten EAL-Konferenz in Athen, ergeben sich für die EAL europaweit drei mögliche Optionen: Entweder die Vereinigte Linke im EU-Parlament (GUE/NGL) öffnet sich in Richtung EAL zwecks Bildung einer europäischen linken Wahlliste, oder die EAL formiert sich in Konkurrenz zur GUE als europäische Linkspartei, oder sie betreibt eine europaweite inhaltliche Kampagne, mit der sie die Kandidaturen der Linksparteien kritisch begleitet.

Eine zentrale Schwierigkeit liegt darin, dass die stärkste und strahlkräftigste unter den an der EAL beteiligten Organisationen, die italienische Rifondazione Comunista (PRC), ihre Zusammenarbeit mit den traditionellen »Bruderparteien« in der GUE nicht aufgeben möchte, obwohl einige von diesen, etwa die PDS oder die französische KP, innerhalb der GUE am rechten Rand stehen und bspw. für die von PRC-Sekretär Fausto Bertinotti geforderte Kampagne gegen den Stabilitätspakt nicht zu gewinnen sind.

Der Prozess der Um- und Neugruppierung der Linken steht erst am Anfang. Inhaltliche Übereinstimmungen wie Trennungslinien ergeben sich in vielen Fragen nicht mehr aus historischen »Identitäten«, ohne dass allerdings die überkommenen Bezugssysteme bereits durch neue abgelöst wären.

Ebenso mühsam wie die Formierung einer neuen Kraft auf europäischer Ebene gestaltet sich die Konstruktion eines gemeinsamen Dachs für Deutschlands Linke. Seitens der DKP konnte Sekretariatsmitglied Leo Mayer zwar wohlwollende Aufgeschlossenheit mitteilen, aber der Informations- und Diskussionsprozess ist in der Partei noch kaum in Gang gekommen. In der linken PDS- Gruppe Geraer Dialog, so berichtete deren Sprecher Winfried Wolf, wird dagegen immer noch dem Verbleib als oppositionelle Plattform in der PDS der Vorrang eingeräumt. Kontrovers gestaltete sich die Diskussion über die von Manuel Kellner (isl) vorgelegten »Eckpunkte« einer Wahlplattform. Dabei überkreuzten sich Meinungsverschiedenheiten zu einzelnen Inhalten und zum Gesamtcharakter des Dokuments: Soll es der Präsentation nach außen oder der Selbstverständigung dienen? Muss es darum gehen, ein detailliertes »Programm« vorzulegen, oder liegt die vorrangige Aufgabe in der Hinführung einer neuen Generation an linke Positionen zu grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen? Unterschiedliche Verhaltensweisen wurden deutlich: Mitglieder der DKP und derisl gehen pragmatisch aufeinander zu, während Vertreter der Kaderorganisationen SAV und RSB eher auf Grundsatzpositionen und Distanz beharren. Der Absicht, die EAL in Deutschland durch eine programmatische Erklärung bekannt zu machen, hielt Thomas Seibert, Redakteur der Zeitschrift Fantômas, entgegen, ein im Stil eines Parteiprogramms gehaltenes Dokument gehe sowohl an den Diskussions- und Aktionszusammenhängen der Basisstrukturen der radikalen Linken, die zu den Politikmodellen der Traditionslinken kaum noch Bezüge haben, als auch an den Bedürfnissen derjenigen, deren Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen sich in »Politikverdrossenheit« niederschlägt, vorbei. Nicht an Fragen wie der Einschätzung des Nationalstaats, sondern an sozialen Auseinandersetzungen sei anzusetzen. So ergab sich eine Verschiebung von der Frage der Europawahl in Richtung auf allgemeinere Aufgaben einer Neuformierung der antikapitalistischen Linken. Gegen das Argument, eine Kandidatur zur Europawahl sei ein relativ risikoloses Experimentierfeld, standen Warnungen vor einem Kräfteverschleiß mit bedeutungslosem Ergebnis. Das letzte Wort zum Wahlverhalten ist noch nicht gesprochen. Vereinbart werden konnte indes eine künftige Koordination von Aktivitäten: Gemeinsame Veranstaltungen und gemeinsame Infostände mit den Theoriezeitschriften der beteiligten Gruppierungen sowie die Herausgabe einer Broschüre über die EAL sind beabsichtigt, eine Internetpräsenz und eine Mailingliste werden in Zukunft informieren und Diskussionsmöglichkeiten bieten. Ein nächstes Plenum soll am 10. Januar in Berlin stattfinden, einen Tag vor der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration.

Henning Böke

Projekt über Europawahlen hinaus

Europäische Antikapitalistische Linke

von LEO MAYER

Im Juni 2004 wird das Europaparlament neu gewählt. Eine alternative Linke soll in Europa den Raum füllen, den die Sozialdemokratie auf ihrem Umwandlungsprozess zu einer neoliberalen Partei freigibt. Dies — die Wahl im Jahr 2004 — war der Anlass für das erste Treffen in der Bundesrepublik Deutschland von politischen Kräften, die sich der EAL verbunden fühlen. Jetzt wissen wir, der Weg zur Kandidatur erfordert wahrscheinlich mehr Zeit, als uns zur Verfügung steht. Wir brauchen Zeit, um uns wahlprogrammatisch zu verständigen — da sind wir auf einem guten Weg. Aber reicht die Zeit für die organisatorische Vorbereitung und haben wir das Netzwerk für den Wahlkampf?

Wie dem auch sei. Unser Projekt weist über die Wahlen hinaus. Es ist ein Projekt mit strategischem Charakter. Der globalisierte Kapitalismus entzieht dem klassischen Reformismus den Boden. Vor diesem Hintergrund vollzieht sich die Umwandlung der Sozialdemokratie von einer Partei des klassischen Reformismus zu einer Spielart des Neoliberalismus bzw. zu einer Kraft, die ihren gesellschaftlichen Platz erhält, indem sie zum einen die sozialstaatliche Regulierung zerschlägt und zum anderen die »horizontale Verteilung«, die Verteilung innerhalb der Klasse, verwaltet. Für die Gewerkschaften, für die die Verteilungsfrage zwischen Kapital und Arbeit im Zentrum steht, war die sozialdemokratische Partei der Partner, der diese Ziele im politischen Feld verfolgt hat. Jetzt geht den Gewerkschaften der politische Partner für diese Ziele verloren.

Aber es ist auch keine Kraft auf Seiten der politischen Linken zu erkennen, die dieses entstehende Vakuum auffüllen kann; die anknüpft an den von der Sozialdemokratie geprägten Wertevorstellungen und nach Wegen sucht, reformistisches Bewusstsein in antikapitalistisches Bewusstsein zu transformieren — ohne selbst reformistisch zu werden.

Nehmen wir diese Herausforderung und die darin liegenden Möglichkeiten gemeinsam an. Möglicherweise schaffen wir die Kandidatur zur EP-Wahl. Für unsere Perspektive ist das aber von untergeordneter Bedeutung.

Der Autor ist Mitglied des Parteivorstands der DKP.

[EAL-D] Meldung: Europäische Linkspartei

Henning Böke [Henning.Boeke at t-online.de](mailto:Henning.Boeke@t-online.de)

Don Okt 2 14:23:19 CEST 2003

- Nächste Nachricht: [\[EAL-D\] DKP-Europawahlkonferenz](#)
- **Nachrichten sortiert nach:** [\[Datum \]](#) [\[Thema \]](#) [\[Betreff \(Subject\) \]](#) [\[Autor \]](#)

"Goosch", Zeitung des Luxemburger Bündnisses Déi Lénk, berichtete in ihrer Ausgabe vom 26. September:

"Gründung einer Europäischen Linkspartei"

Die Gründung einer Europäischen Linkspartei steht unmittelbar bevor. Es handelt sich darum eine politische Alternative zur neoliberalen Vorherrschaft in Europa aufzubauen. Der neue Verband soll sich durch eine eindeutige antikapitalistische Zielsetzung und durch offene Strukturen kennzeichnen. Am letzten Sonntag wurde in Madrid ein genauer Terminplan aufgestellt. Der Gründungskongress ist für Dezember vorgesehen, wenn die umstrittene Verfassung durch den Europäischen Rat verabschiedet wird.

Bei der Madrider Tagung waren 14 Parteien aus 13 EU-Ländern vertreten:

Portugal (PCP), Spanien (IU), Italien (Rifondazione und PdCI), Griechenland (Synaspismos), Frankreich (PCF), Belgien (PCB), Österreich (KPÖ), Luxemburg (déi Lénk), Deutschland (PDS), Norwegen (Sozialistische Linkspartei), Schweden (Linkspartei), Finnland (Linksallianz), Dänemark (Sozialistische Volkspartei). Die europakritischen Skandinavier waren mit Beobachterstatut vertreten. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Kreis noch durch die Dynamik des Gründungsprozesses erweitert wird."

Bereits am 11. September hatten die Vorsitzenden der PDS und des griechischen Synaspismos, Lothar Bisky und Nikos Kostantopoulos, in einer gemeinsamen Presseerklärung die Absicht bekundet, "noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 das Projekt der Schaffung einer europäischen Linkspartei entscheidend voranzubringen". Das ist in PDS-Medien mitgeteilt worden. Und die UZ vom 19. September enthielt einen Bericht vom PCE-Fest in Madrid, wo Vertreter von PCE, PCF und Synaspismos zum Thema sprachen.

Laut einer Mitteilung der spanischen IU vom 1. Oktober hat eine weitere Tagung zur Vorbereitung der Gründung der gemeinsamen Partei unter Beteiligung von Marie-George Buffet (PCF), Fausto Bertinotti (PRC), Lothar Bisky (PDS), Nikos Kostantopoulos (Synaspismos) u.a. stattgefunden.

Interessant ist bei der aufgelisteten Zusammensetzung die Frage: Was haben die beteiligten Parteien von PCP bis PDS gemeinsam? Es handelt sich durchweg um Parteien mit "KP-Wurzeln": Organisationen, die historisch aus kommunistischen Parteien oder KP-Bündnissen hervorgegangen sind, sich

inhaltlich allerdings stark ausdifferenziert haben. Erstaunlich ist, dass die immer noch ziemlich orthodoxe PCP mitmacht, sich hier also ganz anders verhält als die griechische KKE, die sich mit ihrer national-stalinistischen Linie mittlerweile völlig isoliert hat. Auffällig auch, dass aus Italien die beiden in mancher Hinsicht gegensätzlichen Parteien der Erzfeinde Bertinotti und Cossutta, Rifondazione und Comunisti Italiani, beteiligt sind.

Versuch einer Bewertung

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten dürfte dieses Projekt eine Totgeburt sein. Es wird auch für die beteiligten Parteien nicht mehr praktische Bedeutung haben als etwa die Europäische Volkspartei als Dachorganisation der Christdemokraten und Konservativen. Es ist nicht einsehbar, was Parteien wie die PCP und die PDS substanziell miteinander gemeinsam haben sollen. Es handelt sich ganz offensichtlich nicht um eine Initiative, die von den Bedürfnissen der sozialen Kräfte ausgeht, welche nach einer radikalen Alternative verlangen, sondern um ein Produkt des Apparat-Establishments von Parteien wie PCF, PDS usw., ein Projekt von in erster Linie an Wahlarithmetik interessierten Bürokratien, die versuchen, soziale Bewegungen in ihrem Sinne zu kanalisieren. Einige kleine Parteien wie die KPÖ oder die PCB hängen sich an deren Rockschöße. In diesem Zusammenhang muss Rifondazione Comunista - bei aller Wertschätzung, die sie verdient - ausdrücklich kritisiert werden, da ihr im Zweifelsfalle die Kungelei mit Bisky & Co.

doch wichtiger ist als die Förderung von Basisinitiativen mit den Inhalten, für die Rifondazione an sich steht. Da schließen sich Parteien zusammen, bei denen der gemeinsame "Stammbaum" und gemeinsame

Apparatinteressen den Zusammenhalt stiften. Die Kräfte der eigentlichen Neuformierung wie Bloco de Esquerda, Socialist Alliance oder Einheitsliste Rot-Grün bleiben (bis auf Déi Lénk) außen vor.

Rechtfertigen lässt sich das Handeln der PRC nur dadurch, dass es sich bei der Bildung dieser Linkspartei trotz der Wichtigkeit, die Bertinotti ihr rhetorisch immer beigemessen hat, letztlich um einen formalen Akt handelt, der inhaltlich ziemlich folgenlos bleibt.

Wie wird sich die EAL verhalten?

Prinzipiell bieten die Kräfte, die sich als neue europäische Partei konstituieren wollen, weiteren Organisationen die Möglichkeit der Teilnahme. Zudem zeigt das Beispiel Italien, dass aus einem Land mehrere Parteien mitmachen können.

Allerdings zeichnet sich in Italien aus innenpolitischen Gründen seit geraumer Zeit ein neues Linksbündnis ab, in dem PRC und PdCI vertreten sein werden. Ich sehe prinzipiell drei Möglichkeiten:

1. Die EAL baut ihr eigenes Konkurrenzprojekt auf.
2. Die EAL unterstützt geschlossen die Europäische Linkspartei.
3. Organisationen der EAL entscheiden in den einzelnen Ländern, inwieweit sie mit der dortigen "Sektion" der Europäischen Linkspartei zusammenarbeiten können.

(1) würde bedeuten: Ein solches Unterfangen wäre letztlich sektiererisch, der Prozess der Neuformierung abgebrochen. (2) wäre eine "zentristische" Kapitulation vor den Stärkeren. Vor allem könnten wir dann das Projekt, in Deutschland im Rahmen der EAL eine Alternative links von der PDS aufzubauen, begraben. (3) wäre für die an der EAL beteiligten Parteien die

sinnvollste Möglichkeit: weder prinzipielle Selbstisolation noch Aufgabe der Eigenständigkeit, der angemessene Weg müsste aber jeweils auf nationaler Ebene gesucht werden. Damit wäre die EAL als europaweiter Aktionszusammenhang, der sie eigentlich werden will, zumindest teilweise gescheitert, sie wäre letztlich zurückgeworfen auf die Rolle eines Diskussionsforums.

Henning Böke, 2. 10. 2003

SoZ-Startseite SoZ - Sozialistische Zeitung, November 2003, Seite 18

Die EAL in Deutschland und die Europawahlen

Zwei Diskussionsbeiträge zur Debatte in SoZ 10/03

I. Pro und Contra

Bevor ich einige Anmerkungen zu der Frage mache, ob die Freunde der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) in Deutschland sich mit einer eigenen Liste an den Europawahlen im Sommer 2004 beteiligen sollen, muss ich in aller Kürze erklären, weshalb ich mich zu einer Diskussion äußere zwischen Gruppen, denen ich nicht angehöre. Ich bin weder Mitglied der PDS noch des Geraer Dialogs, noch der DKP, noch einer der beteiligten kleinen »trotskistischen« Gruppen. Außerdem habe ich die Traditionen des sog. »revolutionären« Sozialismus oder Kommunismus immer sehr kritisch betrachtet. Ich habe zumindest in den Gesellschaften des voll entwickelten liberal und demokratisch verfassten Kapitalismus niemals einen anderen politischen Weg als den friedlicher demokratischer Reformen für sinnvoll gehalten. (Außerhalb des sog. »Nordens«, etwa in Mexiko oder Brasilien könnten sich u.U. meiner Meinung nach sehr wohl »revolutionäre« Situationen im traditionellen Sinne ergeben, die demgemäß auch eine »revolutionäre« Strategie erfordern würden.) Nichtsdestoweniger bin ich Antikapitalist, und zwar auf der ideellen Grundlage der marxischen Kritik der Politischen Ökonomie. Ich vertrete also einen Standpunkt, der den meisten Anhängern der EAL vermutlich als ein hölzernes Eisen erscheinen wird, nämlich einen reformistischen Antikapitalismus.

Ich verfolge also die Bestrebungen der EAL einerseits mit großer Sympathie für ihre grundsätzliche Haltung, aber doch in erheblicher Distanz zu ihren diversen mir häufig widersprüchlich und oftmals unrealistisch erscheinenden politischen Strategien. Insofern kann ich also die Auffassungen von Christoph Jünke (C.J.) ihrer Zielsetzung wegen gut verstehen und würdigen, sie aber auch gewissermaßen aus Distanz sehen und kritisieren.

Sehr vieles von dem, was C.J. in seinem Kommentar anführt erscheint mir daher — wenn ich eine antikapitalistischen Standpunkt zugrunde lege — als konsequent und zumindest diskussionswürdig.

- Die PDS ist in ihrer Mehrheit auf dem Wege — wie vor ihr schon die SPD — ihren programmatisch verkündeten »Sozialismus« allmählich umzuinterpretieren und fallen zu lassen.
- Die durchaus in Deutschland vorhandene radikale Linke ist »zersplittert, marginalisiert und weitgehend konzeptionslos«.
- Die von ihr betriebenen jeweiligen »eigenen Zeitungs- und/oder Organisationsprojekte« reichen nicht aus, um an dieser Situation etwas zu ändern.

- Ein »neuer programmatisch ausgewiesener Antikapitalismus« wäre erforderlich, »um die Hegemonie des neoliberalen Einheitsdenkens, des Glaubens an die scheinbare Alternativlosigkeit des Kapitalismus aufzubrechen«.
- Dieser neue Antikapitalismus entsteht jedoch nur zum Teil am Schreibtisch. Ohne »praktische politische Teilnahme an dieser Gesellschaft«, an Klassenkämpfen, sozialen Bewegungen oder auch Wahlen kann er weder entstehen noch sich durchsetzen.

Aus diesen Feststellungen folgert C.J.: Die Beteiligung der EAL in Deutschland an den Europawahlen könnte ein erster Schritt auf dem Wege zu einer eigenen gemeinsamen politisch-gesellschaftlichen Praxis der antikapitalistischen Linken sein und wäre überdies ein Signal von symbolischer Bedeutung.

C.J.s Gedankengang enthält jedoch zwei fundamentale Mängel: Er verkennt die Schwäche der real existierenden antikapitalistischen Linken in Deutschland. Und er diskutiert nicht die möglichen Auswirkungen einer EAL- Wahlbeteiligung auf die Situation der PDS.

C.J.s illusionäre Überschätzung der antikapitalistischen Kräfte wird in einer kleinen Randbemerkung sichtbar: »Bereits ein kleiner symbolischer Erfolg auch unter der 5%-Hürde hätte vermutlich große Wirkungen.« Die PDS hat 2002 bei den Bundestagswahlen im Westen (und nur um den geht es hier) durchschnittlich 1% erreicht, mehr nicht. Wie kommt C.J. auf die Idee, eine selbstständige antikapitalistische Europa-Liste könnte sich derzeit auch nur von ferne der 5%-Grenze annähern?

Und was die Wahlchancen der PDS anbetrifft: Diese müsste im ganzen deutschen Wahlgebiet um 1,5% gegenüber 2002 zulegen, um nicht auch aus dem Europaparlament heraus zu fliegen. Eine eigene EAL-Kandidatur (wie minimal ihr Ergebnis auch immer sein würde) ginge jedenfalls zulasten der aktuellen und potenziellen PDS-Wählerschaft. Wie unter diesen Umständen die PDS wieder — nach 4% bei den Bundestagswahlen — die 5%-Hürde nehmen sollte, ist unerfindlich.

Und was ein solches Ergebnis für die Bundestagswahlchancen der PDS 2006 bedeuten würde, mag sich jeder selbst ausmalen. Ich frage: Ist es wirklich die Meinung von C.J., die PDS müsse so bald wie möglich zerstört werden? Wenn ja, dann müsste er dieses Ziel sorgfältig begründen und es vor allem offen benennen und diskutieren.

Diese Einwendungen müssen jedoch keineswegs darauf hinauslaufen, dass die EAL in Deutschland in diesem Wahlkampf politisch überhaupt nicht in Erscheinung tritt oder sich lediglich für die Wahl der PDS-Listen als »geringeres Übel« ausspricht. Viele globalisierungskritische, gesellschaftskritische, z.T. sogar kapitalismuskritische Organisationen, Bewegungen, Tendenzen könnten in der nächsten Zeit erkennen, dass mit einer einzigen (hoffentlich »machtvollen«) Protestdemonstration am 1. November der Kampf noch nicht ausgestanden ist, dass er vielmehr dann erst wirklich anfängt, und dass der Europawahlkampf eine gute Gelegenheit bietet, eine länger andauernde Kampagne der Aufklärung über die Folgen neoliberaler Politik zu beginnen. Im Bündnis mit Attac, linken Gewerkschaftlern, der Sozialforumsbewegung und vielen anderen könnten die Freunde der EAL ihre eigene antikapitalistische Kritik in das gemeinsame Aktionsprogramm einer solchen Kampagne einbringen, und damit in einem wesentlich größeren Umfang Gehör finden, als in einem selbstständigen — und mit Sicherheit weitgehend als sektiererisch empfundenen — Wahlkampf für eine eigene Europa-Wahlliste.

Peter von Oertzen, Hannover

II. Pro

Ich finde Jünkes Argumentation überzeugend, und ich unterstütze die Idee einer Kandidatur der EAL-D. Jedoch er macht zwei Fehler, die eventuell gegen sein Anliegen wirken könnten. Genau wie der Sprecherrat des Geraer Dialogs argumentiert er leider auch (obwohl nicht ausschließlich) wahlarithmetisch. Er schreibt: »Bereits ein kleiner symbolischer Erfolg auch unterhalb der 5%-Hürde...« Diese ewige Wahlarithmetik! Sollte eine Umfrage Anfang des nächsten Jahres zeigen, dass eine EAL-Liste bei der Wahl 0,1% der Stimmen bekommen würde, was sicherlich nicht als ein kleiner Erfolg zu bewerten wäre, sollte dann das Unterfangen abgeblasen werden? Ich meine, nein. Der Maßstab für den Erfolg dieses Unterfangens sollte nicht die Zahl der für die EAL-Liste abgegebenen Stimmen sein, sondern die Zahl der Wahlveranstaltungen und Infotische und die Zahl der Menschen, die zu diesen kommen. Und selbst wenn dabei das Ergebnis schlecht ausfiele, gäbe es keinen Grund,

demoralisiert zu sein. Bei so vielen unwichtigen Sachen spielen wir mit, obwohl wir von Anfang an wissen, dass wir verlieren würden. Warum sollen wir also nicht bei dieser wichtigen Sache mitspielen? Das ist Pflicht.

Jünke schreibt, dass es notwendig ist, den Antikapitalismus der EAL »programmatisch auszuweisen«. Richtig, aber das ist nur mittelfristig oder gar nur langfristig notwendig, nicht für die Kandidatur zur Europawahl. Jeder Versuch, heute irgendeine Art gemeinsames Programm zu verfassen, sei es auch nur ein Katalog von konkreten Forderungen, würde wegen der zahlreichen Differenzen unter den Linken das Scheitern des Unterfangens verursachen. Die Leser-Zuschrift der KOVI (SoZ 10/03) liefert genug Begründung für diese Befürchtung. Der erste, wenn nicht der alleinige Zweck dieser ersten Übung sollte die Verbreitung der Überzeugung sein, dass unter dem Kapitalismus keine gerechte und solidarische Lösung der großen Probleme möglich ist. Ein gutes Nebenprodukt davon wird sein, dass die (potenziellen) Nichtwähler eine Möglichkeit bekommen, ihren Protest gegen die Politik der herrschenden Parteien auszudrücken. Ob sie davon Gebrauch machen würden, ist für die Entscheidung für eine EAL-Wahlkarte unwichtig.

Bleibt nur ein Argument gegen die Idee: Die EAL-D-Liste würde der PDS schaden. Richtig. Aber die PDS ist doch keine antikapitalistische Partei! Die Genossen des Geraer Dialogs leiden unter einer Illusion.

Mein letzter Punkt: die europäische Linke ist zu groß und noch zu vielfältig. Die Gründung einer EAL wäre also eine zu sperrige Sache. Für den Anfang sollte man also eine DAL anstreben.

Saral Sarkar, Köln

Interview

junge Welt 22.Nov.2003

Europäische Linke formiert sich: Auf dem Weg ins EU-Parlament?

jW sprach mit Wilfried Dubois, Teilnehmer eines Treffens der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) in Paris

* Wilfried Dubois hat vergangene Woche in Paris an einem Treffen der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) teilgenommen, einem lockeren Zusammenschluß von linken Parteien, die sich sowohl von der neoliberal gewendeten Sozialdemokratie als auch den mit diesen zusammenarbeitenden traditionellen kommunistischen Parteien abgrenzen

F: Unmittelbar vor dem Europäischen Sozialforum hat die siebte Konferenz der EAL stattgefunden. Wer war gekommen?

So viele wie noch nie, allerdings war auch diesmal leider niemand aus Osteuropa dabei. Vertreter hatten zum Beispiel die italienische Rifondazione Comunista und der portugiesische Linksblock geschickt, der vor einigen Jahren die Initiative zur Gründung der EAL ergriffen hatte. Aus England waren verschiedene sozialistische Parteien gekommen, aus Schottland die Scottish Socialist Party, die bei den letzten Regionalwahlen sehr erfolgreich abgeschnitten hat. Aus Dänemark war die Rot-Grüne

Einheitsliste vertreten. Zum ersten Mal dabei war die KP Österreichs. Weiter waren Organisationen aus Griechenland, der Türkei, Irland, der Schweiz, Luxemburg und Spanien vertreten. Gastgeberin war die französische Revolutionär-Kommunistische Liga LCR.

F: Worüber wurde diskutiert?

Zum Einstieg gab es eine Diskussion über die geplante EU-Verfassung. Es hat sich gezeigt, daß alle Gruppierungen der EAL diese Verfassung ablehnen. Aus verschiedenen Gründen: mangelnde Demokratie, Militarisierung der Außenpolitik, Festschreiben des neoliberalen Marktradikalismus und vieles mehr. Außerdem wurde über eine Beteiligung an der Wahl zum Europaparlament im nächsten Jahr diskutiert. Eine Rolle spielte in diesen Diskussionen ein Projekt, an dem sich neben den Initiatoren von Rifondazione unter anderem die PDS und die französische KP (PCF) beteiligen. Mehrere Mitgliedsorganisationen der EAL haben vor, für das EU-Parlament zu kandidieren und einen antikapitalistischen Block zu bilden, der sich ganz klar links von PDS und PCF verortet. Sie sind gegen eine Zusammenarbeit in Regierungen, die von der sozialliberalen »Linken« geführt werden. In einigen Ländern sieht es jedoch so aus, als wären Bündnisse mit den kommunistischen Parteien möglich. Allerdings ist nur ein Teil der EAL an einer Kandidatur interessiert, weshalb die diesbezügliche Zusammenarbeit getrennt von den Konferenzen der EAL stattfinden wird.

Am Ende wurde nach einer Diskussion, in der bei allen viel Sorgfalt und Einigungsbereitschaft zu spüren war, eine politische Erklärung angenommen, deren zentrale Idee in der Überschrift zum Ausdruck kommt: »Ein anderes Europa ist möglich! Eine andere europäische Linke ist notwendig!«

F: In Deutschland scheint eine Kandidatur der EAL-Freunde nicht zustande zu kommen, wenngleich einige die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben haben. Wie sehen die Chancen andernorts aus?

Eindeutig für eine gemeinsame Kandidatur der radikalen Linken und die Bildung einer europäischen Allianz der antikapitalistischen Kräfte hat sich die LCR ausgesprochen. In Frankreich gibt es im März Regionalwahlen, zu denen die LCR im Bündnis mit Lutte Ouvrière (LO, Arbeiterkampf) antreten wird. Bei den Präsidentschaftswahlen hatten die Kandidatinnen und Kandidaten dieser beiden trotzkistischen Organisationen etwas über zehn Prozent bekommen, und Meinungsumfragen deuten darauf hin, daß dieses Ergebnis sogar noch übertroffen werden könnte.

Zum anderen wird wohl Ende Januar in England der Gründungskongreß einer neuen sozialistischen

Sammlungsbewegung stattfinden, an dem sich die Kräfte der »Socialist Alliance« beteiligen wollen. Den Anstoß hat der Ausschluß des Unterhausabgeordneten George Galloway, einer der bekanntesten Kritiker des Irak-Kriegs, aus der Labour Party gegeben. Er wirbt für das neue Projekt, an dem sich auch viele progressive Vertreter der Muslim Community und einige führende Gewerkschafter beteiligen wollen. Und dieses neue Bündnis, haben britische Vertreter auf der Konferenz berichtet, wird auch bei den EU-Wahlen antreten.

SoZ-Startseite SoZ - Sozialistische Zeitung, Dezember 2003, Seite 12

Schottlands SSP

Von der vorliegenden SoZ an stellen wir in loser Folge die einzelnen Bestandteile der Europäischen Antikapitalistischen Linken vor. Den Anfang macht die Scottish Socialist Party (SSP).

Nach den Wahlen zum Schottischen Regionalparlament im Mai dieses Jahres stand fest, dass es einige wichtige Veränderungen in der parlamentarischen Landschaft der Region gegeben hatte. Erstens ist eine rekordverdächtig niedrige Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Damit verbunden waren sehr schlechte Wahlergebnisse für die vier bisher im Regionalparlament vertretenen etablierten Parteien. Dies schließt hohe Verluste für die Scottish National Party (SNP) mit ein. Galt diese bislang als eine Antiestablishmentpartei, so hat sie diesen Vorteil durch ihre unkritische Unterstützung für neoliberale Spar- und Privatisierungsmaßnahmen nun verloren. Zweitens verzeichneten vor allem Kleinparteien einen spürbaren Stimmengewinn. Hier ist vor allem die SSP hervorzuheben.

Der Erfolg der SSP liegt in ihrer umfangreichen Kampagnenarbeit vor den Wahlen, ihrer Opposition zum Kriegskurs der Blair-Regierung in London und Engagement in sozialen Fragen, wie bspw. die Unterstützung von streikenden Gewerkschaften, begründet. Die SSP gewann sechs neue Sitze im Schottischen Regionalparlament. Die Abgeordneten bilden nun eine Fraktion zusammen mit Tommy Sheridan, der schon vorher für die SSP im Parlament saß. Sheridan genießt hohes Ansehen in Schottland. In den frühen 90er Jahren war er führend in der Kampagne gegen die verhasste Kopfsteuer, eine Steuer, die Reichen und Armen gleich viel Geld abknöpfen sollte. Somit wurde sie für sozial schwache Menschen unbezahlbar, für Reiche machte sie nur einen sehr geringen Teil ihres Einkommens aus. Durch eine militante Nichtbezahlungskampagne wurden diese Steuern seinerzeit gekippt. Sheridan wanderte während der Kampagne ins Gefängnis. Er war Mitglied der revolutionären Organisation Scottish Militant Labour, verließ diese jedoch aufgrund verschiedener politischer Differenzen. Die SSP entstand in den späten 90er Jahren als Nachfolgeorganisation der Scottish Socialist Alliance. Ihrem Wesen nach ist sie eine Bündnisorganisation, die verschiedene sozialistische Gruppierungen und prominente Einzelpersonen in sich vereinigt. Davon haben einige einen revolutionären Anspruch, andere nicht. Als Hauptziel gibt die SSP die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft an, was die Partei als die Abschaffung des kapitalistischen Systems sowie die Errichtung einer Ökonomie, basierend auf der Vergesellschaftung der schottischen Schlüsselindustrien sowie die demokratische Kontrolle dieser Schlüsselindustrien definiert. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, darüber besteht im Moment keine Einigkeit innerhalb der SSP.

Die SSP setzt sich für eine Vielzahl von Reformen ein. Eine Hauptkampagne ist der Kampf für kostenlose Mittagsspeisen für Schulkinder. Aufgrund hoher Arbeitslosenzahlen und niedriger Löhne können sich viele Eltern keine gesunde Ernährung ihrer Kinder leisten. Aufgrund der schlechten, oft massiv fetthaltigen Nahrung, gibt es in Schottland überdurchschnittlich hohe Todesraten durch Herzversagen. Deshalb versuchte die SSP, ein Gesetz für eine kostenlose

Schulspeisung ins schottische Regionalparlament einzubringen, der Antrag scheiterte jedoch am gemeinsamen Widerstand von Labour und den Liberaldemokraten.

Neben ihrer Kampagnenarbeit produziert die SSP eine wöchentliche Zeitung mit dem Titel *Scottish Socialist Voice*, in der ausführlich über die diversen Kampagnen sowie internationale Ereignisse wie bspw. der Krieg im Irak berichtet wird. Sie bringt oft auch Interviews mit Gewerkschaftsaktivisten.

Parlamentarier oder Stadträte der SSP verdienen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Überschüssige Gehälter werden gespendet. Alle SSP-Parlamentarier geben regelmäßig öffentliche Reporte darüber ab, wieviel Geld wofür verwendet wurde. Außerdem haben sich alle SSP-Parlamentarier verpflichtet, sich regelmäßig an Aktionen zu beteiligen. Aufgrund ihres Wahlerfolgs verzeichnet die SSP Mitgliederzuwachs, insbesondere unter radikalisierten Jugendlichen. Alles in allem hat die SSP die Chance, zu einer großen Oppositionspartei zum neoliberalen Kurs der etablierten Parteien zu werden. Auf britischer Ebene führte der Wahlerfolg zu einer Belebung der Debatte innerhalb der Gewerkschaften, ob diese sich entgültig von Labour abspalten sollten oder nicht. Rob Crow, der Generalsekretär der britischen Eisenbahngewerkschaft, nahm Verhandlungen mit der SSP darüber auf, ob seine Gewerkschaft sich der SSP als Block anschließen könne. Würde dies geschehen, wäre dies ein historischer Schritt. Erstmals in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung hätte sich damit eine Gewerkschaft von Labour losgesagt und sich mit der SSP eine neue politische Stimme gegeben. Kurzfristig ist dieser Schritt jedoch nicht zu erwarten, dazu ist die SSP in den Augen vieler Gewerkschaftsführer noch zu klein.

Christian Bunke, Manchester



SoZ - Sozialistische Zeitung, Dezember 2003, Seite 12

Europäische Neuformierung

EAL oder Linkspartei

Fausto Bertinotti, Generalsekretär und bekanntester Sprecher von Rifondazione Comunista, hat es auch der interessierten linken Öffentlichkeit in Deutschland gesagt (so in einem ausführlichen Interview in der *jungen Welt*): Es wird eine »europäische Partei« der Linken geben, gebildet aus den ehemaligen KPs bzw. deren Nachfolgeorganisationen (darunter die PCF und die PDS).

Hintergrund: Das offizielle Europa will die Bildung europäischer Parteien fördern und ist bereit, dafür einiges Geld springen zu lassen. Eine der Voraussetzungen ist, dass bei der »europäischen Partei« Parteien aus mindestens sieben EU-Ländern (25% der EU nach Beitritt der »Beitrittsländer«) mitmachen, die auch über Abgeordnete verfügen. Bertinotti beeilte sich hinzuzufügen, dass aus seiner Sicht eine solche »europäische linke Partei« auf jeden Fall gegen den Stabilitätspakt, gegen die EU-Institutionen und die EU-Verfassung, gegen die neoliberale Politik und antikapitalistisch orientiert sein müsse. Es springt ins Auge, dass die ehemaligen KPs bzw. deren Nachfolgeorganisationen (man denke nur an die PDS oder an die PCF) diese Kriterien nicht so recht erfüllen, zumal in Sachen Stabilitätspakt, Verfassung und EU-Institutionen. Ob die PDS sich selbst noch als »antikapitalistisch« definieren würde, bleibt ebenfalls unklar.

Rifondazione Comunista sieht sich gewissermaßen als »Scharnier« zwischen den ehemaligen Bruderparteien des offiziellen »Kommunismus« und den revolutionären Linken, die versuchen, im Zeichen antikapitalistischer

Orientierung einen Neuformierungsprozess voranzutreiben. Daher nahm Rifondazione auch wieder an der siebten Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) teil, die am Rande des Europäischen Sozialforums in Paris stattfand. Ihr Vertreter erklärte sich in der Diskussion solidarisch mit der dort diskutierten Orientierung und versicherte den anderen Teilnehmenden, dass sich Rifondazione weiterhin an diesem Prozess der Verständigung, Zusammenarbeit und Ausarbeitung von Alternativen beteiligen wird, wenngleich er vor dem formellen Meinungsbild über die politische Erklärung abreisen musste.

Letztere spricht sich eindeutig gegen den undemokratisch erarbeiteten Entwurf einer europäischen Verfassung aus, der keine sozialen Rechte kennt, der Exekutive die ganze Macht und den neoliberalen Dogmen Verfassungsrang gibt sowie den EU-Militarismus in enger Zusammenarbeit mit der NATO festschreibt. Sie hebt die Verantwortung der Sozialdemokratie für die Umsetzung der neoliberalen Offensive des Kapitals hervor und spricht sich für ein anderes Europa aus, für ein Europa der Solidarität, der ökologisch verantwortlichen Produktion und fordert die Herausbildung einer antikapitalistischen Linken, die für die Interessen der abhängig Beschäftigten, Besitzlosen und Ausgegrenzten eintritt und sich als Teil des Widerstands und der Bewegung gegen Sozialabbau, Militarismus und neoliberale Globalisierung versteht. Zu den 2004 anstehenden Wahlen zum Europaparlament sagt die Resolution:

»Wir werden die europäischen Wahlen vom Juni 2004 in eine breite Kampagne der Mobilisierung gegen die reaktionäre und rückschrittliche EU und für ein anderes Europa umfunktionieren: gegen die neoliberale Politik und für ein antikapitalistisches Programm; gegen den imperialistischen Krieg und den europäischen Militarismus, für den Frieden und allgemeine Abrüstung, angefangen bei unseren eigenen Ländern. Wir schlagen vor, in jedem Land eine starke, breite und plurale antikapitalistische Alternative aufzubauen, die die Forderungen und Perspektiven der europäischen sozialen Bewegung verteidigt.«

In Deutschland werden die Freundinnen und Freunde der EAL am 10. Januar 2004 in Berlin ihre dritte Versammlung abhalten. Ihr Vorbereitungskreis tagte am 2. November, erarbeitete eine inhaltliche Grundlegung für gemeinsame Aktivitäten während des Wahlkampfs zum europäischen Parlament und beauftragte eine Redaktionsgruppe damit, die dort diskutierte Vorlage entsprechend der Diskussion zu bearbeiten und dann der interessierten Öffentlichkeit zu präsentieren. Am 10. Januar 2004 in Berlin wird es um diese inhaltliche Grundlegung gehen, aber auch um eine Einschätzung der politischen Lage, des Widerstands und der sozialen Bewegung in Deutschland sowie um eine Festlegung der möglichen gemeinsamen Aktivitäten im EU-Wahlkampf.

Manuel Kellner

Neue Gefahren, neue Chancen

Heinz Stehr über Globalisierungskritik, den Zustand der DKP und die Perspektiven der antikapitalistischen Linken

Auf einer internationalen Konferenz diskutierte die DKP mit 32 anderen Bruderparteien über die Herausforderungen der Globalisierung und die Möglichkeiten der Gegenwehr (vgl. Bericht auf S.23). Christoph Jünke und Manuel Kellner nahmen das Ereignis für die SoZ zum Anlass, mit dem DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr über Lage und Perspektiven seiner Partei zu sprechen.

Auch die DKP ist auf der Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung. Für welche gesellschaftspolitische Alternative steht die DKP und wie wollt ihr sie verwirklichen?

Heinz Stehr: Seit Mitte der 90er Jahre haben wir uns zunehmend mit den Fragen: Was ist die Globalisierung, was sind ihre wirkenden Kräfte und was ihre politischen Auswirkungen, auseinandergesetzt. Wir sind durch diese Diskussionen auf die vielleicht etwas vereinfachte Lösung gekommen, dass Globalisierung einen Entwicklungsprozess bezeichnet, in dem es große Gefahren wie große Chancen gibt. Große Gefahren meint: Es ist eindeutig, dass die Kriegsgefahr angesichts der kapitalistischen oder imperialistischen Globalisierung stark zugenommen hat. Da geht es zunächst noch nicht um gegenseitige Konflikte zwischen den imperialistischen Zentren. Es ist kaum vorstellbar, dass es einen Krieg zwischen der USA und den EU oder zwischen Japan und den USA geben wird. Aber durch Weltenteilung und Unterdrückung entsteht ein weltweites Kriegs- und Spannungspotenzial, das die Existenz der Menschheit als Gattung in Frage stellt. Dass in diesem Prozess größere Teile der Erdbevölkerung erkennen, welches die imperialistischen Kräfte und Mechanismen sind, die das bewirken und was man dagegen tun kann, das bezeichnet auch eine große Chance.

Ich glaube, wir erleben zurzeit, wenn auch natürlich nur in vergleichsweise kleinen Kreisen, einen Bewusstwerdungsprozess. Vor allem was den internationalen Charakter der Globalisierung angeht, der heute viel unmittelbarer verstanden wird als früher. Insofern sind wir mit vielen Antiglobalisierungsbewegungen wie Porto Alegre oder Attac einer Meinung. Allerdings gehen wir über deren Forderungen hinaus, weil wir denken, dass die entscheidende Frage nach wie vor die Entwicklung einer gesellschaftlichen Perspektive in Richtung Sozialismus ist. Das ist natürlich noch schwer zu vermitteln.

Das hat auch etwas mit den durch die Globalisierung verursachten sozialökonomischen Veränderungen im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu tun. Ist dies ein Thema für euch?

Das ist gezwungenermaßen ein integrales Thema, denn es geht um die materiellen Grundlagen des Prozesses. Es ist ja ganz wichtig, herauszuarbeiten, welche Teile des Kapitals die dominanten sind und welche die politischen Verhältnisse prägen. Hier gibt es bei uns eine interessante und durchaus kontroverse Diskussion über die Rolle bspw. des transnationalen Kapitals, über die Gruppen, die mehr auf die EU und jene, die mehr auf nationalstaatliche Strategien setzen. Die andere von dir intendierte Frage ist die nach dem Subjekt. Meines Erachtens wäre es Träumerei, davon auszugehen, dass Antiglobalisierungskräfte aus unterschiedlichen sozialen Schichten in der Lage wären, das Kräfteverhältnis nachhaltig umzukehren. Das geht nur, wenn die organisierte Arbeiterbewegung in den imperialistischen Zentren politisch bewusster wird und handelt. Das ist zwar Zukunftsmusik, wenn man sich bspw. die Verfasstheit der Gewerkschaften ansieht. Und dennoch, betrachtet nur die Entwicklung der Gewerkschaftslinken und das Aufbrechen politischer Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften, nimmt das wieder zu. Wenn man strukturell nachfragt, was die Arbeiterklasse ist, dann sieht man, dass rein quantitativ, aber auch in ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, dieser Teil der Bevölkerung wächst und die Mehrheit ausmacht.

Gleichwohl gibt es ja neue Fragmentierungen und auch eine Zersetzung bestimmter Milieus. Das ist wohl wahr. Die gewachsene Stammebelegschaft hat an Bedeutung eingebüßt, die Zeitverträge und Fremdarbeiter haben deutlich zugenommen. Und das ändert natürlich auch die Kampfbedingungen und die Möglichkeiten der Bewusstwerdung. Hinzu kommt dann noch die politische Manipulation der Arbeiterklasse. Der Sozialismus ist diskreditiert und das wirkt natürlich auch hinein in die Gewerkschaften, in die Gesellschaft. Die Subjektwerdung der Arbeiterklasse wird hier einen stärkeren Prozesscharakter haben.

Welche Rolle soll die DKP im Prozess der Gesellschaftsveränderung spielen? Die eines Impulsgebers oder die einer führenden, gar der führenden Partei?

Auch bei uns gibt es heftige Debatten über die Avantgarderolle der Partei. Auch wir haben unser Verständnis in diesem Punkt weiterentwickelt. Wir haben jedoch durchaus den Anspruch, als Anhänger einer bestimmten Weltanschauung in Bewegungen zu intervenieren und bestimmte strategische Ziele und Vorstellungen zu entwickeln und sie einzubringen. Ob die dann angenommen werden, hat vor allem etwas mit unserer Überzeugungskraft zu tun. Dass es noch immer zumindest nennenswerte Ansätze von Friedensbewegung, von Antifa-Bewegung und auch von antiimperialistischen Bewegungen gibt, hat in meinen Augen auch etwas mit der langjährigen Arbeit der DKP zu tun. Man kann sich ja fragen, was wäre, wenn es die DKP nicht gäbe.

Das trifft doch eher für die Vergangenheit zu, denn in den heutigen Bewegungen, bspw. der der Globalisierungskritiker oder der Gewerkschaftslinken, ist die DKP wenig präsent. Da geht es mir auch vor allem um die geistig-politische Präsenz, weniger um die Frage der Organisationspräsenz. Da spielen die viereinhalbtausend DKP-Mitglieder und bspw. die Marxistischen Blätter mit ihrer Auflage von knapp 3000 schon eine gewichtige Rolle. Das geht über die rein quantitative Mitgliedschaft hinaus. Und doch spielen DKP-Mitglieder auch praktisch keine unwichtige Rolle, bspw. in der Friedens- und Antifabewegung.

Du hast die Glaubwürdigkeitskrise der sozialistischen Alternative angesprochen. Die Jahre 1989 bis 1991 waren ein tiefer Einschnitt nicht zuletzt für eure Partei, der einen drastischen Verlust an Mitgliedern und Einfluss mit sich brachte. Hat sich die DKP wieder konsolidiert? Und hat diese Krise auch in der DKP zu einer veränderten Debatte über sozialistische Zukunftsmodelle — Stichwort: sozialistische Demokratie — geführt?

Wir haben nach wie vor sehr stark mit den Auswirkungen dieser Niederlage zu tun. Wir haben ungefähr 85% der Mitglieder verloren. Wir sind bis heute nicht in der Lage, diesen Prozess wesentlich umzukehren. Wir haben in den letzten zwei Jahren zwar mehr Mitglieder gewonnen, als wir sie durch Sterbefälle verloren haben, aber das ist noch sehr marginal. Auch das ganze programmatische, strategische und taktische Selbstverständnis der DKP musste sich erneuern. Wir gingen ja lange Zeit davon aus — ich sage das jetzt mal etwas vereinfacht —, dass der vorhandene Sozialismus ständig an Attraktivität gewinnen würde und dass hierdurch auch positive Entwicklungen für die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik durchsetzbar gewesen wäre. Das hat sich ja geradezu umgekehrt. Wir haben in den letzten Jahren versucht, diese Situation konstruktiv zu wenden und manche programmatische Neuorientierung vorgenommen — sei es die Frage der pluraleren Eigentumsformen im auf längere Zeit angesetzten Übergang zum Sozialismus, sei es die Frage der Demokratie im Sozialismus. Damit sind wir noch nicht am Ende, aber soviel ist klar, dass es einen erlebbaren Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialismus geben muss, der eine neue Qualität der Mitgestaltung ermöglicht. Es muss auch Oppositionsmöglichkeiten im Sozialismus geben und eine Partei kann nicht per Verfassung oder Dekret das Sagen haben. Es gibt eben unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zum Sozialismus. Auch über den internationalen Charakter des Sozialismus, ich kann es nicht verhehlen, wird bei uns durchaus gestritten. Davon hängt auch ein gehöriges Maß unserer Glaubwürdigkeit ab.

Ein anderes Beispiel kommunistischer Erneuerung ist Rifondazione Comunista in Italien. Rifondazione steht für die Öffnung zu den neuesten sozialen Bewegungen, für den Bruch mit der wohlwollenden Orientierung an der sog. Regierungslinken sowie für den radikalen Bruch mit der poststalinistischen Vergangenheit. Ist Rifondazione für euch eine italienische Sonderentwicklung oder

eine mögliche Perspektive auch für Deutschland?

Wir haben durchaus ähnliches Anfang der 90er Jahre versucht mit den Roten Tischen. Dieser Diskussionsprozess mit Ex-Maoisten, Trotzisten und anderen hat zu keinem Ergebnis geführt und ist auch nicht besonders verarbeitet worden. Im Moment sehe ich keinerlei Alternative zum Aufbau der DKP. Wir arbeiten gerade an einem neuen Programm. Und wir versuchen, uns bündnispolitisch weiter zu entwickeln.

In einem politischen Bewegungsprozess nach vorne, der meines Erachtens nicht mehr so fern ist, können sich dann neue Fragestellungen ergeben. Und ich kann mir durchaus vorstellen, dass es bei Wahlen eine Art Dachorganisation als Projekt einer breiteren antikapitalistischen Linken geben könnte. Von mehr bin ich nicht überzeugt und auch die Verhältnisse in anderen Ländern geben das nicht her.

Die Verhältnisse in Italien sind schon sehr unterschiedlich zu den unseren. Auch die spanische Entwicklung ist sehr kompliziert. In Frankreich ist es nochmals anders. Man sollte sich deswegen nicht vorschnell zu vergleichbaren Projekten verleiten lassen, sich aber auf jeden Fall und wirklich vorbehaltlos dafür offen halten. Entscheidend bleibt die Praxis, die Frage einer möglichen Entwicklung außerparlamentarischer Bewegungen.

Bisher agieren die verschiedenen antikapitalistischen Gruppen jede für sich. Da gibt es kaum Absprachen, bspw. vor Demonstrationen, auch keinen integralen Formierungsprozess. Jede Gruppe hat ihre eigenen Losungen, ihre eigenen Materialien und Formen. Ob sich das überwinden lässt, wird davon abhängen, wie die Herausforderungen begriffen werden und wie man den Dialog führt.

Wie gestaltet sich euer Verhältnis zur PDS und speziell zur PDS-Linken? Wie schätzt ihr den Anpassungsprozess dieser Partei an die bestehenden Verhältnisse ein?

Wir betrachten eigentlich die ganze Entwicklung der PDS als einen permanenten Prozess der Abwendung von sozialistischen, oder sagen wir mal antikapitalistischen Positionen hin zu Positionen, die sich zwar im Rahmen des Systems als kritische, oppositionelle sehen, aber eben im Rahmen des Systems agieren. Das ist der entscheidende Punkt, und die rot-rote Koalition in Berlin ist der entscheidende Schritt, um koalitions- und v.a. regierungsfähig zu werden. Für die SPD zählen zwei entscheidende Fragen: Die PDS muss den Sprung tun, was die Haltung zur NATO angeht und sie muss sich endgültig von allen positiven Elementen der sozialistischen Vergangenheit verabschieden. Die PDS ist Stück um Stück dabei und der Vorstand will möglichst keine Fehler machen, die eine mögliche Linkstendenz eines großen Teils ihrer Mitgliedschaft befördern könnte. Sie will ihr Integrationskonzept beibehalten und deswegen kommt es häufiger zu entsprechenden Kompromissen. Aber im Wesentlichen ist die Entwicklung vorprogrammiert.

Damit stellt sich durchaus die Frage, wie PDS-Linken mit dieser Entwicklung umgehen und wie sich Westlinken in diesem Prozess verhalten.

Wir haben natürlich traditionell sehr gute und entwickelte Beziehungen zur Kommunistischen Plattform, zum Marxistischen Forum und teilweise zu anderen. Da gibt es Gewachsenes wie neu Entstandenes. Ich denke aber, dass man keine zu großen Hoffnungen auf diesen Prozess haben sollte. Die Erfahrung ist eindeutig. Die PDS verliert zwischen 4000 und 7000 Mitglieder pro Jahr — viele natürlich durch Tod. Aber die meisten organisieren sich nicht erneut. Bei der DKP sind knapp 400 Mitglieder, die aus der SED oder der PDS gekommen sind. Bei MLPD und KPD sicherlich deutlich weniger.

Die entscheidende Frage wird sein, was im Oktober auf dem Parteitag passieren wird. Je nachdem, wie das Bundestagswahlergebnis ausfällt, kann es dann sehr schnell zum politischen Kahlschlag kommen. Wie sich die Mitglieder dann verhalten, kann ich nicht einschätzen.

Es gibt natürlich gerade im Osten — nicht nur, aber vor allem dort — einen großen Anteil derer, deren Parteiverständnis noch das einer "marxistisch-leninistischen" Weltanschauungspartei ist, die es sich leisten könnte, vorübergehend zu überwintern. Diese Leute orientieren mehr auf korrekte Positionen als auf aktives Eingreifen in politische Prozesse. Diese für eine Erneuerung kommunistischer Politik bremsende Wirkung ist doch eine Gefahr. Auch im Kontext der DKP scheint es uns nicht wenige zu geben, die mit so etwas zufrieden wären. Stimmt, das gibt es durchaus, ist aber so einmalig nun auch wieder nicht. Es gibt immer Genossinnen und Genossen, die können sich auf neue politische Verhältnisse einstellen, und es gibt solche, die

diesen Sprung nicht mehr schaffen. Das ist das Problem der Ideologisierung bestimmter Positionen: Wenn man den neuen Herausforderungen nicht mehr nachkommen kann und seinen Standort mindestens beibehalten will, ist das ja durchaus in Ordnung. Wenn man daraus aber ableitet, die ganze Organisation müsste so sein — im Sinne des Bewahrens der großartigen Ergebnisse des Sozialismus —, wenn das der zentrale Achsenpunkt sein sollte, um den sich Parteipolitik drehe, dann wird das natürlich problematisch.
 Eine Partei, die sich den realen Herausforderungen der heutigen Zeit entzieht, die wird nicht gebraucht. Wer braucht die? Die Partei ist kein Mittel zur Pflege von Traditionen, sie muss Mittel zum praktischen Zweck sein.

unsere zeit - Zeitung der DKP

23. August 2002

Heinz Stehr

Neue Gefahren, neue Chancen

In einem Interview mit der Zeitschrift SoZ, das wir auszugsweise wiedergeben, gab der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr Auskunft über Globalisierungskritik, den Zustand der DKP und die Perspektive der antikapitalistischen Linken.

SoZ: Auch die DKP ist auf der Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung. Für welche gesellschaftspolitische Alternative steht die DKP und wie wollt ihr sie verwirklichen?

Heinz Stehr: Seit Mitte der 90er Jahre haben wir uns zunehmend mit den Fragen auseinandergesetzt: Was ist die Globalisierung, was sind ihre wirkenden Kräfte und was ihre politischen Auswirkungen? Wir sind durch diese Diskussionen auf die vielleicht etwas vereinfachte Lösung gekommen, dass Globalisierung einen Entwicklungsprozess bezeichnet, in dem es große Gefahren wie große Chancen gibt. Mit großen Gefahren ist gemeint: Es ist eindeutig, dass die Kriegsgefahr angesichts der kapitalistischen oder imperialistischen Globalisierung stark zugenommen hat. Da geht es zunächst noch nicht um gegenseitige Konflikte zwischen den imperialistischen Zentren (...).

Dass in diesem Prozess größere Teile der Erdbevölkerung erkennen, welches die imperialistischen Kräfte und Mechanismen sind, die das bewirken und was man dagegen tun kann, das bezeichnet auch eine große Chance.

Ich glaube, wir erleben zur Zeit, wenn auch natürlich nur in vergleichsweise kleinen Kreisen, einen Bewusstwerdungsprozess. Vor allem was den internationalen Charakter der Globalisierung angeht, der heute viel unmittelbarer verstanden wird als früher. Insofern sind wir mit vielen Antiglobalisierungsbewegungen wie Porto Alegre oder Attac einer Meinung. Allerdings gehen wir über deren Forderungen hinaus, weil wir denken, dass die entscheidende Frage nach wie vor die Entwicklung einer gesellschaftlichen Perspektive in Richtung Sozialismus ist. Das ist natürlich noch schwer zu vermitteln.

SoZ: Das hat auch etwas mit den durch die Globalisierung verursachten sozialökonomischen Veränderungen im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu tun. Ist dies ein Thema für euch?

Heinz Stehr: Das ist gezwungenermaßen ein integrales Thema, denn es geht um die materiellen Grundlagen des Prozesses. Es ist ja ganz wichtig, herauszuarbeiten, welche Teile des Kapitals die dominanten sind und welche die politischen Verhältnisse prägen.

Hier gibt es bei uns eine interessante und durchaus kontroverse Diskussion über die Rolle beispielsweise des transnationalen Kapitals, über die Gruppen, die mehr auf die EU und jene, die mehr auf nationalstaatliche Strategien setzen.

Die andere von dir intendierte Frage ist die nach dem Subjekt. Meines Erachtens wäre es Träumerei, davon auszugehen, dass Antiglobalisierungskräfte aus unterschiedlichen sozialen Schichten in der Lage wären, das Kräfteverhältnis nachhaltig umzukehren. Das geht nur, wenn die organisierte Arbeiterbewegung in den imperialistischen Zentren politisch bewusster wird und handelt (...).

SoZ: (...) In den heutigen Bewegungen, beispielsweise der Globalisierungskritiker oder der Gewerkschaftslinken, ist die DKP wenig präsent.

Heinz Stehr: Da geht es mir auch vor allem um die geistig-politische Präsenz, weniger um die Frage der Organisationspräsenz. Da spielen die viereinhalbtausend DKP-Mitglieder und beispielsweise die Marxistischen Blätter mit ihrer Auflage von knapp 3 000 schon eine gewichtige Rolle. Das geht über die rein quantitative Mitgliedschaft hinaus. Und doch spielen DKP-Mitglieder auch praktisch keine unwichtige Rolle, beispielsweise in der Friedens- und Antifabewegung.

SoZ: (...) Die Jahre 1989 bis 1991 waren ein tiefer Einschnitt nicht zuletzt für eure Partei, der einen drastischen Verlust an Mitgliedern und Einfluss mit sich brachte. Hat sich die DKP wieder konsolidiert? Und hat diese Krise auch in der DKP zu einer veränderten Debatte über sozialistische Zukunftsmodelle - Stichwort: sozialistische Demokratie - geführt?

Heinz Stehr: Wir haben nach wie vor sehr stark mit den Auswirkungen dieser Niederlage zu tun. Wir haben ungefähr 85 Prozent der Mitglieder verloren. Wir sind bis heute nicht in der Lage, diesen Prozess wesentlich umzukehren. (...)

Wir haben in den letzten Jahren versucht, diese Situation konstruktiv zu wenden und manche programmatische Neuorientierung vorgenommen - sei es die Frage der pluraleren Eigentumsformen im auf längere Zeit angesetzten Übergang zum Sozialismus, sei es die Frage der Demokratie im Sozialismus (...).

In einem politischen Bewegungsprozess nach vorne, der meines Erachtens nicht mehr so fern ist, können sich dann neue Fragestellungen ergeben. Und ich kann mir durchaus vorstellen, dass es bei Wahlen eine Art Dachorganisation als Projekt einer breiteren antikapitalistischen Linken geben könnte. Von mehr bin ich nicht überzeugt und auch die Verhältnisse in anderen Ländern geben das nicht her.

(...) Bisher agieren die verschiedenen antikapitalistischen Gruppen jede für sich. Da gibt es kaum Absprachen, beispielsweise vor Demonstrationen, auch keinen integralen Formierungsprozess. Jede Gruppe hat ihre eigenen Losungen, ihre eigenen Materialien und Formen. Ob sich das überwinden lässt, wird davon abhängen, wie die Herausforderungen begriffen werden und wie man den Dialog führt.

Politik

Gegründet: 1999

Titel



Politik

Umwelt

Wirtschaft

Medien

Meinung

Feuilleton

Eine neue Chance für die deutsche Linke

In Frankfurt diskutierten antikapitalistische Linke neue Formen der Zusammenarbeit

Von Georg Kehrer, Michael Kraus, Thomas Ziegler

Das zweite Treffen der Freunde der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) in Deutschland fand am 9. August 2003 in Frankfurt am Main statt. Anwesend waren Vertreter verschiedenster linker Gruppen (Internationale sozialistische Linke), SAV (Sozialistische Alternative), Linksruck, attac und

Zudem waren Beobachter des Geraer Dialoges der PDS (Kritiker des PDS-Rechtsrucks), von der Jugendverbände, des RSB-IV. Internationale (Revolutionärer Sozialistischer Bund), der Rosa Luxemburg Stiftung (DKP-nah) sowie der SoZ-Redaktion und der Redaktion "Der Fuß der TeilnehmerInnen waren sich darüber einig, dass durch den neoliberalen Kurs der rot-grünen Durchmarsch der Neoliberalen innerhalb der PDS sowie den zunehmend aufweichenden Grundkonsens" in Deutschland mehr Raum für eine echte Linke frei wird.

Gegründet hat sich die Europäische Antikapitalistische Linke bereits im Jahr 2000 bei einer Kerngruppe, die heute gebildet wird von der italienischen Rifondazione Comunista, dem katalanischen der Vierten Internationale (Trotzkisten), der Scottish Socialist Party und der dänischen Roten Linksozialisten).

Beim letzten EAL-Treffen in Athen bestand Einigkeit darüber, bei der Europawahl anzutreten oder auf der Liste der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) und hängt vor allem von der Kooperationsbereitschaft der technischen Linksfraktion im EU-

Diskutiert wurde beim Treffen in Athen unter anderem über eine gemeinsame Wahlplattform, die Frage des Stabilitätspakts (Aufkündigung der Maastricht-Kriterien oder nicht), die Ziele "sozialistischen" (oder eines lediglich "sozialen") Europas sowie das ungeklärte Verhältnis zu den Gewerkschaften. Es sind bisher vier verschiedene Positionspapiere der EAL erschienen, die in Deutschland als Broschüre zum Europäischen Sozialforum in Paris Mitte November 2003 (herausgegeben werden sollen).

Das Besondere an der Europäischen Antikapitalistischen Linken ist die bunte Mischung aus verschiedenen (IV. Internationale), sozialistischen und trotzkistischen (IV. Internationale) Gruppierungen - erstens: Richtungen innerhalb der Linken zusammen, die sich bisher meist scharf bekämpft haben. Zweitens: Kooperationsbereitschaft sind die politische Marginalisierung dieser Gruppierungen seit dem Durchmarsch der Ostblocks 1990 sowie der Durchmarsch neoliberaler und reaktionärer Positionen gerade bei den Regierungskoalitionen.

In Deutschland fand das erste Treffen der "Freunde der EAL" erst im Mai dieses Jahres statt. Am 9. August konnte ein Selbstverständigungspapier erstellt werden (<http://www.jungev.de>) das beim Europäischen Sozialforum in Paris in seiner endgültigen Fassung vorgelegt werden soll. Dabei wollen sich die Vertreter der verschiedenen nationalen EAL-Gruppierungen treffen. Dabei

der EAL Deutschland mit eingebracht werden.

Kontrovers diskutiertes Hauptthema in Frankfurt war eine mögliche Kandidatur der EAL Europaparlaments (EP) 2004. Für einen Wahlantritt spreche die Notwendigkeit eines linken Deutschland. Es sei fatal, wenn ausgerechnet im wichtigsten EU-Land, das rund ein Viertel und über entsprechende politisch-ökonomische Macht verfüge, die EAL nicht antrete. Durch die vorhandenen linken Gruppierungen gestärkt werden, zumal das Risiko einer demotivierten Linken niedrig sei - schließlich hat die Europawahl nur eine geringe Bedeutung in der Bevölkerung sei deshalb vernachlässigbar. Die deutsche Linke könne durch einen Wahlantritt nur gewiss alles von der Linken vertreten.

Demgegenüber meinten u.a. die DKP-Vertreter, die Fixierung auf die EP-Wahl 2004 zäume. Zunächst müssten sich die verschiedenen politischen Gruppierungen inhaltlich einigen und sei ein Wahlantritt sinnvoll. Die EP-Wahl käme einfach zu früh für die gerade erst entstehende

Die Vertreter von SAV und rsb hielten eine Stärkung der Arbeiter- und Gewerkschafts- sowie Antiglobalisierungsbewegung für wichtiger als einen letztlich aussichtslosen Antritt bei dem von Parteien dominierten Repräsentativen Parlament, dem sie als Trotzlisten ohnehin skeptisch gegenüberstünden. Die beiden Vertreter des Geraer Dialogs warnten davor, eine linke Konkurrenz könnte der Linken schaden. Wegen der Fünf-Prozent-Klausel könnte dies das Ende der PDS-Vertretung im EP und auch "die Linke" in Deutschland allgemein schwächen würde.

In diesem Zusammenhang bemerkte allerdings Winfried Wolf (PDS) selbstkritisch, dass sich die PDS-Vertreterin im EP durch ihr JA zur neuen EU-Verfassung (die ein kapitalistisch-imperialistisches Projekt gerade als Linke profiliert habe. Der Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung ergänzte in diesem Zusammenhang, dass die PDS nach ihrem Rechtsruck auf dem Sonderparteitag im Berliner Tempodrom (28. April) ein antikapitalistisches Projekt oder auch nur als Partei links der neoliberal gewendeten rot-grünen Partei gestorben sei. Auch Westdeutschland habe die PDS faktisch aufgegeben, die drei Westdeutschen Bundesvorstände hätten keine eigene Hausmacht. Erst nach dem Programmparteitag in Chemnitz sei eine endgültige Klärung zu erwarten. Viele PDS-Linken zögerten mit dem Austritt aus der PDS eine vermutliche Beerdigung des sozialistischen Anspruchs abwarten. Dies gilt auch für nicht von der PDS, wie Winfried Wolf ergänzte.

Im Gegensatz zum üblichen gegenseitigen Zerfleischen innerhalb der deutschen Linken war die Zusammenarbeit sachorientiert und konstruktiv. Über die Wichtigkeit der praktischen politischen Arbeit, in der sozialen Kämpfe (gegen Agenda 2010, Hartz, Rürup, Rassismus und Antisemitismus, sowie gegen Migrationsregime etc.) sowie der Anti-Kriegs-Bewegung, herrschte Einigkeit. Konsens bestand darin, die EAL Deutschland weiterzuverfolgen. Die vertretenen Gruppierungen waren prinzipiell bereit, eine gemeinsame Wahlplattform oder zumindest für koordinierte Veranstaltungen vor der Europawahl, um die Aufmerksamkeit vor der Wahl zur Stärkung linker Diskurse, Positionen und Projekte zu nutzen.

Um Kräfte zu bündeln, wurde die Zusammenarbeit im "Projekt K" beschlossen: Mehrere Tausende von marxistischen und sozialistischen Spektrum wollen dabei Synergieeffekte nutzen (z.B. gemeinsame Veranstaltungen) und durch stärkere Kooperation mehr Öffentlichkeit für die Antikapitalistische Bewegung hinaus sind gemeinsame Seminare zum kapitalistischen Projekt "Europäische Union" geplant. Die neue EU-Verfassung.

Nach Winfried Wolf müsse die deutsche Linke vor allem die wirtschaftliche Kolonisierung der deutschen Wirtschaft im Rahmen der EU-Osterweiterung sowie die Militarisierung der Europäischen

einschließlich des durch Deutschland provozierten NATO-Angriffskriegs gegen die Bundesrepublik (sogenannter "Kosovokrieg"). Er betonte dabei die Kontinuität zwischen den politisch-wirtschaftlichen Konzepten von deutscher Industrie (BDI) und Bundesregierung. Die EAL-Fällen sei ein Europa unter politischer, wirtschaftlicher und militärischer Vorherrschaft Deutschlands.

Momentan besteht die EAL in Deutschland noch ausschließlich aus linken Splittergruppen. Die Bedeutung der EAL ist immer noch Null." Über die Bündelung mehrerer politischer Null-Komma-Kräfte hinaus sind die EAL auf breitere Füße zu stellen. Schmerzlich vermisst wurden bei dem Treffen vor allem Gewerkschaftslinken. Es bestand Einigkeit, dass ohne deren Einbezug keine breite antikapitalistische Bewegung werden könne. Auch der Frauenanteil und die Beteiligung von Jugendlichen ist noch stark

Insgesamt ging ein deutlicher Aufbruchsimpuls vom Treffen in Frankfurt aus. Die ermutigten TeilnehmerInnen trotz politischer Differenzen der gemeinsame Konsens im Mittelpunkt stand, lassen positive Erwartungen für die Zukunft erwarten. Zumal linksradikale Positionen auch bei jüngeren Leuten wieder auftraten. Berichteten VertreterInnen von attac, SAV, isl und Linksruck, dass bei der attac-Sommerakademie August (<http://www.attac.de/sommerakademie2003>) marxistische Seminare gut besucht und deutlich wachsenden Zuspruch verzeichnen konnten.

Am 10.1.2004 treffen sich die deutschen Freunde der EAL zum nächsten Treffen in Berlin, um die Zusammenkunft mit den anderen europäischen EAL zu diskutieren. Ort und genauer Mailingliste bekanntgegeben (EAL@listi.jpberlin.de - Anmeldung unter <http://listi.jpberlin.de>) über die auch die Diskussion zum Selbstverständnispapier der EAL Deutschland stattfindet.

Weitere Infos bald unter: <http://www.eal-d.de>

Georg Kehrer, Michael Kraus und Thomas Ziegler von attac Würzburg
(<http://www.attac.de/wuerzburg>)

e-Mail:: attac-wue@gmx.de | Homepage:: <http://www.attac.de/wuerzburg> | Anschrift:: I
97074 Würzburg | Telefon: : 0931 / 886910

Veröffentlicht: 13. August 2003

Erstveröffentlicht: <http://de.indymedia.org/2003/08/59348.shtml>